

**Heft 194**

Ausgabe 1 | 2013

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



# Brüche und Kontinuitäten

**150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken**

Max Reinhardt

**Geschichte der SPD-Linken: Demokratischer Sozialismus oder autoritärer Staat**

Uwe Kremer

**Der Hannoveraner Kreis – Die ersten 20 Jahre der Strömung**

Uri Zaki

**Die Parlamentswahlen in Israel und ihre Auswirkungen auf die israelische Linke: Eine Analyse**

Interview mit Hans-Jürgen Urban

**Das politische Mandat der Gewerkschaften muss ein europapolitisches werden**

## Kurzum | von Uwe Kremer

Medizingeschichte ist Gesellschaftsgeschichte und es gibt eine Beziehung zur Abfolge von Gesellschaftsformationen und Produktionsverhältnissen. So entsprach dem fordistischen Kapitalismus – vereinfacht ausgedrückt – eine „bakteriologische Ära“, der Kampf um die Volksgesundheit und gegen Infektionen, sinnfällig ausgedrückt in Hygiene und Antibiotika. In der Ära der kapitalistischen Informationsgesellschaft scheinen neuronale und damit verbundene psychosoziale und psychosomatische Störungen prägend zu sein – und zwar im Kontext jener „großen Überforderung“, die mit Stichworten wie Burnout, Depression, Multitasking, Reizüberflutung u.ä. assoziiert wird (und dabei schichtenspezifisch sehr unterschiedlich ausfällt). Eine Reaktion darauf ist die wachsende „Befindlichkeitsindustrie“, die von Ratgebermedien über Wellnessdienste bis in die Pharmazie hineinreicht. Verglichen damit fällt die sozialstaatliche Antwort verhalten aus. Dabei wäre doch gerade hier der *vorsorgende Sozialstaat* gefragt.

Ein maßgebliches Problem besteht darin, dass *medizinisches und soziales System* kaum miteinander verzahnt sind, obwohl dies gerade für präventive Strategien im Umgang mit den genannten Störungen unerlässlich wäre. Die medizinische Versorgung auf der einen und die Gesundheitsförderung im Kontext kommunaler und wohlfahrtsverbandlicher Sozialarbeit auf der anderen Seite laufen nebeneinander her (wobei erstere an sektoraler Fragmentierungen leidet und letztere mangels finanzieller Ressourcen an der „Projektivität“: Modellprojekte statt Regelprogramme). Und statt der gerade auf diesem Gebiet benötigten transdisziplinären Beziehungen zwischen Lebens- und Sozialwissenschaften hat der Exzellenzwahn die akademische Horizontverengung gerade in der Medizin noch weiter befördert.



☞ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

Die Verzahnung beider Systeme – angefangen mit der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und dann über die Generationen hinweg – ist aber elementar für einen vorsorgenden Sozialstaat, der sich den sozialmedizinischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen will. So bräuchte man in den Stadtteilen und in Verbindung mit Schulen und größeren Betrieben eigentlich medizinisch-soziale Zentren mit integrierten Dienstleistungsangeboten, in denen medizinisches und sozial betreuendes Personal zusammenwirken. Man bräuchte zudem einen Wissenschaftsbetrieb, der biologische und soziale Dispositionen in ihrem Zusammenhang sieht und bearbeitet.

Dies passt auch in den Gesamtzusammenhang. Gut, dass die Bedeutung einer funktionsfähigen industriellen Basis wieder entdeckt worden ist. Aber das alte Problem stellt sich in verschärfter Form: Es gelingt nicht, die industriellen Erfolge in den Ausbau eines leistungsfähigen sozialen Dienstleistungssektors umzusetzen, der dann selber wieder als Wachstumsfaktor wirken könnte. „Gesundheit und Wohlfahrt“ ist mehr als ein sozialpolitisches Umverteilungsthema, es ist – neben „Energie und Umwelt“ – das zweite große Feld des volkswirtschaftlichen Umbaus.

**Kurzum:** „Informationsgesellschaft“ und „vorsorgender Sozialstaat“ bedürfen einer sozialwirtschaftlichen Perspektive. ■

## ■ Meinung

Die Parlamentswahlen in Israel und ihre Auswirkungen auf die israelische Linke: Eine Analyse | Uri Zaki .....4  
 Es war eine Landtagswahl | Stephan Klecha .....6

## Debatte:

Mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung längst überfällig | Timo Lange.....8  
 Finanzierung der politischen Parteien – Entscheidend ist die Transparenz | Barbara Hendricks .....9  
 Das politische Mandat der Gewerkschaften muss ein europapolitisches werden | Interview mit Hans-Jürgen Urban .....10  
 Politisiert endlich die Europapolitik! | Ernst Dieter Rossmann.....14

## ■ ■ Im Fokus: Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Einleitung zum Schwerpunkt | Pascal Geißler, Michael Reschke, Thilo Scholle, Jan Schwarz, Stefan Stache .....15  
 Geschichte der SPD-Linken: Demokratischer Sozialismus oder autoritärer Staat | Max Reinhardt.....20  
 Zwischen nationaler Romantik und Klassenkampf – Staatsdebatten im Weimarer Jungsozialismus | Ridvan Ciftci .....31  
 Der Hannoveraner Kreis – Die ersten 20 Jahre der Strömung | Uwe Kremer .....36  
 Staatsverständnis und Reformperspektive | Thilo Scholle, Jan Schwarz .....44

## ■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Die ökonomische Krise und die akademische Wirtschaftswissenschaft | Arne Heise .....52  
 Die aktuelle Zahl: 60.000 | Claudia Bogedan .....54  
 Forschen für den Frieden – Die Zivilklauseldebatte in Bremen | Stefan Weger .....55  
 „Europa“ in den anstehenden Wahlkämpfen | Philipp Steinberg .....59

## Rezensionen:

Sammelrezension: Linke Weltsichten | Thilo Scholle .....63  
 Graue Wölfe heulen wieder | Thilo Scholle .....67

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell .....68  
 Meldungen: ProMS Nord wählt neuen Vorstand.....69  
 Fünf Fragen an... Arno Brandt .....70

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

### HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)  
 Klaus Dörre (Jena)  
 Iris Gleicke (Schleusingen)  
 Michael Guggemos (Frankfurt am Main)  
 Oliver Kaczmarek (Kamen)  
 Michael R. Krätke (Lancaster)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Uwe Meinhardt (Stuttgart)  
 Benjamin Mikfeld (Berlin)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Florian Pronold (Deggendorf)  
 René Röspel (Hagen)  
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
 Carsten Sieling (Bremen)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
 Thomas Spies (Marburg)  
 Michael Vester (Hannover)  
 Felix Welti (Lübeck)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Claudia Bogedan  
 Björn Böhhning  
 Kai Burmeister  
 Cordula Drautz  
 Ole Erdmann  
 Björn Hacker  
 Sebastian Jobelius  
 Lars Neumann  
 Michael Reschke  
 Sarah Ryglewski  
 Thilo Scholle  
 Holger Schoneville  
 Till van Treeck

### Heftschwerpunkt:

Michael Reschke  
 Thilo Scholle  
 Jan Schwarz

### Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache  
 Telefon 0177-525 049 8  
 redaktion@spw.de

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
 Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund  
 Telefon 0231-2 02 00 11  
 Telefax 0231-2 02 00 24  
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
 Hans-Joachim Olczyk  
 Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,  
 IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,  
 BIC: PBNKDEFF, UST.-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 39,-  
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)  
 Auslandsabonnement Euro 42,-  
 Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.  
 Postvertriebsstück, keine Nachsendung.  
 Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.  
 ISSN 0170-461-K 5361  
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.  
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: Quellen und Copyright-Vermerk siehe S. 19 Endnote.

Bildnachweis: S.50 www.fotolia.com © ferkelragga.

Gestaltung und Druck:  
 Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn  
 1.-3. Tausend, Februar 2013

## Die Parlamentswahlen in Israel und ihre Auswirkungen auf die israelische Linke: Eine Analyse

von Uri Zaki

Die Parlamentswahlen in Israel im vergangenen Januar waren ein schwerer Schlag für Premierminister Netanyahu. Er wird zwar die nächste Regierung bilden, jedoch politisch und öffentlich wesentlich schwächer sein als in der vorherigen Koalition. Trotzdem die Linke die Wahlen nicht gewonnen hat gelang ihr ein bedeutsamer Zuwachs mit Auswirkungen auf die kommenden Parlamentswahlen. Die großen sozialen Proteste im Sommer 2011 bilden den Unterton, der zu diesem Ergebnis geführt hat. Die Frustration der israelischen Mittelklasse richtet sich gegen die Politik der bisherigen Netanyahu-Koalition: eine trotzig Position gegenüber der Welt im Israelisch-Palästinensischen Konflikt und die Ausweitung der Siedlungspolitik; die Verhinderung einer iranischen Atomwaffe; Angriffe auf die Linke, die Israelisch-Palästinensische Bevölkerung, die Justizgewalt und andere demokratische Institutionen; eine Allianz mit der Ultra-Orthodoxen Gemeinschaft; die Betonung von Israels makroökonomischer Bedeutung trotz der Weltwirtschaftskrise.

Nach den Protesten von 2011 teilt die israelische Mittelklasse diese Prioritätenliste nicht. Viele haben angesichts anhaltend steigender Lebenshaltungskosten und stufenartig schwindender Sozialleistungen keinen Anlass, sich über die Makroökonomie zu freuen. Sie möchten, dass Israel ein Teil der westlichen demokratischen Welt bleibt und sich nicht in Angriffe auf demokratische Institutionen, ethnische Minderheiten oder politische Rivalen verstrickt, und dass Israel nicht sein wichtigstes Bündnis mit den USA aufs Spiel setzt, dessen wiedergewählter Präsident seine Unzufriedenheit mit Netanyahu und seinen Positionen gezeigt hat.



↳ Uri Zaki ist Direktor des Büros der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem USA in Washington DC. Er kandidierte auf der Liste der Meretz-Partei bei den jüngsten israelischen Parlamentswahlen.

Foto: privat

Der Mitte-Links Block besteht aus den Netanyahu widerstrebenden Parteien: der sozialdemokratischen Arbeitspartei und der linken Meretz, den Parteien der Mitte, bestehend aus der Kadima, Zipi Livni, und „Yesh Atid“ unter dem Vorsitz des ehemaligen TV Moderators und Kolumnisten Yair Lapid. Die dritte Komponente bilden die arabischen Parteien – Hadash – eine kommunistische Partei, die als einzige eine aktive jüdische Gruppe aufweist, die islamische und die national-säkuläre Liste (Balad).

Die Wahl der ehemaligen TV-Moderatorin und kritischen Journalistin Shelly Yechimovich zur Vorsitzenden brachte der Arbeitspartei frische Energie, die sich immer noch von der Spaltung unter dem Vorsitz des Verteidigungsministers Ehud Barak erholte. Als Folge traten viele junge Teilnehmer der Proteste von 2011 in die Partei ein. Yechimovich entschied sich, die Aussagekraft ihrer Partei auf soziale Aspekte zu legen und distanzierte sich von jeglichen Themen, die mit dem Israelisch-Palästinensischen Konflikt verbunden sind. Es hatte den Anschein, als bestünde ihre Strategie darin, die rechtsgerichteten

Wähler mit einer harten Position in diesem Konflikt zu gewinnen, und scharf der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik von Netanyahu zu widersprechen. Yechimovich ging mit der zweitstärksten Partei in den Wahlkampf, mit über 20 Sitzen. Es gelang ihr nur, 15 Sitze zu gewinnen – das schlechte Ergebnis seit Barak, der vier Jahre zuvor nur 13 Sitze gewinnen konnte.

Meretz startete aus einer sehr schwachen Position, erhielt in den vorherigen Wahlen lediglich drei Sitze und drohte an der Hürde zum Einzug ins Parlament zu scheitern. 2012 wurde Zehava Galon zur Parteivorsitzenden gewählt, eine bekannte Streiterin für Menschenrechte und Stimme gegen Militärangriffe. Die Linke Israels, als welche sich die Partei selbst bezeichnet, zog zahlreiche enttäuschte Wähler der Arbeitspartei an, die ihre Friedensbotschaft nicht aufgeben wollten und die Selbstdefinition der Arbeitspartei als „nicht-Links“ ablehnten. Meretz gelang eine Verdoppelung ihrer Abgeordneten – mit sechs Sitzen in der Knesset.

Die Wahlen im Januar 2013 widerlegten die verbreiteten Vorstellungen, demnach die Israelische Rechte aus geografischen oder nationalistischen Gründen zum Regieren bestimmt sei. Sie verdeutlichten die Relevanz einer sozial-demokratischen Agenda in Israel. Die sozialen Proteste zeigen sich im Wahlverhalten der israelischen Mittelklasse. Die Ansichten der aus dem Amt scheidenden Netanyahu-Koalition erwiesen sich als unpopulär unter den Israelis.

Es ist wichtig, dass Europa, insbesondere Deutschland seine unabhängige Linie beibehält, beispielsweise wie im Fall der UN-Abstimmung über die Eigenständigkeit Palästinas im vergangenen November. Die israelische Öffentlichkeit versteht diese Botschaft und kauft Netanyahu die Behauptung nicht ab, dass alle Welt gegen Israel sei. Eine unabhängige europäische Politik wird ebenfalls die US-Administration dazu bewegen,

ihre „Hände-weg“-Strategie in dieser Angelegenheit zu vermeiden.

Die politische Linke in Israel sollte die nächsten Jahre dazu nutzen, die neue politische Energie und das Bewusstsein der jüngeren Generation der 20-40-jährigen in politische Beteiligung zu übersetzen. Es scheint als sei die israelische Mittelklasse bereit, Israel zurückzufordern, das in den letzten Jahrzehnten zum Extrem getrieben wurde.

Es ist ein bedeutsames Problem, dass die Arbeitspartei zum zweiten Mal in Folge nicht mehr zweitstärkste Partei wurde. Um sich als Alternative zum Likud wieder aufzustellen, muss sie sich als Partei mit ausgeprägter sozialer und politischer Programmatik wiederherstellen.

Meretz ist in einer guten Position, um bei den kommenden Wahlen eine noch bedeutendere politische Kraft zu werden, mit einer deutlich linken Programmatik, einer starken Mitgliederbasis und einer verjüngenden Wirkung der landesweiten Beteiligung von Aktivisten. Dies wird dabei helfen, Stimmen zu gewinnen und den Mitte-Links Block insgesamt vergrößern. ■

☞ Der Artikel ist eine stark gekürzte Fassung. Der vollständige Text steht unter [www.spw.de](http://www.spw.de) zum Download bereit.

Kurzfassung und Übersetzung: Sascha Howind.

## Es war eine Landtagswahl

von Stephan Klecha

Niedersachsens Wähler haben gesprochen und die vorletzte CDU/FDP-Landesregierung in Westdeutschland abgewählt. Natürlich hat das Einfluss auf die Bundespolitik, schon alleine wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Voraussichtlich bis zum Frühjahr 2016 gibt es dort keine Mehrheiten, wenn nicht SPD und Grüne ihr Plazet geben. Auch eine Große Koalition auf Bundesebene stünde bis dahin ziemlich sicher ohne Mehrheit in der Länderkammer dar.

Doch mehr bundespolitische Implikationen liefert das Wahlergebnis kaum. Während die SPD in der Sonntagsfrage auf Bundesebene nämlich in den letzten drei Monaten vor der Landtagswahl zwischen fünf und zehn Prozentpunkte nachgab, hielt sie sich gleichzeitig in Niedersachsen in etwa in Höhe des erreichten Landtagswahlergebnisses. Während der SPD-Kanzlerkandidat gegenüber der Amtsinhaberin an Zustimmung verloren hat, gelang es in Niedersachsen dem SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil, den Rückstand zum amtierenden CDU-Ministerpräsidenten zu halten und in der Schlussphase des Wahlkampfes ein wenig, aber eben entscheidend, zu verringern.

Die SPD hat im Endeffekt von drei landespolitischen Aspekten profitiert, die es ihr nun möglich machen, eine rot-grüne Landesregierung zu bilden: Erstens von der Stärke der Grünen, zweitens von der nicht sofort erkennbaren Schwäche der schwarz-gelben Landesregierung und drittens vom Scheitern der Westausdehnung der Linken.

### Starke Grüne – ohne Hype

Die Grünen bewegen sich landes- und bundesweit auf einem nachwievor bequemen Sockel oberhalb von zehn Prozentpunkten. Allerdings ist es keine zwei Jahre her, da wählten



☞ Dr. Stephan Klecha ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Foto: privat

sie sich schon auf Augenhöhe zur SPD. Im niedersächsischen Wahlkampf wurde deutlich, dass die Grünen mittlerweile das Lebensgefühl der „Generation Landlust“ einfangen. In der Partei scheint man sich sehr bewusst zu sein, dass die Festigung dieser Wählerschaft weitaus wichtiger ist als mögliche weitere Potenziale, die ihr einen volksparteilichen Charakter geben würden.

Die neuen Grünenwähler sind nämlich keineswegs allzu fest an ihre Partei gebunden Parteimitgliedschaft und –anhängerschaft sind ein ganzes Stück weit entkoppelt. Falls es die mitgliederstärkeren Parteien SPD und CDU (wieder) schaffen, die formativen und ausstrahlungsfähigen gesellschaftlichen Multiplikatorenzirkel zu besetzen, dürfte das neu-grüne Elektorat wieder ins Zweifeln gelangen und könnte sich einer anderen Partei zuwenden. Insofern ist die Stärke der Grünen zwar auf mittlere Sicht gegeben, doch nicht langfristig garantiert. Die Grünen versuchen daher – naheliegenderweise – diese Klientel zu stabilisieren und zu sichern. Es ist deswegen absehbar nicht zu erwarten, dass die Grünen wieder an jene Werte anschließen werden, die sie in Stuttgart in die Villa Reitzenstein gebracht haben. In Niedersachsen indes langte es, weil die SPD eben ihre Stärke im Land hinreichend sichern konnte.

### Mission erledigt – abtreten!

Dafür wesentlich war, dass die amtierende Landesregierung verbraucht war. Die Stim-

mungsdaten diesbezüglich waren jedoch auf den ersten Blick hin keineswegs so eindeutig. Der Ministerpräsident David McAllister hatte die üblichen Popularitätswerte eines Amtsinhabers, und der Regierung wurde insgesamt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dennoch war in sämtlichen Umfragen der Wunsch nach einem Regierungswechsel klar erkennbar. Woran lag dieser widersprüchliche Befund? Es lag an den Themen: Am wichtigsten war 2008 noch die Arbeitsmarktsituation, wo die Union damals wie heute einen Kompetenzvorsprung aufwies. 2013 war demgegenüber die Bildungspolitik zum wichtigsten Thema avanciert und dort hatte sich die SPD einen recht deutlichen Vorsprung erarbeitet. Fasst man also die Befunde zusammen, waren die Menschen mit dem zufrieden, was die Landesregierung geschafft hat, trauten ihr aber nicht so recht zu, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern.

### **Linke im Sinkflug – aber immer noch stark genug für Berlin**

Dennoch ist es nur knapp zu einem Regierungswechsel gekommen. Dieser wäre sogar ausgeblieben, wenn sich das bei Linken und Piraten versammelte Protestpotential gebündelt hätte. Dass es dazu nicht kam, lag nicht nur an der begrenzten Konkurrenz von Linken und Piraten zueinander, sondern insbesondere daran, dass beide Parteien es nicht geschafft haben, über ihr Kernmilieu hinaus Wähler zu erreichen.

Die Linken sind zurückgeworfen worden auf eine Klientel, die sich aus dem alten West-PDS-Spektrum und jenen Abspaltungen der SPD von 2005, nicht aber von 2009, zusammensetzt. Diese Wählerkoalition reicht nicht für einen Einzug in den Landtag eines westdeutschen Flächenlandes. Sie ist aber überaus stabil und reicht in Verbindung mit dem ostdeutschen Sockel aus, damit die Linken sicher wieder in den Bundestag kommen.

Von den Piraten wird man das kaum sagen können. Neben einigen landesspezifischen Problemen sind die Piraten insbesondere an den organisatorischen Anforderungen eines Wahlkampfes in der Fläche gescheitert. In Niedersachsen sind somit die Grenzen des Organisationsmodells der Partei offenbar geworden. Die anhaltenden Querelen der Piraten dürften ebenfalls nicht geeignet sein, die Wahlchancen im Herbst zu erhöhen.

### **Fazit**

Fasst man also die Landtagswahl zusammen, so muss man konstatieren, dass es eben eine Landtagswahl war, die zwar bundespolitische Folgen hat, die aber nur begrenzt Hinweise auf die bundespolitische Lage liefert. Der Popularitätsvorsprung der Kanzlerin gegenüber ihrem Herausforderer ist heute größer als vor vier Jahren. Die zentralen Politikfelder der Bundespolitik sind andere als in den Ländern und die Wähler differenzieren diesbezüglich. Und überdies ist die Wahrscheinlichkeit eines Fünfparteienparlaments bei der Bundestagswahl weiterhin hoch. Damit entfällt indes die Möglichkeit einer allzu forschen Lagerpolarisierung, wie es in Niedersachsen der Fall war.

Die Gegebenheiten im Bundesrat und die zugleich fragliche rot-grüne Mehrheit auf Bundesebene deuten indes daraufhin, dass eine mehrheits- und handlungsfähige Konstellation schwerlich zu erwarten sein wird. ■

## Debatte: Mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung längst überfällig

von Timo Lange

Wieviel Geld haben die fünf im Bundestag vertretenen Parteien im Jahr 2012 von der Tabakindustrie erhalten? Wieviel von der Solarlobby? Fragen wie diese sind berechtigt. Die Antworten kennen jedoch nur die Schatzmeister/innen der Parteien. Zwar können Wählerinnen und Wähler in den Rechenschaftsberichten der Parteien nachlesen, wer wieviel *gespendet* hat – sofern der Betrag in einem Jahr 10.000 Euro übersteigt. Doch welche Einnahmen durch *Sponsoring* erzielt wurden, bleibt im Dunkeln. Und Parteiensponsoring erfreut sich immer größerer Beliebtheit.

Die mangelnde Transparenz beim Parteiensponsoring ist jedoch längst nicht das einzige Problem der Regelungen zur Parteienfinanzierung in Deutschland. Die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) hat sich 2009 in einem ausführlichen Bericht dem Thema angenommen. Der Bericht stellte dringenden Reformbedarf fest und forderte Deutschland mit zehn konkreten Empfehlungen zum Handeln auf. Umgesetzt wurde seither so gut wie nichts. Stattdessen lässt sich die Reaktion Deutschlands auf die Vorschläge der Staatengruppe etwa so zusammenfassen: „Vielen Dank für die Vorschläge, aber bei uns ist alles super!“ GRECO hat daher ein Non-Compliance Verfahren gegen Deutschland eingeleitet. Der Europarat wird also weiterhin auf bessere Regeln pochen, aber letztlich ist die Macht von GRECO vor allem symbolisch. Umso ärgerlicher ist es, dass die Parteien sich seit Jahren trotz aller Skandale bei der Parteienfinanzierung – gestückelte Spenden des Spielautomatenlobbyisten Gauselmann, eine Preisliste für Gesprächstermine mit dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Rüttgers – aus der Verantwortung stehlen.



⇨ Timo Lange ist Diplom-Politikwissenschaftler. Er vertritt Lobby Control e.V. in Berlin gegenüber Politik und Medien und setzt sich für mehr Transparenz in der Politik und Regeln für Lobbyisten ein.

Foto: privat

Wo privates Geld auf Politik trifft, ist stets Vorsicht geboten. Zumindest muss für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, wer von wem in welchem Maße finanziell unterstützt wird. Gerade in Wahlkampfzeiten spielen Zuwendungen durch Spenden und Sponsoring eine besondere Rolle. Es reicht nicht, wenn wir erst Anfang 2015 erfahren, wer im Wahljahr 2013 gespendet hat. Nur Spenden ab 50.000 Euro werden umgehend veröffentlicht. GRECO schlägt daher gesonderte Wahlkampf-Rechenschaftsberichte vor, wie in anderen Ländern längst üblich: In Großbritannien etwa müssen Spenden einmal die Woche veröffentlicht werden, wenn Wahlen für das Unterhaus anstehen. Lobby Control fordert, wie auch Transparency International, die Grenze für die sofortige Veröffentlichung von Spenden auf 10.000 Euro abzusenken. In den Rechenschaftsberichten sollten Spenden schon ab 2.000 Euro veröffentlicht werden. Das hilft, Umgehungen der Transparenzregeln, etwa durch Stückelung, zu erschweren.

Zugleich ist klar: Unternehmen und Verbände spenden nicht uneigennützig. Sie versprechen sich einen besseren Zugang zu Entscheidungsträgern; sie wollen sich gut stellen mit der Politik. Doch hat nicht jede Interessengruppe das nötige Kleingeld, um diese Art der politischen Landschaftspflege zu betreiben. Unserer Demokratie würde es daher gut tun, wenn Spenden und Sponsoring nicht nur transparenter wären, sondern wenn Zuwendungen darüber hinaus in ihrer Höhe gedeckelt wären. ■

## Debatte: Finanzierung der politischen Parteien – Entscheidend ist die Transparenz

von Barbara Hendricks

Parteien sollen nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich auf die Zustimmung und Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen bleiben. Selbstfinanzierung hat somit Vorrang vor Staatsfinanzierung, so die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

„Wie Parteien an ihre Mittel gelangen, ist historisch gewachsen und durch politische Traditionen bestimmt: So finanziert sich etwa die FDP traditionell über einen hohen Anteil an Spenden, während die SPD auf einen größeren Anteil an Mitgliedsbeiträgen zurückgreifen kann.“ führt Lobbypedia, das online-Lexikon von Lobby Control, aus. Die Bedingungen für politische Parteien sind also durchaus unterschiedlich. Durch die öffentliche Rechenschaft soll durchschaubar sein, welche Gruppen, Verbände oder Privatpersonen die jeweiligen Parteien unterstützen und ggf. auf sie Einfluss nehmen wollen. Nach meiner Auffassung hat sich das Parteiengesetz dabei grundsätzlich bewährt. Die sogenannte Mövenpick-Spende aus dem Jahr 2010 an die FDP hat erneut demonstriert, dass die öffentliche Kontrolle funktioniert.

Dennoch werde ich Gesetzesänderungen unterstützen, die Transparenz bei der Parteienfinanzierung weiter erhöhen. Wichtig ist für mich: sie müssen Rechtssicherheit bieten, praxistauglich sein und dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht unnötig erschweren. Wir können Spenden erst mit einjähriger Verzögerung veröffentlichen, da alle Spenden – vom kleinsten Ortsverein bis zum Parteivorstand – aggregiert werden müssen. Um die Öffentlichkeit umgehend über größere Spenden zu informieren halte ich es beispielsweise für sinnvoll, die sofortige Anzeigepflicht von derzeit mehr als 50.000 Euro pro Spende auf 25.000 Euro abzusenken.



☞ Dr. Barbara Hendricks ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Schatzmeisterin der SPD.

Foto: www.spd.de

Entscheidend ist, größere Leistungen an die jeweilige Partei öffentlich bekannt zu machen. Die SPD hatte im Jahr 2011 insgesamt 195 Spenden von mehr als 10.000 Euro, die namentlich im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden müssen. Würde diese Grenze halbiert, hätte sich die Anzahl der namentlich aufzuführenden Spender bei uns auf 517 erhöht. Für die SPD wäre diese Änderung gut handhabbar, und die größere Anzahl der Daten würde noch nicht zu Desinformation durch Datenflut führen, sondern die Transparenz real erhöhen.

„Rent a Rüttgers“ der CDU im Jahr 2011 hat Sponsoring in die Kritik gebracht. Ganz klar ist, der exklusive Zugang zu einem Politiker darf keinesfalls verkauft werden. Sponsoring gehört jedoch zur wirtschaftlichen Betätigung der Parteien. Um die Größenordnung deutlich zu machen: Die Einnahmen aus Sponsoring des SPD-Parteivorstandes machten im Jahr 2011 0,92 Prozent der gesamten Einnahmen des Parteivorstandes aus. Ich bin dafür, Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht gesondert auszuweisen. Auch gegen eine sofortige Anzeige von Sponsoringeinnahmen, die einen bestimmten Wert übersteigen, habe ich nichts einzuwenden. Alle im Bundestag vertretenen Parteien sollten sich über Regeln zur Transparenz und Finanzierung der Parteien verständigen und dabei den Sachverstand Unabhängiger einbeziehen. ■

## Das politische Mandat der Gewerkschaften muss ein europapolitisches werden

Interview mit Hans-Jürgen Urban



↳ Dr. Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Foto: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

**spw:** Der Boom nach der Krise 2008 nähert sich seinem Ende. Die Wachstumsprognosen für 2013 liegen in der Regel unter einem Prozent. Ein guter Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz. Wie siehst du die Krisenpolitik der Gewerkschaften in Europa?

» **H-J.U.:** Meine Zwischenbilanz fällt widersprüchlich aus. In vielen Ländern hatte der Wachstumseinbruch einen entsprechenden Beschäftigungseinbruch zur Folge. Das hat die Defensive der Gewerkschaften, die bereits vor der Krise begonnen hatte, weiter verschärft. In der Folge sanken die Reallöhne und Sozialeinkommen, viele Gewerkschaften wurden weiter geschwächt.

**spw:** Und welche Bilanz würdest du mit Blick auf die deutschen Gewerkschaften ziehen?

» **H-J.U.:** Ausgerechnet in der tiefsten Krise seit Ende der 1920er Jahre häuften sich die Schlagzeilen über ein Comeback der Gewerkschaften. Dafür gab es durchaus Anhaltspunkte. Die Krisenantwort der deutschen Gewerkschaften kann ansehnliche Erfolge vorweisen. Der tripartistische Sozialpakt in Deutschland gilt als besonders erfolgreich.

Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, konnten durch ihr Engagement für eine „Abwrackprämie“ und bessere Kurzarbeitsregeln maßgeblich zur Stabilisierung von Branchen und Beschäftigung und damit zum „deutschen Arbeitsmarktwunder“ beitragen. Das waren ansehnliche und keineswegs selbstverständliche Defensiverfolge.

**spw:** Und wer hat davon profitiert?

» **H-J.U.:** Als Folge stieg das Ansehen der Gewerkschaften bei den politischen und medialen Eliten, und nicht zuletzt stieg das Selbstbewusstsein von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Vor allem die Betriebsräte haben sich als effektive Krisenmanager erwiesen. Oftmals reagierten sie schneller und erfolgreicher als die Vorstände. Das war schon beeindruckend.

**spw:** Das klingt doch sehr positiv. Sind Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland also als Gewinner aus der Krise hervorgegangen?

» **H-J.U.:** Langsam. Neben den Erfolgen sind auch die Kosten in die Krisenbilanz einzubeziehen. Die Gefahr einer großdimensionierten Beschäftigungskatastrophe konnte abgewehrt werden, aber auch in Deutschland sind tausende Arbeitsplätze verloren gegangen. Zwischen 2007 und 2010 ging die Beschäftigung in der Metall- und Elektroindustrie um etwa 250.000 zurück. Dieser Arbeitsplatzabbau fand auch in den Stammbereichsunternehmen, vor allem aber im Segment prekärer Beschäftigung statt. Vielfach zählten Leiharbeiter und befristet Beschäftigte zu den ersten Opfern der Krise.

Zugleich haben alle Gewerkschaften in der Akutphase der Krise verteilungspolitische Zugeständnisse machen müssen. Bei anstehenden Tarifrunden, aber oftmals auch bei der betrieblichen Beschäftigungssicherung. Die Kurzarbeit etwa wurde nicht nur durch Arbeitgeber und Bundesagentur für Arbeit, sondern vor allem auch von den Betroffenen durch Einkommenseinbußen finanziert – das wird oftmals vergessen.

**spw:** Du hast im Zusammenhang mit der Politik der Gewerkschaften von einem Krisenkorporatismus gesprochen. Verbirgt sich dahinter die Kritik, dass die Sicherung der Arbeitsplätze im Bündnis und nicht im Konflikt mit Regierung und Kapital vollzogen wurde?

» **H-J.U.:** Der Begriff des Krisenkorporatismus ist erst einmal ein analytischer und kein normativer. Er versucht das tripartistische Krisenbündnis zwischen Arbeit, Kapital und Staat in die korporatistische Tradition in Deutschland und die wissenschaftliche Korporatismus-Debatte einzuordnen. Dabei will er Gemeinsamkeiten, vor allem aber Unterschiede zum Sozial-Korporatismus der sozialdemokratischen Ära und zum Wettbewerbs-Korporatismus in Folge von Europäisierung und Globalisierung herausarbeiten.

**spw:** Und welche Unterschiede siehst du?

» **H-J.U.:** Wichtig ist: Die neuen Sozialpakte konnten an Traditionen und Restbestände sozialpartnerschaftlicher Politik in Deutschland anknüpfen, sind aber vor allem Kinder der Krise des Finanzmarktkapitalismus. Sie sind unter den Bedingungen einer gigantischen Schockkrise entstanden. In vielen Betrieben sind Aufträge, Produktion und Umsätze binnen kürzester Zeit in bisher unbekanntem Maße eingebrochen. In diesen Betrieben hat die Wucht des Krisenschocks Vorstände wie Interessenvertretungen an die Wand gedrückt. Und auch der Staat reagierte aufgrund der Dimension der Krise aus

einer eklatanten Defensive. Vielfach überforderten die Krisenbekämpfung, also vor allem die Rettung der Finanzmarktakteure und die Stabilisierung der Konjunktur, die Kapazitäten der Staaten. In dieser Überforderung liegt ja die Ursache der sprunghaft angestiegenen Staatsschulden.

Da Realkapital, Staat und Gewerkschaften in der Akutphase der Krise geschwächt und gleichermaßen in eine Defensivposition abgedrängt wurden, habe ich im Anschluss an internationale Forschungsergebnisse auch von einem „Korporatismus der Schwachen“ gesprochen.

**spw:** Hat sich denn an der renditegetriebenen Unternehmenssteuerung nach der Krise etwas verändert, schließlich war der Finanzmarktkapitalismus doch zumindest ideologisch in die Defensive geraten?

» **H-J.U.:** Sicherlich gab es in der öffentlichen Debatte eine zunehmende Kritik an der Shareholder-Value-Orientierung. Am Grundsatz einer Marktsteuerung oder indirekten Unternehmenssteuerung anhand von vorgegebenen Kennziffern, die den Druck direkt an die Beschäftigten weiter gibt, hat sich hingegen nichts geändert. Eine Verabschiedung von der Kurzfristökonomie in Richtung einer nachhaltigen Unternehmenspolitik ist immer noch nicht sichtbar.

**spw:** Hätten sich die Gewerkschaften denn verweigern sollen, wie mitunter aus dem Kreis linker Gewerkschaftskritiker gefordert wurde?

» **H-J.U.:** Ob eine Korporatismusverweigerung bessere Resultate gebracht hätte, kann nicht zuletzt mit Blick auf Entwicklungen in anderen Ländern bezweifelt werden. Mitunter waren und sind Konfrontationsstrategien und Militanz eher Ausdruck gewerkschaftlicher Schwäche als von Kraft. Auch unter den Bedingungen einer kapitalis-

tischen Schockkrise setzt die Einbindung von Gewerkschaften in korporatistische Bündnisse ein Mindestmaß an Mobilisierungs- und Verhandlungsmacht voraus. Geschwächte Gewerkschaften ohne Vetomacht werden nicht integriert, sondern marginalisiert. Und gerade das fand ja in vielen Ländern Europas statt. Also: Nur auf der Grundlage ausgebauter Organisationsmacht haben die Gewerkschaften eine reale strategische Wahl zwischen Kooperation oder Konfrontation; und diese Wahl muss nicht ideologisch, sondern verhandlungstaktisch entschieden werden.

**spw:** Und was bedeutet es für die Zukunft, dass der Krisen-Korporatismus durchaus Erfolge vorzuweisen hat? Würdest du empfehlen, die Sozialpakete fortzuführen, sie eventuell sogar durch eine neu „Konzertierte Aktion“ zu institutionalisieren?

» **H-J.U.:** Die Erfahrungen zeigen, dass über die Dauer von Sozialpaketen letztlich meist Regierungen und Arbeitgeberverbände entscheiden. Ich bin eher skeptisch, ob die Arbeitgeber in der vermutlich anstehenden Stagnationsphase zu sozialpartnerschaftlichen Abmachungen und die Regierung nach der Bundestagswahl 2013 zu entsprechenden Zugeständnissen bereit sein werden. Ob sich die verteilungs- und arbeitspolitischen Projekte, denen sich die Gewerkschaften zuwenden müssen, als korporatismuskompatibel erweisen oder ob ihre Konfliktpotenziale zu groß sind, wird sich zeigen.

**spw:** Und welche Projekte sind das?

» **H-J.U.:** Wenn eine hinreichende Organisationsmacht notwendig ist, um den Gewerkschaften in konkreten Situationen eine strategische Wahl zwischen Kooperation und Konfrontation zu eröffnen, dann müssen sie ihre Hausaufgaben machen. Das heißt: Organisationsgrade in ihren Stammsektoren erhöhen, die neuen Schlüsselsektoren der Dienstleistungs- und Kommunikationswirt-

schaft organisieren und ihre Organisationen professionalisieren. Ohne eine Stärkung der Mitgliederbasis und zeitgemäße Organisationsstrukturen werden Erfolge in der Beschäftigungs-, Betriebs- und Verteilungspolitik ausbleiben.

**spw:** Und welche Aufgaben sollten in diesen Politikfeldern mit Priorität angepackt werden?

» **H-J.U.:** Kommt es erneut zur massenhaften Gefährdung von Beschäftigung, wird die Sicherung von Arbeitsplätzen Priorität erhalten. Gegenwärtig machen wir Druck auf die Bundesregierung, um rechtzeitig die notwendigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu erhalten. Immer dringlicher wird allerdings auch die Korrektur der Einkommensumverteilung der letzten Jahre zulasten der Löhne. Das erfordert entsprechende Tarifabschlüsse, aber vor allem die Stabilisierung des Tarifsystems und die Bekämpfung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung. Hier geht es um gesetzliche Mindestlöhne und die Ausweitung der Tarifverträge auf bisher ungeschützte Arbeit. Das wäre gut für die Binnenkonjunktur in Deutschland, aber es würde auch den wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den Euro-Staaten entgegenwirken, die ja zweifelsohne eine Ursache für die Euro-Krise sind.

Schließlich geht es um die soziale Regulierung der Arbeitsbedingungen Älterer und des Übergangs in die Rente. Hier hat die IG Metall mit ihrer Kampagne „Gute Arbeit – Gut in Rente“ konkrete Vorschläge vorgelegt.

**spw:** Existiert beim Thema Arbeitsgestaltung nicht überhaupt ein erheblicher Problemdruck?

» **H-J.U.:** Völlig richtig. Der unerbittliche Wettbewerbsdruck und neue Strategien systemischer Rationalisierung haben Leistungsdruck und Arbeitshetze enorm er-

höht. Ein Stichwort lautet: Ganzheitliche Produktionssysteme. Mitunter wurde auch die Krise missbraucht, um Leistungsstandards anzuheben. In vielen Unternehmen ist das Maß des Zumutbaren längst überschritten. Der Anstieg von psychischen Erkrankungen ist ja nur ein Indikator dafür.

Die IG Metall setzt mit ihrer Initiative für eine „Anti-Stress-Verordnung“ und gesundheitsverträgliche Arbeitsgestaltung genau hier an. Denn: Die permanente, wettbewerbsgetriebene Produktivitätssteigerung zu Lasten der Beschäftigten kann so nicht weitergehen! Hier existieren im Grunde zwei strategische Optionen: entweder eine produktivitätspolitische Mäßigung oder die Umwidmung von Produktivitätszuwächsen in gesundheitsverträgliche Arbeitsgestaltung. Hier geht’s ans Eingemachte, an den Kern des deutschen Wettbewerbsmodells. Dennoch: die Gewerkschaften dürfen sich hier nicht drücken.

**spw:** Zum Schluss: Du hast viele Zukunftsaufgaben benannt, aber bisher kein Wort zu Europa gesagt? Für dich eine nachrangiges Thema?

»» **H-J.U.:** Das Gegenteil ist der Fall. Hier klafft eine kilometerweite Lücke zwischen den Anforderungen und der bisherigen Gewerkschaftspolitik. Europa befindet sich auf einem Irrweg. Mit der neoliberalen Austeritätspolitik würgt es europaweit die Wertschöpfung ab und untergräbt damit die Grundlage eines nachhaltigen Schuldenabbaus. Und die „Troika“ aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds zwingt die Schuldenstaaten zu schwachsinnigen Privatisierungen, armutstreibendem Sozialabbau und Einschränkung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten – ohne die notwendige demokratische Legitimation! Die Folge: Wohlfahrtsstaaten und Demokratie geraten unter die Räder und die Finanzmarktakteure werden geschützt und zocken weiter.

**spw:** Und was wären solidarische Alternativen?

»» **H-J.U.:** Europa braucht einen Pfadwechsel – um 180 Grad! In einem Aufruf von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern unter dem Titel „Europa neu begründen“ sind Eckpunkte eines solchen Fahrplans skizziert worden.<sup>1</sup> Vor allem aber darf das finanzkapitalistische Besitz- und Machtmodell nicht weiter zur Tabuzone verklärt werden. Ohne die Entmachtung der Finanzmärkte verendet die Demokratie in Europa. Dazu muss die Abhängigkeit der Politik von den amerikanischen Ratingagenturen gebrochen werden; und zumindest die systemrelevanten Banken, die mit öffentlichen Mitteln gerettet wurden, müssen dauerhaft in öffentliches Eigentum überführt werden. Und eine solidarische Finanzierung der Krisenpolitik erzwingt den umfassenden steuerlichen Zugriff auf hohe Einkommen und große Vermögensbestände und damit auf die Verteilungsinteressen der Finanzeliten. Das mag nicht marktkonform sein, aber als neoliberaler Finanzmarkt-Kapitalismus fährt Europa vor die Wand. Die gewerkschaftliche Mobilisierung für einen solchen Pfadwechsel ist bisher eher kläglich. Ihr politisches Mandat muss ein europapolitisches Mandat werden. Ohne Kapitalismuskritik kein solidarisches Europa. Und ohne ein solidarisches Europa keine gute Zukunft für die Gewerkschaften! ■

↳ Das Interview führte Kai Burmeister.

<sup>1</sup> Siehe dazu <http://www.europa-neu-begrunden.de/>

## Politisiert endlich die Europapolitik!

von Ernst Dieter Rossmann

Wenn in dem Ringen der SPD um den richtigen Weg in der Europapolitik die Zweifel an der Politik von Troika, Eurogruppe und Regierung Merkel am Ende gar zu groß werden, wird gerne postuliert, es gehe nicht um alternative politische Konzepte, sondern um „Haltung“. Und in der positiven Haltung zu Europa dürfe sich die Europapartei SPD schließlich nicht von anderen übertreffen lassen, weshalb trotz aller Kritik auch die SPD als größte Oppositionspartei den Vorlagen der Bundesregierung im Zweifelsfall einmal mehr zustimmen müsse. Dabei spielt dann auch keine Rolle, dass die SPD weder in Regierungsverantwortung ist noch ihre Resolutionen zur Sache im Parlament von den Regierungsfractionen nicht unterstützt werden.

### Geht es wirklich um Haltung?

Ist Europa in seiner politischen Entwicklung nicht schon viel weiter? Mit einer zunehmenden Integration und einer faktisch vergemeinschafteten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, kommen auch die unterschiedlichen politischen Konzeptionen in Europa immer stärker zum Tragen. Damit ist dann aber nicht mehr die grundsätzliche Haltung zu Europa gefragt, sondern das demokratische Ringen um den richtigen Weg innerhalb Europas.

### Gibt es wirklich keine Alternativen?

Natürlich gibt es große Unterschiede in den konservativ-neoliberalen Politikkonzepten und den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Politikansätzen in Europa. Auch im Europaparlament gibt es konservativ-rechte und fortschrittlich-linker Parteien. Und natürlich muss es bei konkreten Entscheidungen auch zu Kompromissen kommen können. Nur weshalb soll dann den Bürgerinnen und Bürgern Europas dieses Europa



↳ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Bundestagsabgeordneter, Mitherausgeber der spw und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Foto: privat

immer als ewige große Koalition gegenüber treten? Das Ergebnis ist dann nur mehr Intransparenz, mehr Technokratisierung, mehr Entfremdung und letztlich weniger Wahlbeteiligung.

### Erfordert europäische Verantwortung eigentlich bedingungslose Zustimmung im Parlament?

Hollande und die französischen Sozialisten haben es anders gemacht und Sarkozys Politik eine Alternative gegenüber gestellt. Galten sie deshalb als schlechtere Europäer? Es handelt sich schon um ein sehr staatsgeleitetes Politikverständnis, die Anschlussfähigkeit in Ministerräten der EU im Zweifel als stärkeren Bezugspunkt zu haben, als die Sehnsucht der Bürgerinnen und Bürger und Parteimitglieder nach Alternativen. Wie soll eine sozialdemokratische Politik noch Glaubwürdigkeit gewinnen, die Austerität und Sozialabbau geißelt und diese Agenda gleichzeitig in anderen Ländern als Staatsräson akzeptiert und im Parlament durch Zustimmung toleriert? Tatsächlich liegt hierin ein Grundwiderspruch sozialdemokratischer Europapolitik. Die Profilierung der nationalen Politiken durch die Entprofilierung der europäischen Politik wird beständig konterkariert, zugedeckt unter dem Mantra der „Haltung“. So befördert die Allianz der „Haltungs-Europäer“ erst recht die Schwächung der Politik für Europa, weil sie am Ende als ungewollte Frucht der Entpolitisierung neuen Nationalismus hervorbringt. Die Sozialdemokratie muss diese Debatte offensiv führen, statt sich in ihren europapolitischen Widersprüchlichkeiten zu verfangen. ■

## Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Pascal Geißler, Michael Reschke, Thilo Scholle, Jan Schwarz und Stefan Stache



Foto: Bildnachweis siehe Endnote Seite 19

„Der neue Golf gratuliert der SPD zum 150. Geburtstag“, hupt das Modell mit Sonderausstattung dem Leser von Seite zwei der vorwärts-Sonderausgabe entgegen. Daneben wird Heinrich Heine verpflichtet, mit Auszügen aus Deutschland – ein Wintermärchen. Sozialdemokratie ist kein kommerzielles Produkt. Und doch kann ihre Geschichte, entsprechend erzählt, zum Marketinginstrument der Politik werden.

Die SPD feiert am Jahrestag der Gründung des ADAV am 23. Mai 2013 ihr 150-jähriges Jubiläum. Grund genug, auch aus linker Perspektive auf die Entwicklung der Sozialdemokratie zu blicken. Die Beschäftigung mit der eigenen Historie trägt stets Züge gegenwartsgebun-

dener Selbstreflexion mit sich. Nicht selten verdeutlicht der Blick zurück auch Verunsicherungen, die Bedürfnisse nach Orientierung und Selbstverständigung sowie Erklärungsversuche des aktuellen Handelns. Denn Parteigeschichte – besser, die Definitionshoheit über sie – ist symbolisches Kapital, das besonders politischen Akteuren als Legitimationsresource dient. Sie müssen ihr tagespolitisches und (macht)interessengeleitetes Handeln an länger währende Ideen und normative Werte zurückbinden, wenn sie das soziale Kapital bzw. Vertrauen der Mitglieder und ihrer WählerInnenklientele erhalten wollen.

Die 150 Jahre SPD-Geschichte beinhalten eine große Spannweite an Themen und Kon-

troversen: Von der Reichsgründung über das Kaiserreich, den ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik, der Verheerungen der NS-Barbarei und dem zweiten Weltkrieg, der Gründung zweier deutscher Staaten, den Kalten Krieg, der Europäische Einigung, der Deutschen Einheit bis zur multipolaren Weltordnung der Gegenwart lässt sich entlang der Geschichte der SPD und der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung insgesamt die leidvolle und an Höhen und grauenhaften Tiefen nicht arme deutsche Geschichte auf dem Weg in Moderne und Demokratie nachvollziehen. Die Entwicklungen im Kapitalismus waren in dieser Zeit nicht weniger rasant, die Antworten der Sozialdemokratie schon immer intern umstritten und umkämpft, und in ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Wirkung auch oft zweifelhaft. Nicht zuletzt veränderte sich die soziale Basis der SPD: War es in der Frühphase der Partei vor allem die qualifizierte Arbeiterschaft, so wurden zunehmend breitere gesellschaftliche Milieus bis hin zum heutigen Konzept der Volkspartei integriert. Beeindruckendes in der Geschichte gibt es genug, vom Blick auf die intellektuellen Debatten und ihre ProtagonistInnen über die Gestaltung von Arbeitsgesellschaft und Sozialstaat bis hin zum mutigen Widerstand gegen Diktatur und Unterdrückung.

Aber doch, ein gewisses Unbehagen bleibt. Bei einigen Mitgliedern, im parteilichen Umfeld, bei BündnispartnerInnen und WählerInnengruppen herrscht – gespeist aus den neoliberalen Anlehnungen der SPD in den letzten rund zwei Jahrzehnten – noch Verunsicherung vor. Unterstützung und Sympathie wurde sich zwar nach programmatischen Debatten und Korrekturen insbesondere in steuer- und sozialpolitischen Fragen zurück erkämpft, aber diese stehen unter Vorbehalt. Das „Jahrzehnt der Entstaatlichung“ (Bofinger), welches wesentlich von einer Sozialdemokratie geprägt war, die sich von ihrer programmatischen Identität entfernte und, wie Oliver Nachtwey treffend beschrieb, zur

„Marktsozialdemokratie“ mutierte, hinterlässt nach wie vor Spuren, Verstörungen und Irritationen. Dieses mangelnde Vertrauen wird wohl nur durch eine andere als die vergangene Regierungspraxis in den rot-grünen Jahren geheilt werden können. Dabei wird es, wie auch in spw wiederholt beschrieben und eingefordert, nicht um Marktfreiheit, sondern um gesellschaftliche Freiheit und um mehr soziale Gleichheit gehen müssen.

Und so sagen die Blicke zurück viel über die heutigen Sehnsüchte der Sozialdemokratie nach (vermutlich vermeintlich) widerspruchsfreieren Zeiten aus. Deutlich wird bereits jetzt, dass der rote Faden in den Publikationen aus dem Umfeld des Parteivorstands ein SPD-Bild völlig ohne Ambivalenzen zeichnen will. Innerparteiliche Kämpfe und Diskussionen werden kaum oder wenn, dann nur aus der Perspektive der Mehrheit erzählt. Es entsteht das Bild einer Partei, die eigentlich immer schon auf eine soziale Marktwirtschaft in einem kapitalistischen System hingearbeitet hat. Es ist offensichtlich, dass dies nur bei einem Teil der führenden SozialdemokratInnen aufgrund mutwilliger Verkürzung des Wissensstandes gilt: Bei vielen scheint auch das Wissen über die Geschichte der SPD nicht mehr über in der Schule gelernte Allgemeinplätze hinauszugehen.

So fehlt beispielsweise ein Blick auf das linkssozialistische Erbe der Sozialdemokratie völlig. Dies beginnt im Prinzip mit den politischen Debatten in der Sozialdemokratie des Kaiserreichs, beispielsweise zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, aber auch in Bezug auf den Revisionismusstreit selbst. Es setzt sich über eine völlige Ignoranz der Debatten in der deutschen Sozialdemokratie seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs fort, und der völligen Verdrängung der Tatsache, dass ein großer Teil der Funktionäre wie auch der Mitgliedschaft der Partei mit zunehmender Kriegsdauer die Richtigkeit des

„Verteidigungskrieges“ immer skeptischer betrachteten. Diese Auseinandersetzung fand auch in der illustren Mitgliedschaft der USPD ihren Ausdruck, die quer zu den bisherigen Parteiflügeln u.a. Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid zu ihren Mitgliedern zählte. Die Geschichte der USPD ist Teil der Geschichte der Sozialdemokratie. Trotzdem erzählt die Partei ihre Geschichte in der Weimarer Republik lediglich entlang der Linie der MSPD. Von dieser Verengung sind auch Persönlichkeiten wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Paul Levi betroffen, die den größten Teil ihres politischen Lebens innerhalb der Sozialdemokratie verbrachten. Paul Levi entschied sich bewusst, in die SPD zurückzukehren, und sich gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung einzusetzen. Und das, obwohl er als langjähriger Weggefährte und Anwalt Rosa Luxemburgs genau über die Wirren der Jahre 1918/1919 und die Rolle mancher Mehrheitssozialdemokraten Bescheid wusste. Was hindert die SPD des Jahres 2013 daran, auch dieses Erbe als eigenen Schatz anzuerkennen?

Auch politische Akteure aus der späten Phase der Weimarer Republik finden kaum Beachtung: Während einige der abtrünnigen Reichstagsabgeordneten aus dem Umfeld der „Klassenkampfgruppe“ die SAP gründete, blieben andere wie Arkadij Gurland und Engelbert Graf bewusst in der SPD, und versuchten mit der „Marxistischen Tribüne“ ein neues Diskussionsorgan der Parteilinken zu schaffen. Es entsteht der Eindruck, dass die linken Ränder der SPD der 1920er Jahre nur dann Berücksichtigung in der Geschichtsschreibung der Partei finden, wenn sie später weiter nach rechts rückten, wie es der in der Weimarer Republik zum linken Juso-Flügel gehörende Willi Eichler dann mit der Mitarbeit am Godesberger Programm tat.

Warum also diese Ignoranz? Neben schlichtem Nichtwissen gehört dazu wohl

auch eine Konfliktunfähigkeit in aktuellen politischen Auseinandersetzungen: Wem „Sozialismus“ eigentlich peinlich ist, wer nicht gerne von FreundInnen und Bekannten gefragt wird, ob er denn auch „kapitalismuskritisch“ sei, der wird sich schwer tun, gelassen über die unterschiedlichen Diskussionsstränge innerhalb der sozialdemokratischen Geschichte zu diskutieren. Allerdings ist ein solcher Kurzschluss ohne Not – die Beschäftigung mit der Theorie- und Ideengeschichte der SPD bedeutet ja gerade nicht, aus jeder vergangenen Diskussion auch Legitimation für die Gegenwart beziehen zu müssen und die eigene Geschichte als eine ohne Brüche und Wirrungen zu begreifen. Vielmehr geht es darum die eigene Geschichte ernst zu nehmen, sich mit ihr auseinanderzusetzen, und für jede politische Epoche die theoretischen Rahmenbedingungen für politisches Handeln neu zu erarbeiten und stets weiterzuentwickeln.

Dass die aktuelle Rückschau in die Geschichte kaum zu einer Sichtung der eigenen Ideengeschichte genutzt wird, sieht man bei einem kurzen Blick auf die vielen in diesem Jahr erscheinenden Publikationen zur Parteigeschichte, von denen die meisten einen Schwerpunkt auf die Organisationsgeschichte der SPD legen, und nur wenige auch die Theoriegeschichte berücksichtigen. Sammlungen zentraler Texte fehlen seit Jahren ohnehin – eine verdienstvolle Ausnahme ist die Sammlung der Parteiprogramme durch Dowe/ Klotzbach. Wo ist die „Kleine Bibliothek sozialdemokratischen Denkens“, deren Bände einen Bogen von den Frühsozialisten über Marx und Engels, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg bis in die heutige Zeit schlagen?

Ein Blick auf die Diskursgeschichte der SPD-Linken kann hier aber nicht losgelöst vom Medium selbst geschehen. Die spw ist selbst Teil der Diskursgeschichte. Die spw

– Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – wurde im Oktober 1978 aus den Reihen aktiver linker JungsozialistInnen wieder aufgelegt. Bereits in den 1920er Jahren, (1923 - 1928) wurde sie unter Federführung Paul Levis herausgegeben, bis sie letztlich in der Zeitschrift Klassenkampf aufging. Während die SPD in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag feiern darf, kann die spw durchaus mit etwas Stolz auf ihr 35-jähriges Jubiläum seit ihrer Neuerscheinung blicken. Ihr ist es als einzige der linken Zeitschriften im sozialdemokratischen Umfeld gelungen, sich zu behaupten.

In diesen 35 Jahren prägte die spw die jüngste Diskursgeschichte der SPD-Linken mit und knüpfte an die langen Linien linkssozialdemokratischer und sozialistischer Debatten an: Kapitalismuskritisch, radikal-reformerisch, feministisch, internationalistisch, emanzipatorisch. Dabei spielten die einzelnen politischen Instrumenten übergeordneten Fragestellungen nach dem Verhältnis von Staat und Markt sowie deren Beziehungsgeflecht, nach einem polit-ökonomischen Modell ohne soziale Blindheit, nach Demokratisierung aller Lebensbereiche und Reform- und Mobilisierungsstrategien zentrale Rollen. Die entsprechenden Programmbegriffe lauten Staat als Pionier, sozial-ökologischer Umbau, Wirtschaftsdemokratie, crossover zur Zusammenführung und Stärkung linker Kräfte in Politik und Wissenschaft und enge Gewerkschaftsorientierung. Der vorliegende Schwerpunkt ordnet diese historisch teils ein, geht aber auch darüber hinaus und diskutiert das lange Wirken linker Kräfte in der Sozialdemokratie.

Dass es keinen Selbstzweck darstellt, sich mit der Geschichte der SPD-Linken auseinanderzusetzen, verdeutlicht *Max Reinhardt* in seinem historischen Überblick. Anhand von Schlaglichtern der Auseinandersetzungen zwischen linken und konservativen Parteiströmungen, wie z.B. dem Revisionis-

musstreit, der Bewilligung der Kriegskredite für den Weltkrieg, dem Nato-Doppelbeschluss und der Agenda 2010 zeigt er die zentrale Funktion der Strömungen als Repräsentanten unterschiedlicher sozialer Gruppen und Milieus auf. Die SPD-Linke könne ihre Rolle aber nur erfüllen, wenn die emanzipativen politischen Ansprüche der von ihr repräsentierten Milieus von der Partei aufgegriffen würden. Der Erfolg der SPD als Massen- und Volkspartei sei immer dann gefährdet gewesen, „wenn die Konfliktlinien innerparteilich erheblich und Aushandlungsprozesse gescheitert waren oder sogar gezielt vermieden und durch Ausgrenzungsbeschlüsse ersetzt wurden“. Spaltungen seien stets eine Folge autoritärer Durchsetzung politischer Positionen und mangelnder Integrationsbereitschaft der SPD-Führung gewesen.

*Ridvan Cifti* widmet sich in seinem Beitrag den Debatten um die Frage nach der Rolle des Staates in der Umsetzung der jungsozialistischen politischen Ziele in der Weimarer Republik. Dafür rekonstruiert er die Positionen der unterschiedlichen Fraktionen und den Verlauf der Debatte, die mit der Verabschiedung einer Resolution endete und eine entscheidende Weichenstellung im Staatsverständnis bedeutete, die bis heute die Jusos und ihr Staatsverständnis prägt.

Der Beitrag von *Uwe Kremer* ist ein historischer Überblick über die Entstehung einer eigenständigen linken Strömung innerhalb der Jusos, ausgehend von der Gründung des Hannovoraner Kreises. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die inhaltliche Orientierungen und Wandlungen der Juso- bzw. Parteilinken, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der so genannten Stamokap-Theorie und den programmatischen Beschlüssen der Herforder Thesen.

*Thilo Scholle* und *Jan Schwarz* nehmen in ihrem Artikel die Bedeutung und Veränderung von Staatlichkeit in den Blick und be-

fassen sich mit der Frage, auf welchem Wege gesellschaftliche Transformation erreicht werden könnte.

Mit dem aktuellen Heft sollen einige Schlaglichter linker Diskurse in der Sozialdemokratie aufgezeigt werden. Dabei ist völlig klar: „die“ Linke in der SPD mit einem überzeitlichen roten Faden in ihrer Organisations- und Theorieentwicklung gibt es genauso wenig wie bei der SPD selbst. Es geht also nicht darum, nach der Kritik an der Geschichtsarbeit im Parteistream nun stattdessen eine eigene glattgebügelte Historie zu schreiben. Über das Jahr hinweg wollen wir weitere Diskurse aufgreifen, aber auch biographische Skizzen zu „vergessenen“ SozialdemokratInnen veröffentlichen, und uns mit der aktuell erscheinenden Literatur zur Parteigeschichte auseinandersetzen. ■

- 
- ↳ Pascal Geißler ist Redaktionsassistent der spw.
  - ↳ Michael Reschke ist Mitglied der spw-Redaktion.
  - ↳ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.
  - ↳ Jan Schwarz ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Weyhausen.
  - ↳ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

#### Bildnachweis:

Titelseite u. Seite 15 oben links: [www.photocase.com](http://www.photocase.com) © steffne

Titelseite u. Seite 15 oben rechts: 1. Mai 2011 Hannover Klagesmarktkreisell Fahnenträger der SPD Jusos Jungsozialisten in der SPD © von Recherche, Scans, Arbeitsleistung gestiftet von: Bernd Schwabe in Hannover [CC-BY-3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0>)], via Wikimedia Commons

Titelseite u. Seite 15 unten links: Gruppenaufnahme mit Lehrern an der SPD-Parteischule u.a. Joseph Belli, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, August Bebel, Simon Katzenstein, Heinrich Kuno und Wilhelm Pieck. © AdS der Friedrich-Ebert-Stiftung

Titelseite u. Seite 15 unten rechts: spw-Verlag 1980: Titelgestaltung Nils Larsen

## „1968“ und die Sozialdemokratie

### Reaktion & Wandel der SPD



## Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und Gesellschaftlicher Wandel 1959-1969

Von Dr. Robert Philipps

2012, 499 S., brosch., 89,- €

ISBN 978-3-8329-7342-1

[www.nomos-shop.de/14531](http://www.nomos-shop.de/14531)



# Nomos

## Geschichte der SPD-Linken: Demokratischer Sozialismus oder autoritärer Staat

von Max Reinhardt

### 1. Einleitung

Eine Geschichte der SPD-Linken in einem Artikel niederzuschreiben, heißt immer, stark zu abstrahieren und sich zu fokussieren. Dieser Artikel kann demnach keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, sondern konzentriert sich vielmehr auf die politischen Traditionslinien und den Wandel der SPD-Linken im Grundsätzlichen. Er beginnt mit einer Vorgeschichte bis 1945 und konzentriert sich dann auf die SPD-Linke nach 1945 bis heute.

Die SPD-Linke ist keine ontologische, von der Zeit unabhängige politische Strömung, sondern ist abhängig von den Feldbedingungen des politischen Systems insgesamt. Insofern wäre es angesichts seines Wandels von der Kaiserzeit Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, über die Weimarer Republik, die nationalsozialistische Diktatur, die Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90 und die vereinigte Bundesrepublik Deutschland bis heute verwunderlich, wenn die SPD-Linke sich nicht ebenfalls gewandelt hätte. Dennoch lassen sich, so die Hypothese dieses Artikels, politische Traditionslinien herausarbeiten, die bis heute erhalten geblieben sind.

Der Maßstab der SPD, linke Massen- oder Volkspartei zu sein, war ihr Erfolg, der immer dann gefährdet war, wenn die Konfliktlinien innerparteilich erheblich und Aushandlungsprozesse gescheitert waren oder sogar gezielt vermieden und durch Ausgrenzungsbeschlüsse ersetzt wurden.

### 2. SPD-Linke in der Kaiserzeit Anfang des 20. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik

Für die SPD-Linke waren es vor allem zwei Kernthemen, die zu innerparteilichen Konflikten führten: zum einen die Kritik an der Parteibürokratie und die Überwindung des autoritären Staates durch revolutionäres Handeln und zum anderen die Kritik am Imperialismus und das Eintreten für friedenspolitische Ziele.

Die radikale SPD-Linke war in der Kaiserzeit Anfang des 20. Jahrhunderts eine eher kleine Gruppe in der SPD. Ihre herausragenden Repräsentanten waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Beide kritisierten die autoritär gewordene Parteibürokratie und sahen in ihr ein Hindernis für die Spontaneität der Massen und ihr revolutionäres Handeln.<sup>1</sup>

In der Revisionismusdebatte, die Bernstein 1896 mit einer Artikelserie „Probleme der Sozialismus“ in der *Neuen Zeit* begonnen hatte, hatten sich zwar das Parteizentrum, gemeinsam mit einigen Reformern und der SPD-Linken mit einer klaren Mehrheit auf dem Dresdener Parteitag 1903 gegen Bernstein und die Revisionisten durchgesetzt. Es war aber vor allem ein programmatischer Sieg, da die SPD zwar mit August Bebel und ihrem Parteiprogrammatiker Karl Kautsky ihren Verbalradikalismus beibehielt. In ihrer Praxis aber war sie

<sup>1</sup> Zu Liebknechts Haltung zur Parteibürokratie siehe z. B. Enzo Collotti 1975: Karl Liebknecht und das Problem der sozialistischen Revolution, In: Claudio Pozzoli (Hg.): *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Band 3: Die Linke in der Sozialdemokratie, S. 67; zu Luxemburgs Haltung zur Parteibürokratie siehe z. B. Annette Jost 1975: *Gewerkschaften und Massenaktion. Rosa Luxemburgs Kritik der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, In: Claudio Pozzoli (Hg.): *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Band 3: Die Linke in der Sozialdemokratie, S. 74-100. Helga Grebing bezeichnet die SPD-Linke um Liebknecht und Luxemburg als radikale Linke, so dass die SPD-Linke auch in der Kaiserzeit heterogener war. Eine Analyse dazu wäre Aufgabe eines anderen Artikels und kann hier nicht ausführlich erfolgen. Siehe Helga Grebing 1977 [1966]: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick*, München, S. 119 f.

zu einer Reformpartei geworden, die sich von der sozialistischen Transformation der Gesellschaft auf revolutionärem Wege verabschiedet hatte.<sup>2</sup> Bernstein aber hatte eine Debatte zur Öffnung der SPD jenseits der Arbeiterklasse und für eine Bündnisfähigkeit der SPD angestoßen, die auch nach dem Dresdener Parteitag 1903 fortgesetzt wurde.<sup>3</sup> Problematisch war die revolutionäre Programmatik deshalb, weil sie eine eindeutige Abgrenzung der Sozialdemokratie vom Bürgertum zum Ziel hatte und so Bündnisse verhinderte. Bernstein und die Reformisten traten für die Öffnung der SPD sowohl hinsichtlich ihrer Wählerschaft als auch ihrer Bündnisfähigkeit mit anderen Parteien ein. Es waren aber nur die Revisionisten, die die programmatische Radikalität kritisierten. Zwar diente die revolutionäre Theorie zur Integration aller Strömungen und zur Einheit der Arbeiterbewegung.<sup>4</sup> Die offizielle Parteiideologie aber war ein Hindernis für eine Öffnung der SPD.<sup>5</sup>

Bernstein überschätzte allerdings „– wie schon Lassalle – die Erfolgchancen der Sozialdemokratie, mit den begrenzten Mitteln des Pseudoparlamentarismus im Kaiserreich einen gesellschaftlichen und politischen Strukturwandel durchsetzen zu können“<sup>6</sup>. Er wollte dies mit einem Bündnis des „«linken» Bürgertums“<sup>7</sup> erreichen. Luxemburg und Kautsky hingegen überschätzten die revolutionäre Einstellung der Massen trotz der „Bedeutung der traditionellen radikalen Theorie in der Interpretation von Kautsky für das kollektive Selbstbewusstsein gerade der

2 Zur parteiinternen Auseinandersetzung und Revisionismusdebatte siehe Grebing 1977, S. 108-120; ausführlich zur Position von Bernstein siehe Francis Ludwig Carsten 1993: Eduard Bernstein 1850-1932. Eine politische Biographie, München, 81-107; von der Artikelserie Bernsteins bis zur *Neuen Linken* siehe Thomas Meyer 1986: Revisionismus, In: Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Miller/Klaus Novy/Heinz Timmermann (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln, S. 527-532.

3 Zu Bernsteins Positionen siehe Carsten 1993, S. 100-107.

4 Zur Funktion der revolutionären Theorie siehe Grebing 1977, S. 111.

5 Zur Bündnisfähigkeit und zur Abgrenzung von Arbeiterbewegung und Angestelltenbewegung siehe Michael Prinz 1989: Wandel durch Beharrung: Sozialdemokraten und „neue Mittelschichten“ in historischer Perspektive, In: Archiv für Sozialgeschichte 29/1989, S. 35-73.

6 Grebing 1977, S. 119.

7 Ebd.

## »ein Grundsatzwerk mit Pioniercharakter.«

Ver.di Publik 8-9/11



### Aufstieg und Krise der SPD

Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei

Von Dr. Max Reinhardt

2011, 628 S., brosch., 99,- €

ISBN 978-3-8329-6575-4

[www.nomos-shop.de/13581](http://www.nomos-shop.de/13581)

Der Autor analysiert im vorliegenden Band den Wandel der SPD und ihrer Flügel anhand von biografischen Interviews mit 13 führenden Repräsentanten der Volkspartei.



**Nomos**

deutschen Arbeiter.“<sup>8</sup> Aber auch Luxemburg und Kautsky akzeptieren die Reformarbeit als alltägliche Notwendigkeit.<sup>9</sup>

Luxemburg sah allerdings, anders als Kautsky, in der „Masse, d. h. [die] (der) Mehrheit des Volkes – nicht [die] (der) Lohnarbeiterschaft allein“<sup>10</sup> den „Träger des Transformationsprozesses“<sup>11</sup>. Auch deshalb war sie anders als die Gewerkschaften für einen politischen Massenstreik, der von Bebel und den Delegierten auf dem Jenaer Parteitag 1905 noch verteidigt wurde, auf dem Mannheimer Parteitag 1906 faktisch aber als Zugeständnis an die Gewerkschaften nur noch mit ihrer Zustimmung möglich war.<sup>12</sup> Im Unterschied zum Parteizentrum war nach Luxemburgs Theorie die Revolution nicht ein Selbstläufer im Sinne einer deterministisch-evolutionären Entwicklung<sup>13</sup>, sondern konnte nur durch die Massen selbst herbeigeführt werden. Für Luxemburg war es vor allem die Gewerkschaftsbewegung, aus der sich der Reformismus speiste und die Spontaneität der Massen begrenzte.<sup>14</sup>

Ursache für die Spaltung der SPD-Linken war die Bewilligung der Kriegskredite durch den Reichstag ab 1914 unter Beteiligung der SPD-Fraktion. Nicht nur die radikale SPD-Linke um Luxemburg, Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring, sondern eine Mehrheit von gemäßigten oder zumindest gemäßigt radikalen Linken um Kautsky, Hugo Haase, Rudolf Hilferding, Bernstein und Kurt Eisner wurden 1916/17 aus Fraktion und Partei ausgeschlossen und gründeten 1917 die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei* (USPD).<sup>15</sup> Später schloss

sich die radikale Linke um Luxemburg der KPD an.<sup>16</sup>

Die Linke blieb auch während der Räterevolution 1917-19 gespalten. Die Konfliktlinie verlief dabei zwischen der SPD-Führung und „Spartakisten, revolutionären Betriebsobleuten und USPD-Führern“<sup>17</sup>, deren Warnungen vor der SPD und Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der SPD aber von der Rätebewegung als störend für ihre „Einheit“<sup>18</sup> empfunden wurden. Wäre die historische Option der Räterevolution aber auch von der SPD-Führung genutzt worden, wäre vielleicht „eine andere Entwicklung zu einem demokratisch-kontrollierten sozial ausgestalteten Staatskapitalismus mit sozialistischen“<sup>19</sup> Entwicklungstendenzen möglich gewesen.

Auch in der Weimarer SPD blieb die Konfliktlinie der Parteiflügel erhalten, auch wenn die SPD-Linke nun nicht mehr revolutionär, sondern eine Reformlinke war, die den Kapitalismus schrittweise überwinden wollte.<sup>20</sup> 1922 kehrten mit der Fusion von SPD und Rest-USPD tausende ehemalige Mitglieder der USPD zur SPD zurück<sup>21</sup> und beeinflussten auch die programmatische Diskussion, an deren Ende ein vergleichsweise radikales Grundsatzprogramm stand, nämlich das Heidelberger Programm von 1925.<sup>22</sup>

Nach dem Eintritt ehemaliger USPD-Mitglieder zur SPD nahmen die Spannungen in

8 Ebd.

9 Zur Luxemburgs Analyse der revolutionären Massen und zur Reformarbeit siehe ebd., S. 119 f.

10 Helga Grebing 1991: Rosa Luxemburg (1871-1919). In: Walter Euchner (Hg.): *Klassiker des Sozialismus II*. Von Jaurès bis Herbert Marcuse, S. 64.

11 Ebd.

12 Jost 1975, S. 88 f.

13 Zum „deterministisch-evolutionären Element der Theorie“ von Kautsky siehe Grebing 1977, S. 108.

14 Zu Luxemburgs Revolutionstheorie siehe Jost 1975 und Grebing 1991, S. 61-64.

15 Zur Vorgeschichte der Gründung der USPD siehe Grebing 1977, S. 142 f.

16 Zu Luxemburg und ihrer Position zur Gründung der KPD siehe Grebing 1991, S. 68.

17 Peter von Oertzen 1959: Die deutsche Revolution 1918/1919. 3. Teil: Die revolutionäre Bewegung. In: *Sozialistische Politik (SoPo)* 1/2/1959, S. 11.

18 Ebd.

19 Interviewtranskript Peter von Oertzen 31.7./6.8.2003 im eigenen Archiv, S. 102.

20 Volker Brandes: Schriftliche Stellungnahme. Diskussion zum Thema Die Linke in der SPD nach 1945. In: Claudio Pozzoli (Hg.) 1975: *Jahrbuch Arbeiterbewegung*. Band 3: Die Linke in der Sozialdemokratie, Frankfurt a. M., S. 201.

21 Zur Fusion von SPD und USPD siehe zum Beispiel Detlef Lehner 1986: *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands*. In: Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Miller/Klaus Novy/Heinz Timmermann (Hg.): *Lexikon des Sozialismus*, Köln, S. 691. Insgesamt traten der SPD mit der Fusion etwa 200000 Menschen bei.

22 Zum Heidelberger Programm der SPD siehe zum Beispiel Peter von Oertzen 1996 [1984]: Die „wahre Geschichte“ der SPD. Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms, S. 7.

der SPD zu. „Ende September 1931 (wurden) neun Reichstagsabgeordnete (M. Seydewitz, K. Rosenfeld, A. Siemens et al.) und zahlreiche Mitglieder und Funktionäre in allen Bezirken des Deutschen Reichs aus der SPD ausgeschlossen“<sup>23</sup>, weil sie gegen die Regierungspolitik der SPD mit dem Panzerbau 1928 und die Tolerierung der Regierung des Reichskanzlers Brüning opponiert hatten. Die Ausgeschlossenen gründeten daraufhin 1931 die *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands* (SAPD), weil sie nicht zur KPD und auch nicht parteilos bleiben wollten. Zu ihnen zählten auch der spätere SPD-Linker und IG Metallvorsitzende Otto Brenner, Willy Brandt und andere, die später wieder zur SPD gefunden haben.<sup>24</sup>

### 3. Integration der SPD-Linken nach 1945

Der SPD gelang nach 1945 das, was ihr während der Weimarer Republik nicht gelungen war, nämlich die Integration linker Splittergruppen und auch ehemaliger KPD-Mitglieder, so dass eine einheitliche Parteirepräsentation der Arbeiterbewegung gesichert und ihre Zersplitterung überwunden war. Maßgeblichen Anteil daran hatte Kurt Schumacher als Parteivorsitzender. Mit der Rückkehr früherer Mitglieder linker Splittergruppen aber war nicht eine Stärkung der SPD-Linken verbunden, da einige ehemalige linke Sozialisten wie Fritz Erler, Brandt und Heinz Kühn zumindest zeitweilig zu SPD-Rechten konvertierten oder ehemalige Kommunisten wie Herbert Wehner sich mit dem rechten SPD-Flügel verbündeten.<sup>25</sup> Die SPD-Linker war zudem in der Partei und der Bundestagsfraktion kaum organisiert, zumal die SPD-Führung eine Fraktionsbildung unter-

binden wollte.<sup>26</sup> Die Wirksamkeit eines Teils der SPD-Linken beschränkte sich zu dieser Zeit auf die Arbeit in verschiedenen Redaktionen linkssozialistischer Zeitungen wie der *Sozialistischen Politik* (SoPo), in der Linkssozialisten und soziale Reformen wie Peter von Oertzen und Trotzlisten wie Willy Boepfle und andere mitarbeiteten, um in ihrem Sinne auf die SPD-Politik programmatischen Einfluss zu nehmen.<sup>27</sup>

Eine „kleine ‚altlinke‘ Minderheit in der SPD“<sup>28</sup> unterstützte nach ihren Erfahrungen mit einer autoritären Parteiführung gemeinsam mit „den Erneuerern um Brandt, Erler, von Knoeringen, Carlo Schmid, Helmut Schmidt u. a. [...] gegen das [...] Apparatzentrum der Partei“<sup>29</sup> die Parteireform, die auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 von den Delegierten verabschiedet wurde. Sie waren früher Mitglieder in „oppositionellen Gruppen oder nichtsozialdemokratischen Organisationen vor 1933“<sup>30</sup> wie SAPD, *Neu Beginnen*, *Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund* (ISK) und KPD. Die Altlinke wollte mit der Parteireform die SPD demokratisieren, während die Erneuerer vor allem den Parteiapparat entmachten und die Kandidaten der SPD für die Wahlen stärken wollte. „Die Männer um Ollenauer wurden durch die Neuerer aus der Bundestagsfraktion um Brandt, Schmidt u. a. ersetzt.“<sup>31</sup>

Die SPD-Linker organisierte sich einige Monate vor dem Godesberger Programmparteitag 1959 im *Elzer Kreis*, der sich bis 1962

26 Zur Organisation und politischen Wirksamkeit der SPD-Linken 1945-1968 siehe Jürgen Seifert 1976: Linke in der SPD (1945-1968), In: Bernhard Blanke/F. C. Delius u. a. (Hg.): Die Linke im Rechtsstaat, Band 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, Berlin, S. 236-266; zur Unterbindung von Fraktionsbildungen durch die SPD-Führung in dieser Zeit mündliche Auskunft von Klaus Wettig am 07.06.2010.

27 Ausführlich zu den verschiedenen Zeitungen und linkssozialistischen sowie trotzkistischen Gruppierungen siehe Gregor Kritisidis 2008: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover.

28 Von Oertzen 1996, S. 26.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Uli Schöler 1992 [1991]: Demokratische Massenpartei – „Bürokratischer Zentralismus“ ff Parlamentarisierung, In: Peter von Oertzen/Susi Möbbeck 1992: Vorwärts, rückwärts, seitwärts ... Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform, Köln, S. 55.

23 Walter Fabian 1986: Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), In: Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Müller/Klaus Novy/Heinz Timmermann (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln, S. 568 f.

24 Zu Brenner siehe Jens Becker/Harald Jentsch 2007: Otto Brenner. Eine Biografie, Frankfurt a. M., S. 38-40; zu Brandt siehe Fabian 1986, S. 569.

25 Zur Integration linker Splittergruppen und ehemaliger KPD-Mitglieder sowie anderer Gruppen siehe Helga Grebing 2007: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin, S. 131-144.

traf.<sup>32</sup> Er konnte aber die Verabschiedung des Programms nicht verhindern, mit dem sich die SPD vom Marxismus im Wesentlichen verabschiedete und sich für eine Soziale Marktwirtschaft aussprach. Gleichzeitig blieb allerdings für die SPD eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durch Einführung einer „neuen Wirtschafts- und Sozialordnung“<sup>33</sup> ein zentrales Ziel. Wehner hatte einen Großteil der SPD-Linken zur Zustimmung für das Godesberger Programm mobilisieren können, so dass 324 Delegierte für das Programm votierten und nur 16 dagegen stimmten.<sup>34</sup> Die SPD-Linken Wolfgang Abendroth und von Oertzen hatten zwar Gegenentwürfe formuliert. Abendroth aber zog seinen Entwurf zurück und der von von Oertzen, der ein Kompromissentwurf der SPD-Linken war und zum Beispiel „Überführungen von Schlüsselunternehmen einschließlich der Banken in Gemeineigentum“<sup>35</sup> zum Ziel hatte, „wurde nicht mehr in die Beratungen einbezogen“<sup>36</sup>.

Das Godesberger Programm war der Abschluss eines langen Diskussionsprozesses, der schon während der Emigrationszeit ab 1933 begonnen hatte.<sup>37</sup> Die Öffnung der SPD war aber nicht allein eine programmatische. Vielmehr hatte sich die SPD nach 1945 sowohl katholischen, ehemals kommunistischen und nationalistischen Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern<sup>38</sup> als auch zunehmend dem liberalen, vor allem emanzipativ eingestellten Bürgertum und Kleinbürgertum sowie der protestantischen, nicht ganz so erfolgreich der katholischen Kirche geöffnet.<sup>39</sup> Der Beitritt linker Protestanten und früherer Mitglieder der *Gesamtdeutschen Volkspartei* (GVP) wie Gustav Heinemann, Erhard Eppler und Johannes Rau war sowohl durch die Öffnung der SPD hin zur protestantischen Kirche als auch durch ihre Bündnispolitik mit der außerparlamentarischen Bewegung schon vor der Verabschiedung des Godesberger Programms möglich geworden.<sup>40</sup> Vor allem Heinemann und Eppler wurden in den folgenden Jahren zu Befürwortern einer Demokratisierung der Gesellschaft.

#### 4. SPD-Linke zwischen autoritärer Ausgrenzung und Integration

Die Führungspolitik der SPD blieb allerdings auch in den Folgejahren nach der Parteireform autoritär.<sup>41</sup> Der studentische Nachwuchsverband *Sozialistischer Deutscher Studentenverbund* (SDS) entwickelte sich seit Mitte der 1950er Jahre unter der *Mentorenschaft* der Altlinken um von Oertzen und anderen zu einem kritischen Nachwuchsverband<sup>42</sup>, der sich mit der außerparlamentarischen Bewegung solidarisierte und sie in ihren Forderungen für eine Demokratisierung der Gesellschaft, einschließlich des Bildungs- und Sozialstaats, die Aufklärung über die nationalsozialistische Diktatur und ihre Verbrechen<sup>43</sup> sowie gegen

32 Zum *Elzer Kreis* siehe Klaus Wettig 2009: Der Sozialdemokrat Peter von Oertzen, In: Wolfgang Jüttner/Gabriele Andretta/Stefan Schostok (Hg.): Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von Oertzen, Berlin, S. 20.

33 Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hg.) 1973: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, In: dies 1973: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn, S. 353.

34 Zu Wehners Rolle bei der Programmdiskussion siehe Dieter Dowe (Hg.) 1996: Herbert Wehner (1906 ff 1990) und die deutsche Sozialdemokratie. Referat und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 23. September 1996, Bonn, S. 48; kritisch zu Wehner siehe Kritidis 2008, S. 431-441.

35 Grebing 2007, S. 158.

36 Helga Grebing 2000b [1969]: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, In: dies (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus ff Katholische Soziallehre ff Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen, S. 450.

37 Kurt Klotzbach 1982: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Berlin/Bonn, S. 449.

38 Zur Öffnung der SPD in der ArbeitnehmerInnenschaft am Beispiel des Ruhrgebiets siehe ausführlich der Sammelband von Lutz Niethammer (Hg.) 1983: „Hinterher merkt man, dass es richtig war, dass es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn.

39 Ausführlich zur Öffnung der SPD siehe Max Reinhardt 201a: Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden, S. 58 f., 63-65.

40 Zum Beitritt linker Protestanten siehe Michael Klein 2005: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963, Tübingen, S. 345 f.

41 Kritidis 2008, S. 443 f.

42 Zur politischen *Mentorenschaft*, die aber nicht als hierarchisch missinterpretiert werden sollte, siehe ebd., S. 491 f.

43 Zur Entwicklung des SDS siehe Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker 2007 [1977]: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Essen, S. 64-107.

„Restauration und Militarisierung“<sup>44</sup> stärkte. Da sie ihren neuen Kurs der Öffnung zur Mitte durch den SDS gefährdet sah, förderte sie mit Hilfe der kleinen parteiloyalen Gruppe im SDS die Gründung „programmloyale[r] sozialdemokratische[r] Hochschulgruppen“<sup>45</sup>. Mit der Gründung der *Sozialistischen Fördergesellschaft* im Oktober 1961 sollte der SDS unterstützt werden, da er nicht mehr durch den Bundesjugendplan gefördert wurde. Die SPD-Führung verabschiedete im selben Monat einen Unvereinbarkeitsbeschluss und verbot eine gleichzeitige Mitgliedschaft von SDS und SPD.<sup>46</sup> Die SPD schloss damit neben der kleinen DDR-nahen Gruppe im SDS auch die undogmatische Mehrheitsfraktion und in einem zweiten Beschluss im November 1961 auch die Mitglieder der Fördergesellschaft Otto Stammer, Ossip K. Flechtheim u. a. aus.<sup>47</sup> Der autoritäre Kurs der SPD jedoch verfehlte seine Wirkung, weil die sich modernisierende Arbeitnehmerschaft und vor allem die Protestjugend „aufgrund der ausbleibenden Reformen mit zunehmender Vehemenz eine Modernisierung der Lebensformen und Verhaltensweise im Betrieb, im Bildungssystem, in der Erziehung und im Polizeiwesen“<sup>48</sup> einforderten. Auch deshalb entwickelte sich der im Mai 1960 neu gegründete *Sozialdemokratische Hochschulbund* (SHB), dem 1973 nach mehreren Versuchen der SPD-Führung 1973 per Gerichtsbeschluss der Name *Sozialdemokratisch* entzogen wurde und der sich deshalb von nun an *Sozialistisch* nannte, seit Mitte der

1960er Jahre vom anfänglich parteiloyalen Verband nach links.<sup>49</sup> Ausdruck für den Emanzipationsbedarf der jungen Protestjugend war, dass sich neben SDS und SHB auch der *Liberale Studentenbund Deutschlands* (LSD), die *Evangelische Studentengemeinde* (ESG), die *Gewerkschaftliche Studentengemeinde* (GSG) und die *Humanistische Studenten-Union* (HSU) außerparlamentarisch für eine entschiedene Demokratisierung der Gesellschaft einsetzten,<sup>50</sup> während sich die SPD vor allem auf Bundesebene zur Partei der Fortschrittsgläubigkeit und des Glaubens an ein Wirtschaftswachstum zu wandeln schien und sich von systemkritischen Forderungen verabschiedet hatte.<sup>51</sup>

Die SPD riskierte durch ihren Kurs ihre milieuübergreifende Repräsentation und die Gründung einer neuen linken Partei, weil sie Gefahr lief, insbesondere die Protestgeneration politisch nicht mehr zu repräsentieren. Dies steigerte sich noch mit ihrer Regierungsbeteiligung ab 1966.<sup>52</sup> Die Protestjugend ließ sich dadurch aber nicht beirren und sah mehrheitlich die SPD als Hauptmotor der Gesellschaftsbewegung:

„Die SPD und insbesondere ihre Nachwuchsverbände wurden seit Ende der 1960er und insbesondere in den 1970er Jahren trotz der Ausgrenzungspolitik der SPD und der Trennungsbewegungen zur Partei der Aktivist:innen, die gesellschaftsverändernd wirken wollten, verstärkt noch durch die Selbstauflösung des SDS im Jahre 1970.“<sup>53</sup>

Sie engagierten sich bei den *Jungsozialisten* (Jusos) oder den *Falken* und waren maß-

44 Ebd., S. 85.

45 Willy Albrecht 1994: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn, S. 360.

46 Zur Entstehung des Unvereinbarkeitsbeschlusses siehe zum Beispiel Kritidis 2008, S. 504-508.

47 Ausführlich zur Entstehung des Unvereinbarkeitsbeschlusses und zu seinen Auswirkungen siehe Fichter/Lönnendonker 2007, S. 93-114.

48 Max Reinhardt 201b: Protestjugend und die SPD. Ist der Fortschritt eine Schnecke, In: Christina Knoll/Vanessa-Isabelle Reinwand: Forschung trifft Literatur. Aktuelle Forschungsthemen im Spiegel literarischer Werke, Oberhausen, S. 106; ausführlich zum Modernisierungsbedarf siehe der Sammelband von Ulf Preuss-Lausitz/Peter Büchner u. a. (Hg.) 1989 [1983]: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, Weinheim/Basel; ausführlich zum Wandel der Sozialstruktur siehe z. B. Michael Vester/Peter von Oertzen u. a. 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M.

49 Zur Entwicklung des SHB, zum Namensentzug und zur Umbenennung siehe Albrecht 1994, S. 373-383, 446-472.

50 Zur Entwicklung der Studierendenverbände siehe Richert 1969, S. 88-114.

51 Zur Entwicklung der SPD siehe Grebing 2007, S. 164.

52 Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen dieser Jahre vor allem mit Blick auf die SPD-Linke siehe z. B. Eberhardt Schmidt/Jürgen Seifert u. a. 1975: Die Linke in der SPD nach 1945. Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen, In: Claudio Pozzoli (Hg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung, Band 3: Die Linke in der Sozialdemokratie, Frankfurt a. M., S. 171-212.

53 Reinhardt 201a, S. 72.

geblich an ihrer Linkswende beteiligt. Die Jusos stritten bereits auf ihrem Mainzer Bundeskongress 1967 über ihre Haltung zur Mutterpartei. Sie wollten mehrheitlich nicht mehr aus Prinzip parteiloyal sein, sondern kritische Positionen vertreten und die SPD-Politik kritisch mitbestimmen.<sup>54</sup> Auf ihrem Frankfurter Juso-Bundeskongress 1968 beschlossen die Delegierten mehrheitlich eine Ablehnung der *Notstandsgesetzgebung*<sup>55</sup> und auf ihrem Münchener Bundeskongress im Dezember 1969, einige Monate nach der Regierungserklärung von Brandt unter dem Motto *Mehr Demokratie wagen*, die eindeutige Abkehr von der bisherigen Tradition eines parteiloyalen Verbandes. Die linken Delegierten hatten 1969 zum ersten Mal eine Mehrheit und definierten die Jusos als „innerparteiliche Opposition“<sup>56</sup> mit der *Strategie antikapitalistischer Strukturreformen*, die sie durch eine *Doppelstrategie* in Form „institutionellen Einflusses mit außerparlamentarischer *Basismobilisierung*“<sup>57</sup> erreichen wollten.

## 5. Organisation der SPD-Linken

Die SPD-Linke organisierte sich, um Einfluss auf die SPD-Politik zu nehmen. Seit 1960 tagte „eine relativ kleine Gruppe linker Sozialdemokraten“<sup>58</sup> wie von Oertzen u. a., in Frankfurt in regelmäßigen Zeitabständen [...] im ‚Arbeitskreis IV‘ der Gesellschaft für Forschung unter internationaler Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e. V.“<sup>59</sup> (GfP). Ihr Einfluss blieb aber noch vergleichsweise gering, auch wenn

sie „Herausgeber der Zeitschrift ‚express international‘“<sup>60</sup> war, „die sich [...] als Forum für ‚Alt-Linke‘, Jungsozialisten und Gewerkschafter verstand.“<sup>61</sup> Autoren der Zeitschrift positionierten sich gegen Militäreinsätze der USA in Vietnam, solidarisierten sich mit linken Bewegungen weltweit, kritisierten die SPD für ihren autoritären Führungsstil und forderten neben ihrer Demokratisierung, dass sie Partei der Arbeiter und Arbeitnehmer sein müsse.<sup>62</sup>

Zur Koordinierung der erstarkten Linken in der SPD seit Ende der 1960er Jahre lud der Arbeitskreis nach Frankfurt am Main und traf sich 1970.<sup>63</sup> Teilnehmer waren u. a. linke Sozialdemokraten wie Jochen Steffen, Walter Möller, Wilhelm Dröscher und Heinrich Junker sowie Jungsozialisten der Linkswende wie der Bundesvorsitzende Karsten Voigt und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas von der Vring und Norbert Gansel.<sup>64</sup> Die SPD-Linke koordinierte sich bereits für den Saarbrücker Parteitag 1970 und stellte Anträge für „mehr Mitbestimmung und eine bessere soziale Absicherung von Arbeitnehmern.“<sup>65</sup> Für die SPD-Linke war es ein Erfolg, dass die Ausarbeitung eines Langzeitprogramms beauftragt wurde. Sie wollte die Programmarbeit nutzen, um sozialdemokratische Leitplanken für die Regierungsarbeit zu formulieren und die Programmarbeit aus kritischer Perspektive vorzubringen.<sup>66</sup>

Auch in der Bundestagsfraktion organisierte sich die SPD-Linke bereits 1969 als *Gruppe der 16. Etage* und seit 1972 als *Leverkusener Kreis*, darunter die neu gewählten Bundestagsabgeordneten Björn Engholm, Karl-Heinz Walkhoff und Günter Wichert. Ihr Ziel war es, sich von

54 Zum Wandel der Jusos und ihrem Verhältnis zur SPD siehe zum Beispiel Klaus Schönhoven 2004: *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*, Bonn, S. 541.

55 Zum Frankfurter Bundeskongress siehe z. B. Karlheinz Schonauer 1982: *Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition*, Bonn, S. 157.

56 Heinz Thörmer 1985: „...den Sozialismus haben wir nicht aufgebaut...“. Eintrittsmotivationen, politisches Lernen und Erfahrungsbildung von Jungsozialisten in der SPD, Marburg, S. 20; zur Linkswende siehe auch Richard Meng/Franz Walter 1986: *Jungsozialisten/Jusos*, In: Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Miller/Klaus Novy/Heinz Timmermann (Hg.): *Lexikon des Sozialismus*, Köln, S. 282.

57 Thörmer 1985, S. 20.

58 Ferdinand Müller-Rommel 1982: *Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980*, Opladen, S. 70.

59 Ebd.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 Zu den Themen der Zeitschrift siehe Reinhardt 2011a, S. 78.

63 Zur Entstehung des Frankfurter Kreises siehe Müller-Rommel 1982, S. 70 f.

64 Zu den Teilnehmern siehe SPIEGEL 1970a: *Eigene Fahne*, In: ders. 7/1970, S. 30-31.

65 Reinhardt 2011a, S. 79; ausführlicher zur SPD-Linken und ihrer Strategie für den Saarbrücker Parteitag 1970 siehe Müller-Rommel 1972, S. 76.

66 Siehe Peter von Oertzen 1986: *Orientierungsrahmen '85 (OR '85)*, In: Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Miller/Klaus Novy/Heinz Timmermann: *Lexikon des Sozialismus*, Köln, S. 469-471.

der Rolle „als parlamentarische Erfüllungsgehilfen der Exekutive“<sup>67</sup> zu emanzipieren.

Die Bundestagsabgeordneten der Fraktionslinken kamen in diesen Jahren vor allem aus Berufen des Erziehungswesens.<sup>68</sup> Die Fraktionslinken repräsentierten damit die wachsende Berufsgruppe der sozialen und kulturellen Dienste mit einem vergleichsweise hohen Autonomie-, Bildungs- und Selbstbestimmungsanspruch. Die Berufstätigen in den sozialen und kulturellen Diensten wählten mit dem Ausbau eines den Werten der Egalität und Autonomie stärker verpflichteten Bildungs- und Sozialstaats in Folge der Politik der Sozialdemokraten zunehmend SPD und später auch die *Grünen*.<sup>69</sup> Der Emanzipationsanspruch der Protestgeneration kann wie der Wandel des Wahlverhaltens der Angehörigen der Berufsgruppe der sozialen und kulturellen Dienste als Modernisierung ihres Habitus, im Sinne Bourdieus also ihrer Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata, interpretiert werden.<sup>70</sup>

Die Adaption marxistischer und sozialistischer Theorien durch die Jungsozialisten sollte deshalb nicht missverstanden werden als Reideologisierung. Vielmehr handelte es sich bei den kritisch eingestellten linken Jungsozialisten um diejenigen, die einen höheren Emanzipationsbedarf vertraten. Die nach der Theorie des *Staatsmonopolistischen Kapitalismus* bezeichneten *Stamokaps* in den vom SHB beeinflussten Landesverbänden Hamburg, Berlin und dem Bezirk Nord-Niedersachsen, die von der *Neuen Linken* und von Oertzen beeinflussten *Antirevisionisten*

im SPD-Bezirk Hannover und die am schwedischen Sozialstaat orientierten *Reformsozialisten* waren im Grunde, trotz mancher Dogmen, emanzipative Strömungen der SPD.<sup>71</sup>

## 6. SPD-Linke auf Augenhöhe

Die SPD-Linke gewann nach der Bundestagswahl 1972 an Einfluss. Sie war auf dem Parteitag in Hannover 1973

- personalpolitisch mit der Wahl der linken Gewerkschafter Werner Vitt, Vorstandsmitglied der IG Chemie, und Hans Matthöfer, Leiter der Abteilung Bildungswesen der IG Metall, in den SPD-Vorstand sowie mit von Oertzen zum Vorsitzenden der Kommission *Orientierungsrahmen '85* (OR '85)
- und programmatisch mit dem Verbot privater Wohnungsmakler, der Abmilderung der Berufsverbote und der Sozialisierung des Bodenrechts erfolgreich.<sup>72</sup>

Die SPD-Linke war fortan ein Parteiflügel auf Augenhöhe, zumal Brandt als Vorsitzender auf einen Ausgleich der Parteiflügel bedacht war und 1975 von Oertzen anbot, stellvertretender SPD-Vorsitzender zu werden, was dieser aber ablehnte.<sup>73</sup>

Die SPD-Linke war in den 1970er ein Partner der *Neuen Sozialen Bewegungen* (NSB) geworden und kämpfte für ihre Themen von der Bildungs-, Klima-, Atom-, Frauen- (§218) bis zur Friedenspolitik (NATO-Doppelbe-

67 Müller-Rommel 1982, S. 134; zu den Porträts vgl. SPIEGEL 1969: Kandidaten. Die Vatermörder, In: ders. 28/1969, S. 32-45.

68 Müller-Rommel 1982, S. 149 f., „Möglicherweise war die Abnahme des Anteils an Abgeordneten aus Berufen der sozialen Dienste ein Grund für den Anpassungskurs eines Teils der SPD-Linken.“ (Reinhardt 2011a, S. 80, Fn. 192.)

69 Ausführlich zum Wandel des Wahlverhaltens der Angehörigen der Berufsgruppe der sozialen und kulturellen Dienste siehe Walter Müller 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/1998, S. 3-46.

70 Zur Modernisierung der Habitus bzw. Mentalitäten siehe Vester/von Oertzen u. a. 2001.

71 Zu den Strömungen der Jusos siehe Dieter Stephan 1979: Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krisen? Theorie und Politik 1969-1979. Eine Bilanz, Bonn, S. 34-42; zu den Strömungen siehe auch Uwe Kremer 2011: Der Hannoveraner Kreis – Die ersten 20 Jahre der Strömung, In: Sascha Vogt (Hg.): JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum, S. 15 f.

72 Zum Parteitag der SPD in Hannover und den Erfolgen der SPD-Linken siehe Emil-Peter Müller 1973: Strukturwandel der SPD, In: Deutsches Institut (Hg.) 1973: Die SPD nach Hannover. Entwicklungen ff Strömungen ff Strukturen, Köln, S. 28-32; zusammenfassend zum Parteitag in Hannover 1973 siehe auch Reinhardt 2011a, S. 81-83.

73 Zu Brandts Integrationskurs siehe z. B. Reinhardt 2011a, S. 74-76, 81; zu Peter von Oertzen und seiner Rolle in der SPD siehe Wettig 2009.

schluss) mit Repräsentanten wie Erhard Eppeler, Peter von Oertzen und Inge Wettig-Danielmeier und anderen im parteipolitischen und im parlamentarischen Raum.<sup>74</sup>

Die SPD-Linke war in diesen Jahren heterogener geworden. Ihr stärker konsensorientierter Kurs seit Mitte der 1970er Jahre wurde von Karl-Heinz Hansen, Norbert Gansel und Erich Meinike nicht geteilt. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Der *Leverkusener Kreis* der Fraktionslinken beschränkte sich seit 1978 nur noch auf eine kompromissbereite Gruppe von Abgeordneten.<sup>75</sup>

Die SPD-Linke stand unter dem Druck, regierungsloyal zum Bundeskanzler Schmidt zu sein, der anders als Brandt kein Verständnis für die *Neue Linke* oder die NSB hatte, und vernachlässigte damit die politische Repräsentation der NSB, deren Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik Ende der 1970er Jahre zunahm. Auch die Jusos wurden zunehmend als Schmidt-Anhänger wahrgenommen. Die Ausgrenzungspolitik der SPD nahm während des Terrorismus durch die *Rote Armee Fraktion* (RAF) zu und führte einerseits zu rechtspolitisch restriktiven Gesetzen und andererseits dazu, dass fehlende Abgrenzungen zum Kommunismus mit Ausschlüssen bestraft wurden. So wurde der neu gewählte Juso-Vorsitzende und *Stamokap* Klaus Uwe Benneter aufgrund des Vorwurfs unzureichender Abgrenzung zur DKP ausgeschlossen.<sup>76</sup>

Die Stärke der SPD-Linken zeigte sich sowohl bei dem Treffen 1977 in Oer-Erkenschwick als auch bei der Bundestagswahl 1980 mit einem Zuwachs an gewählten linken Abgeord-

neten, weshalb auf Einladung von Peter Conrad die *Parlamentarische Linke* (PL) gegründet wurde.<sup>77</sup>

Der SPD-Linken gelang aber erst nach dem Kanzlerwechsel von Schmidt zu Helmut Kohl, was ihr während der Regierungszeit der Sozialliberalen Koalition noch nicht geglückt war. Sie erreichte neben personalpolitischen Erfolgen auf den Parteitagen der SPD in den 1980er Jahren einen Abschied vom NATO-Doppelbeschluss, von der Atompolitik und von der eher restriktiven Sozialpolitik unter Bundeskanzler Schmidt Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre. Sie konnte damit das Erstarken der *Grünen* nicht verhindern, wohl aber noch deutlichere Stimmen- und Mitgliederverluste vermeiden.<sup>78</sup>

## 7. Rollback und neue Chance?

Die SPD-Linken nahmen auch erheblichen Einfluss auf das 1989 verabschiedete Berliner Grundsatzprogramm mit den politischen Zielen einer ökologischen und sozialen Erneuerung und der visionären Forderung einer Überwindung des Kapitalismus.<sup>79</sup>

Das Berliner Programm war aber vorläufig einer der letzten großen Erfolge der SPD-Linken, die durch die Folgen der *samtene Revolution* in der DDR erheblich an Einfluss verlor. Trotz der klaren Unterscheidung von Demokratischem Sozialismus und autoritärem Realsozialismus erschien in diesen Jahren sozialistisches Gedankengut aufgrund der negativen Erfahrungen mit der SED-Diktatur generell als diskreditiert<sup>80</sup>, auch weil die Mehrheit der Arbeiter bei der ersten und letzten freien Volks-

74 Zu den Themen, Repräsentanten und Bündnispartnern der SPD-Linken siehe Thomas Leif/Joachim Raschke 1994: Rudolf Scharping, die SPD und die Macht. Eine Partei wird besichtigt, Reinbek bei Hamburg, S. 125-136; zur Stabilisierung der SPD-Linken Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre siehe Reinhardt 2011a, S. 124-127, 141.

75 Zur Heterogenität und Organisation der SPD-Linken im *Leverkusener Kreis* siehe Müller-Rommel 1982, S. 85, 159.

76 Zur innerparteilichen Demokratie mit Blick auf die Jusos Mitte/Ende der 1970er Jahre siehe Schöler 1992, S. 55; zum Konflikt um Benneter siehe Stephan 1979, S. 83-87; zur Entwicklung der SPD-Linken Mitte/Ende der 1970er Jahre siehe Reinhardt 2011a, S. 90-92.

77 Zum Treffen 1977 siehe Harry Ristock 1977: Vorwort, In: ders. (Hg.): *Mitte-Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum*, Bonn-Bad Godesberg, S. 7-9; zur Gründung der PL siehe Müller-Rommel 1982, S. 159.

78 Zu den Erfolgen der SPD-Linken in den 1980er Jahren siehe Leif/Raschke 1994, S. 92-101.

79 Zur Diskussion zum Berliner Programm siehe ebd., S. 101-104.

80 Zur Diskreditierung des Sozialismus siehe der eher der Parteirechten nahe stehende Daniel Friedrich Sturm 2006: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn und zur Diskreditierung des Sozialismus durch den autoritären *Realsozialismus* siehe auch von Oertzen 1996 S. 29.

kammerwahl der DDR bis hinein in die 1990er Jahre mehrheitlich die CDU präferierten.<sup>81</sup> Sozialistische Transformationsvorstellungen oder Dritte Wege jeglicher linker Couleur wurden bis hin zum schwedischen Sozialstaatspfad als traditionell oder gar als gescheitert abgestempelt.<sup>82</sup> Auch deshalb konnte sich die SPD-Rechte in den 1990er Jahren durchsetzen, zumal die SPD in Ostdeutschland als Partei der Bürgerrechtsbewegung in der DDR und nicht in der Tradition der Arbeiterbewegung entstanden war.<sup>83</sup> Begriffe wie „Subsidiarität“, „Selbsthilfe“ und „Solidarität“<sup>84</sup> wurden von Konservativen und Liberalen, aber auch von SPD-Rechten „semantisch enteignet“<sup>85</sup> und umdefiniert. Der SPD-Rechten gelang es, die SPD im Sinne Bourdieus mit dem Neoliberalismus „mental zu kolonialisieren“<sup>86</sup>, das heißt der linke Flügel wurde gezielt ausgegrenzt. Der wirtschaftspolitischen Wende wurde in den 1990er Jahren der Boden bereitet. Die Saat ging dann nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines als Parteivorsitzender und Finanzminister 1999 auf, der bereits 1995 auf dem Mannheimer Parteitag mit Unterstützung der SPD-Linken, u. a. auch durch die Juso-Bundeschvorsitzende Andrea Nahles, gegen Scharping zum SPD-Vorsitzenden gewählt worden war. Der Wahlkampf unter dem Motto Innovation und Gerechtigkeit zur Bundestagswahl 1998 symbolisierte vorerst noch den Schulterchluss der Kandidaten Schröder

und Lafontaine und damit der Repräsentation des wirtschaftsliberalen und des progressiven Bürgertums, der Neuen Manager sowie moderner, traditioneller und kleinbürgerlicher Arbeitnehmer.<sup>87</sup> Schröder setzte sich jedoch am Ende gegen Lafontaine durch, so dass die SPD-Führung unter Schröder seit 1999 einen wirtschaftsliberalen Kurs nach dem Vorbild Tony Blairs verfolgte und letztendlich die Agenda 2010 von oben teilweise unter Androhung repressiver Maßnahmen gegen abweichende Abgeordnete und ohne Integration der SPD-Linken durchsetzte. Die Gründung der Partei DIE LINKE 2007 mit Unterstützung prominenter ehemaliger SPD-Politiker wie Lafontaine und Ulrich Maurer war die Folge dieser autoritären, wirtschaftsliberalen Politik.<sup>88</sup>

Die SPD-Linke konnte die Agenda 2010 und weitere wirtschaftsliberale Gesetze, die zum Beispiel den Finanzmarkt dereguliert haben, nicht verhindern. Sie hatte sich zwar 2000 als Verein *Forum Demokratische Linke 21* (DL 21) mit der Gründungsvorsitzenden Nahles in der Nachfolge des Frankfurter Kreises neu gegründet, auch weil zahlreiche ehemalige Mitglieder der SPD-Linken wie Hans Eichel, Rudolf Scharping und Gerhard Schröder zu SPD-Rechten konvertiert waren. Sie fand aber erst wieder in dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck (2006-2008) einen besonders prominenten Bündnispartner, obwohl dieser eher ein SPD-Rechter war, der aber, ähnlich wie Brandt, auf Integration bedacht war und eine Revision einiger Agenda 2010-Reformen unterstützte. Die SPD-Rechte duldeten aber trotz des positiven Votums der Delegierten auf dem Hamburger Parteitag 2007 keine Abweichung von der Agenda 2010. Die Parteirechte setzte sich unter der Führung von Franz Müntefering und Steinmeier putsch-

81 Zur Präferenz der Arbeiter für die CDU bei den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen in der DDR siehe Heinrich August Winkler 2002 [2000b]: *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, Band 2, München, S. 559 f.; zur Parteipräferenz der Arbeiter in Ostdeutschland 1991/1992 bis Mitte der 1990er Jahre siehe Tilo Gölrl 2007 [2005]: *Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland. Eine empirische Untersuchung*, Baden-Baden, S. 78.

82 Zur ablehnenden Haltung einer Mehrheit der Ostdeutschen gegenüber *Dritten Wegen* siehe Winkler 2002, S. 559 f.; zur *samtanen Revolution* in der DDR und ihren Folgen für die SPD-Linke siehe zusammenfassend Reinhardt 2011a, S. 104-110.

83 Zur Entstehung der *Sozialdemokratischen Partei in der DDR* (SDP) aus Bürgerrechtsbewegungen siehe Fabian Peterson 1998: *Oppositionsstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozess 1989/1990. Strategische Ohnmacht durch Selbstblockade?*, Hamburg, S. 523.

84 Christoph Butterwegge 2006 [2005]: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden, S. 127.

85 Ebd.

86 Pierre Bourdieu/Luc Wacquant 2000: *Schöne neue Begriffswelt*, In: *LE MONDE diplomatique* 5/2000, S. 7; zur „mentalen Kolonialisierung“ siehe auch Birgit Mahnkopf 2000: *Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus*, In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 4/2000, S. 489-525.

87 Zum Wandel der Sozialstruktur und der Repräsentation sozialer Milieus siehe Vester/von Oertzen u. a. 2001; zum Verlust der Glaubwürdigkeit der SPD und ihres Mitte-Konzepts siehe Michael Vester 2000: *Gibt es eine „neue Mitte“? Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik*, In: *spw* 1/2000, S. 43-48.

88 Zur wirtschaftsliberalen Wende und dem Wandel der SPD-Linken siehe Reinhardt 2011a, S. 110-178; ausführlich zur Krise der Repräsentation und zur unzureichenden Repräsentation der modernisierten Milieus siehe auch Vester/von Oertzen u. a. 2001.

artig gegen Beck durch, indem sie seine Politik diskreditierte und vermutlich Mitarbeiter aus den Reihen von Müntefering an ihm vorbei die Medien über die Kandidatur von Frank-Walter Steinmeier, dem Architekten der Agenda 2010, informierten und so das Verkündigungsrecht des SPD-Vorsitzenden konterkarierten. Die verlorene Bundestagswahl 2009 war wie schon die zahlreichen Niederlagen bei vorangegangenen Wahlen in Europa, in den Bundesländern und Kommunen eine Folge einer fehlenden Aushandlung in der SPD. Dies zeigte auch der Widerstand 2008 von SPD-Rechten trotz vorher gemeinsam getroffener Absprachen zur Wahl der in die Mitte integrierenden, moderat ökosozialistisch eingestellten SPD-Linken Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin von Hessen unter Tolerierung der Abgeordneten der Partei DIE LINKE. Erst nach der deutlich verlorenen Bundestagswahl 2009, die als klare Niederlage für die Politik der Agenda 2010 gewertet werden musste, begann die SPD sich vor allem in den Ländern und Kommunen wieder zu stabilisieren, in der Regel durch eine sozialintegrative Politik.<sup>89</sup>

Auf Bundesebene jedoch steht eine offene Diskussion über die Agenda 2010 weiterhin aus, zumal die SPD-Linken personalpolitisch in der Troika mit Sigmar Gabriel als SPD-Vorsitzenden, Steinmeier als Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und Peer Steinbrück als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013 keinen Bündnispartner hat und Nahles als Generalsekretärin in Loyalitätspflichten eingebunden ist. Vielleicht aber wird die SPD-Linken und die SPD insgesamt durch die erfolgreichen Landtagswahlen beflügelt, die in NRW 2012 und Niedersachsen 2013 mit einem vor allem bildungspolitisch eher linken Wahlkampfprogramm gewonnen wurden. Die andauernde Krise des Finanzmarktes in Folge einer Deregulierungspolitik zeigt zudem, wie wichtig eine starke SPD-Linken ist.

## 8. Schlussfolgerung

Eine Analyse der Geschichte der SPD-Linken im Wandel der Zeit ist kein Selbstzweck. Ihre Entwicklung im Machtgefüge der SPD ist ein Gradmesser für die SPD insgesamt. Die SPD-Linken ist nicht einfach ein theoretischer Wurmfortsatz der SPD, sondern repräsentiert andere Bevölkerungsgruppen und soziale Milieus als die SPD-Rechten. Zwar ist die SPD eine Partei. Ihre unterschiedlichen Wähler- und Mitgliedergruppen können aber nur dann erfolgreich mobilisiert werden, wenn ihre gesellschaftspolitischen Positionen repräsentiert und ausgehandelt werden. Je konfliktreicher die Themen sind, umso notwendiger ist ein sozialintegratives Vorgehen der SPD-Führung und der beteiligten Vertreter der SPD-Flügel. Die Spaltungen der SPD waren über die Jahrzehnte hinweg eine Folge einer autoritären, von oben durchgeführten Politik: von den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg über den NATO-Doppelbeschluss bis zur Agenda 2010.

Die SPD-Linken hat sich zwar gewandelt. Sie ist aber über Jahrzehnte hinweg der Repräsentant einer sich modernisierenden, emanzipativ eingestellten ArbeitnehmerInnenenschaft geblieben und hat sich zunehmend auch dem emanzipativen BürgerInnenentum geöffnet. Die beschriebene Heterogenität der SPD-Linken beweist ihre milieuübergreifende Repräsentations- und Mobilisierungsfähigkeit.

Die SPD-Linken hat also eine elementare Funktion in der SPD, die sie von Zeit zu Zeit noch weitaus entschiedener, wenn auch immer konsensorientiert und mit Bündnispartnern wie Gewerkschaften, NSB, Bürgerinitiativen u. a., wahrnehmen müsste, um linke Wählergruppen zurückzugewinnen. ■

<sup>89</sup> Zur Entwicklung der SPD unter Schröder bis zu Gabriel siehe Reinhardt 2011a, S. 110-178.

⇒ Dr. Max Reinhardt promovierte an der Universität Hannover mit einer Arbeit über die SPD mit dem Schwerpunkt auf ihrer Geschichte seit 1945 unter dem Titel „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

## Zwischen nationaler Romantik und Klassenkampf – Staatsdebatten im Weimarer Jungsozialismus

von Ridvan Ciftci

Der Staat als Gebilde komplexer sozialer Verhältnisse hatte in der Debattengeschichte der Jusos immer eine besondere Stellung. Sei es in der Weimarer Republik, als sich „Hofgeismarer“ und „Hannoveraner“ über den Klassencharakter des Weimarer Staates stritten, oder in den Debatten der 1970er Jahre, wo es unter anderem um die kontroverse Frage ging, ob der bürgerliche Staat als ideeller Gesamtkapitalist zu betrachten sei, oder nur als solcher wirke. Oft schöpften sich diese hoch intellektuell geführten Auseinandersetzungen zur Staatsfrage aus Kreisen, die nicht unbedingt der Sozialdemokratie nahestanden, aber eine enorme Ausstrahlungskraft bis in die einzelnen Untergliederungen der Partei hatten. In der Weimarer Zeit waren es vor allem die „Freideutsche Jugendbewegung“ mit ihrem lebensreformerischen Flügel, der das politische Denken national gesinnter „Hofgeismarer“-Jusos prägte, und der Austromarxismus eines Max Adlers und Otto Bauers, deren rezeptionelles Pendant sich im marxistischen „Hannoveraner Kreis“ befand. Auch die Staatsdebatten der 1970er Jahre waren vom Aufkommen der „Neuen Linken“ im Zuge der 68er-Bewegung und der Renaissance eines akademischen Marxismus geprägt.

Im Kern solcher Debatten ging es immer um die politisch-strategische Frage der Umsetzung von Zielen: Sind emanzipatorische Reformen innerhalb des Staates durch Rückgriffe auf dessen Instrumente und Apparate umzusetzen oder müssten solche Reformen aufgrund des Klassencharakters fern jeglicher staatlicher Praktiken durch Massenmobilisierungen und Basisarbeit erreicht werden? Eine Frage, die bis heute die gesellschaftliche Linke beschäftigt und wahrscheinlich in absehbarer Zeit nicht geklärt werden wird.

Viele jüngere Genossen, die sich heute in den linken Strömungen der Jusos organisieren, werden einige Debatten aufgrund des großen Zeitabstands kaum bis gar nicht kennen. Wo die Juso-Geschichten aus den 1970ern dank nostalgischer Erzählungen älterer Genossen grob bekannt sein dürften, ist die Weimarer Zeit für viele ein schwarzer Fleck im Gedächtnis geblieben. Nachfolgend sollen daher die einzelnen Fraktionen und das Staatsverständnis der Kreise dargestellt werden.

### Fraktionierungen innerhalb der Weimarer Jusos

Der sozialdemokratischen Bewegung sind seit Anbeginn unterschiedliche politische Richtungen inhärent. Diese resultierten einerseits aus den individuellen Sozialisierungshintergründen der Flügel-Protagonisten, andererseits infolge der intensiven politischen Auseinandersetzung mit der als ungerecht empfundenen gesellschaftlichen Wirklichkeit, die es durch eine kritische Analyse zu ergründen und durch Bildung von Strategien zu überwinden bzw. zu verbessern galt.

Diesem Prinzip sind auch die jungen Sozialisten nach dem Ersten Weltkrieg gefolgt und haben ihre Erfahrungen aus dem Krieg und den instabilen Verhältnissen der jungen Republik mit in ihre Analyse aufgenommen. Dass gerade der vorhergehende Hurra-Patriotismus, das „Augusterlebnis“ 1914 und die Schwächerer Arbeiterbewegung für nationalistische Töne einen Einfluss auf das Denken der Jusos der ersten Stunde hatte, konnte in der ersten Reichskonferenz 1921 in Bielefeld an der Dominanz freideutscher Ideologie in den Beschlüssen beobachtet werden. Die

„Freideutsche Jugend“ war eine bürgerliche Jugendbewegung, die erstmals im Oktober 1913 in Nordhessen zum ersten freideutschen Jugendtag zusammentrat. Im Zuge der Aufarbeitung der Kriegserlebnisse bildeten sich spätestens seit 1918 zwei Flügel: die „Völkischen“ und die „Menschheitler“<sup>1</sup>. Erstere erhoben die Pflege der völkisch-kulturellen Bindung zum Ziel der Bewegung, Letztere bekannten sich zum Ideal der Erziehung von neuen Menschen im Geiste der Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Brüderlichkeit.<sup>2</sup> Das Verständnis der „Menschheitler“ fand seinen Ausdruck in den „Kieler Leitsätzen“ der norddeutschen Jusos von 1921, in der die „einseitig verstandesmäßig und materialistisch“ orientierte Arbeiterbewegung für ihre Unfähigkeit kritisiert wird, die in der Jugend vorhandene „irrationale Neigung“ nicht zu integrieren.<sup>3</sup> Noch stärker konnte der Einfluss der „Menschheitler“ in den von Gustav Radbruch formulierten „jungsozialistischen Leitsätzen“ gelesen werden: „Die sozialistische Jugend erst hat die freideutsche Lebensform mit einem starken, einfachen, zukunftsicheren Inhalt gefüllt: Sozialismus auf jugendliche Weise zu leben, das ist der [...] Sinn von Jungsozialismus [...]. Dieser gelebte Sozialismus schließt in sich ein neues Gemeinschaftsgefühl, ein neues Kulturgefühl, ein neues Lebens- und Weltgefühl [...]“<sup>4</sup>

Der *Hofgeismar Kreis* rekrutierte sich aus diesem idealistischen Dunstkreis von jugendbewegten, nationalromantischen bis hin zu völkisch angehauchten Jusos. Ihre Bezeichnung geht zurück auf eine Tagung mit über einhundert Teilnehmern, die über Ostern 1923 – also inmitten der Ruhrbesetzung – zum Thema „Volk – Staat – Nation“ in Hofgeismar (Nähe Kassel) statt fand. Das Ziel dieser Ta-

gung war die Erarbeitung einer Klarstellung zum Volk und Staat, die Beschäftigung mit der Außenpolitik der Nationen sowie die Überwindung des Misstrauens in der Partei gegenüber Staat und Volk durch ein positives Volksbewusstsein und einer klaren Staatsbejahung.<sup>5</sup> Dass jene Punkte nicht auf eine einfache Formel zu reduzieren seien und eine Differenziertheit der Referenten in der Analyse erforderten, führte zur frühen Aufdeckung der Heterogenität der Hofgeismarer. Zusammengefasst existierten bis zur Auflösung des Kreises 1926 drei Hauptströmungen: Volksgemeinschaftsromantiker, Nationalrevolutionäre und Republikanische Sozialisten. Die Hochburgen des Kreises befanden sich in den Ruhrgebietsstädten, Hamburg, Kiel und Leipzig.

Als Reaktion gegen die nationalen Tendenzen, der Staatsapothese und der organisierten Fraktionierung der Hofgeismarer formierte sich seit September 1923 eine internationalistische und marxistische Opposition. Der *Hannoveraner Kreis* konnte sich erfolgreich als Gegenpol zu den Hofgeismarern positionieren und bot so linkssozialistischen Jusos einen Identifikationspunkt für Marxismus und Klassenkampf. Ende Mai 1924 luden einige Jusos aus Hannover zu Pfingsten (8.06.1924) zu einem „allgemeinen Treffen der Jungsozialisten Deutschlands“ nach Hannoversch Münden ein, um „Stellung zu nehmen gegen die Richtung in unserer Bewegung, die ihrer ideologischen Einstellung nach den Boden des marxistischen Klassenkampfes verlassen hat und sich heute, in einer Zeit der schärfsten Klassengegensätze, zur Volksgemeinschaft und zu einem Deutschtum bekennt, das von der Gefahr des nationalistischen Gedankens nicht frei ist [...]“.<sup>6</sup> Diesem Aufruf sind mehr als 150 Jusos aus dem gesamten Reich gefolgt und verdeutlichen allein durch ihre zahlreichen Nachfragen in

1 Auch Lebensreformer genannt.

2 Vgl. Helmuth Hägel, SPD-Jugend und Weimarer Staat, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1976, Heft 2, S. 200.

3 Vgl. Jungsozialismus, Festschrift zur Bielefelder Jungsozialistentagung, 1921, S. 27/28, zit. nach: Uli Schöler, 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (I), in: spw, 1984, Nr. 25, S. 424.

4 Ebd.

5 Vgl. Franz Walter, Republik, das ist nicht viel, 2011, S. 48.

6 Leipziger Volkszeitung, 28.05.1924, zit. nach: Franz Walter, a.a.O., S. 122 f.

Briefen, wie stark das Bedürfnis nach einer Alternative war. Hauptreferenten der Tagung waren der linkssozialistische Volksbildner Georg Engelbert Graf (Klassenkampf oder Volksgemeinschaft) und der sächsische Ökonom Hermann Kranold (Die Vereinigten Staaten von Europa). Der Austromarxismus und rechtskommunistische Theoretiker wie Georg Lukács bildeten die theoretische Diskussionsgrundlage des Kreises und fanden breiten Anklang unter den linken Jusos. Die Hochburgen des Kreises befanden sich in Sachsen, Thüringen, Breslau, Hannover und Hessen.

Die Tagung der Hannoveraner erweckt den Anschein der Homogenität, jedoch ist dies unter der Berücksichtigung der engagierten Mitarbeit von Angehörigen des *Internationalen Jugendbundes* (IJB) ein Trugschluss. Der IJB kann als dritte und kleinste Fraktion innerhalb der Weimarer Jusos betrachtet werden, der aufgrund seines strikt hierarchischen Aufbaus, seiner streng disziplinierten und gut geschulten Mitglieder für die marxistischen Jusos ein unverzichtbarer Partner im Kampf gegen die Hofgeismarer war. Gegründet und unter diktatorischer Aufsicht geleitet wurde der IJB 1917 vom Neukantianer und Göttinger Professor Leonard Nelson. Diese kleine Erziehungs- und Gesinnungsgemeinschaft definierte den Sozialismus aus einer ethischen Perspektive heraus, dessen Basis das „objektive Recht“ sei, die Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit als Rechtsideale setze und sie so dem Menschen als Orientierungspunkte in ihren Entscheidungen diene. Nelson rechtfertigte den Klassenkampf als den Kampf ums Recht und begründete dessen Notwendigkeit durch die praktische Notwendigkeit des Rechts.<sup>7</sup> Diese von der materialistischen Theorie getrennte Rechtfertigung zeigt bereits die Differenz zum Hannoveraner Kreis auf, die kurz vor dem Ausschluss der IJB-Mit-

glieder im November 1925 durch den Parteivorstand der SPD offen zu Tage trat.

### Das Staatsverständnis der „Hofgeismarer“ und „Hannoveraner“

Für die Linkswende der Jenaer Reichskonferenz 1925 waren die Staatsverständnisse der Hofgeismarer und Hannoveraner entscheidend. Bei den *Hofgeismar-Jusos* gab es bereits Mitte 1922 eine klare Hinwendung zum Staat. So beschäftigten sich die Hamburger Jusos mit einer abstrakten Staatsidee, die „die Erfüllung der sittlichen Bestimmung des Menschen bedeutet.“<sup>8</sup> Nicht die Beschäftigung mit dem bestehenden Staate stand im Vordergrund der Diskussion, sondern die Auseinandersetzung über den idealen Staat, der die ethischen Ziele in sich vereine. Dem mechanistischen Staatsverständnis der Weimarer Sozialdemokratie, wonach der Staat als Instrument zur Errichtung des Sozialismus, also als Mittel zum Zweck diene, setzten die Hamburger Jusos eine klare Staatsbejahung entgegen. Dies erschöpfte sich in einem kranken Idealismus, wonach der Staat um seiner selbst willen zu fordern sei, also ihn aus der Idee heraus zu wollen, die die Pflege einer staatsbürgerlichen Gesinnung als Träger dieser Idee notwendig macht.<sup>9</sup> Die Berliner Jusos entwickelten zur gleichen Zeit ein völkisch-nationalistisches Verständnis, das sozialistisches Handeln nicht als Bestrebung zur Umwerfung aller Verhältnisse begriff, in denen der Mensch – nach Marx – ein geknechtetes Dasein friste, sondern als Pflichttreue im Wirtschaftsleben, wo es bei der Reinhaltung des deutschen Namens unermüdlich zu sein gelte.<sup>10</sup> Diese Absage an den Klassenkampf und die Negierung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital wurde noch durch eine weitere antidemokratische Komponente erweitert: Dem Führerprinzip. Aufgrund der

8 Gustav Haase, Jungsozialisten und Arbeiterjugend, in: Jungsozialistische Blätter (JB), 1922, Nr. 5, S. 76.

9 Vgl. Willi Woland, Der Staat in den Mittelpunkt der proletarischen Politik, in: JB, 1922, Nr. 9, S. 142.

10 Vgl. Walter Spengler, Volksgemeinschaft, in: JB, 1922, Nr. 10, S. 163.

7 Vgl. Leonard Nelson, Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten, in: Gesammelte Schriften, Bd. IX, 1972, S. 592 f.

schweren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sahen die Berliner Jusos nur noch einen Ausweg in einem neuen Führertum, das nicht vom Volk durch Wahlen beauftragt werde, sondern „Beauftragter der Idee, letzten Endes Beauftragter Gottes“ sei.<sup>11</sup> Dieser Führer müsse über alle Weltanschauungsgegenstände stehen und allein nur dem Wohle des „deutschen Volkes“ dienen. Die materiellen Interessen der Menschen treten damit in den Hintergrund, ja werden sogar bewusst übersehen bzw. autoritär unterdrückt. Diese Sicht wurde von den republikanischen Sozialisten strikt abgelehnt. Jedoch ist zu betonen, dass auch auf der Hofgeismar-Tagung 1923 von einigen Referenten eine „Blut-und-Boden-Rhetorik“ angewandt wurde und irrationale Aphorismen, wonach jedem Deutschen die Idee des Sozialismus innewohne, und somit jeder, der in echtem deutschen Geiste lebe, Sozialist sein müsse, breiten Anklang fanden.<sup>12</sup> Den Hofgeismarern waren zusammengefasst die strikte Ablehnung der materialistischen Geschichtsauffassung, ihre Verherrlichung von politischen Führern, die nur der Idee und nicht der Partei dienen, sowie die Erkenntnis, dass Volk und Staat die objektive Existenzform für die sozialistische Bewegung seien, gemeinsam. Letzteres konstituierte in ihrer Theorie die Notwendigkeit des Staates bei der Verwirklichung des Sozialismus, welches zugleich zu einer unbedingten Staatsbejahung und Teilnahme am Staatsleben führte.<sup>13</sup>

Für die *Hannoveraner-Jusos* war der Weimarer Staat ein Klassenstaat, in dem das Bürgertum nach wie vor an der Macht sei und ihn als Instrument zur Unterdrückung der anderen Klasse nutze. Den Klassenkampf sahen sie als wesentliches Element in der gesellschaftlichen Entwicklung an.<sup>14</sup> Sie entwickelten angelehnt an Max Adlers Schriften ein soziologisches Staatsverständnis, wonach nicht die

Form des Staates, sondern der soziale Inhalt das Wesentliche sei und somit Sinn und Wesen des Staates „in der Festigung und Erhaltung jener Produktionsverhältnisse liege, welche dem Interesse der herrschenden Klasse entspreche.“<sup>15</sup> Daher sei es falsch, den Staat als neutrales und unparteiisches Wesen zu sehen, das vom Klassenkampf nicht berührt werde. Einige Teile der Hannoveraner lehnten aufgrund dieser Feststellung strikt die Mitarbeit im Weimarer Staat ab und pochten auf eine Oppositionspolitik der SPD. Die Mehrheit konnte sich in Anlehnung an das von Otto Bauer verfasste Linzer Programm der SDAPÖ, wonach die politische Demokratie mit ihren Freiheiten und Rechten die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse erheblich verbessere und somit die beste Ausgangsbedingung für eine Transformierung hin zur sozialistischen Gesellschaft biete, zumindest zur Akzeptanz der demokratischen Republik als Staatsform bewegen.

### Die Jenaer Reichskonferenz 1925

Zum großen Showdown der Fraktionen kam es auf der dritten Reichskonferenz der Jusos in Jena im April 1925. Die beiden großen Fraktionen schickten zum Leitthema „Staat, Nation und Sozialdemokratie“ jeweils einen Referenten. Die Hannoveraner konnten sich auf den Austromarxisten Max Adler einigen, die Hofgeismarer schickten den Staatsrechtler Hermann Heller ins Rennen.

Heller durfte als erster mit seinen Ausführungen beginnen und trug mit einer starken Bezugnahme auf die Schriften Otto Bauers und Karl Marx seine Positionen zum Weimarer Staat vor. Für Heller war der Staat ein souveräner Gebietsherrschchaftsverband, der die gesellschaftlichen Handlungen auf einem bestimmten Gebiet garantiert und ordne. Er verwarf das marxische Theorem vom Abster-

11 Erich Fäse, Volk und Führer, in: JB, 1923, Nr. 2, S.17.

12 Vgl. Beiträge von Alma de l'Aigles und Karl Bröger, in: JB, 1923, Nr. 6.

13 Vgl. Helmuth Hägel, a.a.O., S. 207.

14 Vgl. Uli Schöler, a.a.O., S. 426.

15 Sperleng, Staat und Proletariat (II), in: Der junge Parteigenosse, Beilage zur spw, 30.10.1924, S. 2., zit. nach: Uli Schöler, a.a.O., S. 426.

ben des Staates und betonte, dass jede komplexe Gesellschaft auf eine ordnende und leitende Autorität angewiesen sei. Den Klassencharakter des Weimarer Staates leugnete auch Heller nicht, jedoch griff er hier auf die Gedanken Otto Bauers zurück und betonte, dass die demokratische Republik ein bedeutender Schritt hin zur sozialistischen Republik sein werde. Den Klassenkampf sah er als eine Notwendigkeit an, der aber nicht gegen, sondern um den Staat zu führen sei. Diese moderaten Ausführungen Hellers spiegeln nur die republikanische Strömung innerhalb der Hofgeismarer wider und können nicht stellvertretend für die allgemeine Sicht bzw. als Gesinnungswandlung des Kreises gewertet werden.

Max Adler konterte Heller in seinem Korreferat scharf und kritisierte den rein formalistischen Staatsbegriff, mit dem er als Marxist aufgrund des soziologischen Charakters jeglicher Zwangsorganisationen nichts anfangen könne. Vielmehr habe die sozialistische Bewegung die Aufgabe, mittels der marxistischen Theorie die materielle Substanz dieser Zwangsorganisation zu analysieren, um festzustellen, ob es sich um einen Klassenstaat handle. In unsolidarischen Gesellschaften, in denen ein Teil die Herrschaft über die anderen ausübe, existiere immer ein Klassenstaat. Das Ziel der sozialistischen Bewegung sei daher die Beseitigung des Klassenstaats – also die Transformation der unsolidarischen hin zur solidarischen Gesellschaft. Dies bedeute nicht die Auflösung des Staates als Zwangsorganisation, sondern vielmehr die Abschaffung des Klassenstaates. Der Staat werde als Zwangsorganisation beibehalten, nur sein Klassencharakter entfällt.

Die Hannoveraner hatten mit ihren Verbündeten vom IJB und den sogenannten „Mitte-Jusos“ eine klare Mehrheit auf der Reichskonferenz organisieren können. Die Reichskonferenz beschloss folgende Resolution mit 71 zu 39 Stimmen: „Die Jungsozialis-

ten als politische Jugend lehnen die nationale Romantik in jeder Form entschieden ab. Von der bloßen Betonung der republikanischen Staatsnotwendigkeit mit den daraus resultierenden Konzessionen an das bürgerliche Denken befürchtet die Reichskonferenz eine Verwässerung des revolutionären proletarischen Kampfes. Die heutige Demokratie [...] läßt die ökonomische Ungleichheit der Menschen bestehen, sie verschleiert also nur die Klassen-gegensätze.“<sup>16</sup>

Mit dieser Resolution endete auch die intensivste Debattenphase der Jusos und führte zum späteren Ausscheiden der Hofgeismarer aus dem Verband. Die Jusos entwickelten sich in ihrem späteren Verlauf gemeinsam mit der Klassenkampf-Gruppe zur innerparteilichen Opposition und mussten bis zur Auflösung 1931 erhebliche Disziplinarmaßnahmen seitens des Parteivorstands über sich ergehen lassen. ■

---

➔ Ridvan Ciftci studiert Jura in Bielefeld und ist stellv. Vorsitzender der Jusos Bielefeld.

---

<sup>16</sup> 3. Reichskonferenz der Jungsozialisten, 1925, S. 31.

## Der Hannoveraner Kreis – Die ersten 20 Jahre der Strömung

von Uwe Kremer

Im Dezember 1971 wurde – so die Legende – der Hannoveraner Kreis (HK) der sog. Juso-Linken gegründet. Dass sich seitdem bis zum heutigen Tage immer wieder neue Generationen von Juso-Funktionsträgern in der Tradition des HK sehen, ist bemerkenswert und erklärt sich m.E. aus zwei „diskursiven“ Eigenschaften dieser Strömung: nämlich einem hohen Grad an Autonomie in der eigenen theoretisch-politischen Entwicklung und einer hohen Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen und darauf bezogene Erkenntnisse zu adaptieren und sich selbst dabei zu verändern und neu aufzustellen.

Wenn ich nun auf die ersten 20 Jahre des HK eingehe, so muss ich darauf hinweisen, dass ich bei der Gründung nicht dabei war. Erstens erfolgte mein Eintritt in die SPD und die Juso-Arbeit erst 1972. Außerdem wandte ich mich in den 70er Jahren eher anderen marxistischen Juso-Strömungen, bevor es mich Anfang der 80er Jahre mit einem Teil des Bezirks Hannover (der sich der Geographie zum Trotz bis dato nicht dem HK zurechnete) in den HK verschlug. 1984 bis 1990 gehörte ich dem Juso-Bundesvorstand an und koordinierte von 1985 bis 1989 den HK, bevor ich dann in die Redaktion der Zeitschrift spw wechselte.

### Entstehung und Charakteristika des „Hannoveraner Kreises“ als „Stamokap-Strömung“

Der HK entstand Anfang der 70er Jahre, als aus der außerparlamentarischen und insbesondere der Studentenbewegung ein massenhafter Zustrom in die SPD erfolgte. Nach der gemeinsam durchgesetzten Linkswende des sozialdemokratischen Jugendverbandes im Jahr 1969 kam es bei den Jusos schnell zu Flügelbildungen, die zuerst im Kontext eines Strategiekongresses Ende 1971 stattfanden und sich

dann bis ca. 1977 immer weiter zuspitzten. Dabei muss man im Blick haben, dass dies Teil einer ausgeprägten und leidenschaftlichen Strömungsbildung (bzw. „Fraktionierung“) war, die das gesamte, gesellschaftlich durchaus breite sozialistische Spektrum damals prägte.

Diese Periode war vom Hintergrund her stark geprägt von den internationalen Veränderungen wie dem Aufschwung von Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt, dem Sturz autoritär-faschistischer Regimes in Südeuropa, einer (scheinbaren) Stabilisierung des sog. sozialistischen Lagers bzw. der Sowjetunion und insbesondere außerparlamentarischen Bewegungen und reformpolitischen Aufbrüchen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in Deutschland manifestiert in der sog. Brandt-Ära, also der Zeit der Kanzlerschaft von Willy Brandt (1969 bis 1974). So stand für alle Strömungen der Linken resp. der Jusos in den 70er Jahren – ganz anders als in den nachfolgenden Jahrzehnten – die Frage im Mittelpunkt, wie man von hier aus zu einer sozialistischen Umgestaltung gelangen könne. Die Antworten machten den inhaltlichen Kern der Strömungen aus:

- Die „reformistische“ oder „reformsozialistische“ Strömung ging davon aus, dass die Brandt'sche Sozialdemokratie schon die richtige Richtung eingeschlagen habe, dass es aber nun darauf ankomme, sie reformpolitisch zu radikalisieren. Fluchtpunkt ihrer „Doppelstrategie“ war das Parlament. Macht eine Frage der parlamentarischen Konstellation. Der Weg zum Sozialismus ein parlamentarischer. Sympathien brachte man dem „schwedischen Weg“ entgegen, also der schrittweisen Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates auf

die noch kapitalistisch dominierte Ökonomie. Vor diesem Hintergrund hielt man es nach der portugiesischen „Nelkenrevolution“ 1974/75 z.B. auch – in Abgrenzung zu radikaleren Tendenzen – mit den portugiesischen Sozialisten und ihrem parlamentarischen Weg. Bei den Jusos handelte es sich in den 70er Jahren um die – v.a. strukturell – dominierende, sich insbesondere mit den starken Parteilinken in Hessen und Schleswig-Holstein verschränkende Strömung.

- Die antiautoritäre bzw. „antirevisionistische“ Strömung ging davon aus, dass es darauf ankomme, die verschiedenen und noch spontanen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation auszubauen, bisherige Arbeits- und Lebensweisen zu hinterfragen und dabei auch mit den bürokratisch-etatistischen Organisationsstrukturen der herkömmlichen Arbeiterbewegung – sei sie sozialdemokratischer oder kommunistischer Provenienz – zu brechen. Macht war autonome Gegenmacht, der Weg zum Sozialismus ein rätendemokratischer. Man sympathisierte mit den Rätebewegungen in Chile, Italien, Portugal, usw. Der Kern der auf den Bezirk Hannover konzentrierten Gruppe hielt es allerdings nicht lange in der SPD aus. Viele ihrer Anhänger fanden sich später im grünen Spektrum wieder. Bei den Jusos verteilten sich die Anhänger im Laufe der Zeit dann auf die beiden anderen Strömungen und den „Göttinger Kreis“.
- Die „traditionalistische“ bzw. „Stamokap“-Strömung setzte vorrangig weder auf Selbstorganisation noch auf den Parlamentarismus, sondern v.a. auf die Organisationen der Arbeiterbewegung – mit starker Betonung der Einheitsgewerkschaften – und auf organisierte Bündnisstrukturen mit anderen sog. demokratischen Bewegungen. Macht und der Weg zum Sozialismus waren mit der Organisation eines stabilen Linksblockes verbunden, hierbei

sehr stark auf antifaschistische Traditionen rekurrend, wodurch es eine vergleichsweise hohe Affinität zur Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen gab, die allerdings in Deutschland durch deren begrenzte Größe und mangelnde Distanz zum Sozialismus sowjetischen Typs relativiert wurde. Keine Strömung identifizierte sich in jenen Jahren mehr mit der chilenischen und mit der französischen Volksfront aus Linksparteien und organisierter Arbeiterbewegung. Hochburgen waren in den 70er Jahren insbesondere Hamburg, Berlin und Ostwestfalen-Lippe.

Die Bezeichnung als „Stamokap“-Strömung lehnte man eigentlich immer ab. Richtig war zwar, dass die sog. Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowohl im Hamburger Strategiepapier von 1971, wie auch in den Herforder Thesen von 1978/80 als analytischer Hintergrund eine zentrale Rolle spielte. Aber für das Selbstverständnis war sie eigentlich weniger konstitutiv als die oben skizzierte Denkfigur. Es war eher so, dass diese Theorie sehr gut zu dieser Denkfigur passte und insofern adaptiert wurde. Das Hamburger Strategiepapier deklinierte den „Stamokap“-Ansatz ziemlich konsequent durch. Das Monopolkapital sei zur bestimmenden Kategorie der kapitalistischen Ökonomie geworden und die Indienstnahme des Staates im wirtschaftlichen Prozess bzw. „staatsmonopolistische“ Verflechtung seien das den modernen Kapitalismus bestimmende Regulierungsprinzip. Dies bedrohe die Demokratie und sie erfordere und ermögliche umgekehrt eine Eroberung der wirtschaftlichen Kommandohöhen und eine Demokratisierung der monopolisierten Wirtschaft durch die Nationalisierung der sog. Schlüsselindustrien, ihre Unterwerfung unter eine demokratische staatliche Planung und eine umfassenden Demokratisierung der Unternehmen selbst.

Begrifflich war sie zwar durch KP-nahe Ökonomen ausgearbeitet und durch die KPen selbst in eine Doktrin verwandelt worden, im

sachlichen Kern handelte es sich aber um eine Weiterentwicklung der in den 20er Jahren in der Sozialdemokratie verbreiteten Theorie des „organisierten Kapitalismus“ und der daran anschließenden Strategie wirtschaftlicher Demokratisierung. Die Besonderheit der Theorie bestand dabei nicht in der Feststellung einer Konzentration und Zentralisation des Kapitals oder einer zentralen Rolle des Staates im wirtschaftlichen Geschehen oder einer systematischen Beziehung zwischen diesen beiden Tatsachen. Alles dies war in den verschiedenen Strömungen der Linken und der Jusos weitgehend unumstritten. In der Sache umstritten war vielmehr, welcher Stellenwert diesen Tatsachen bzw. Tendenzen zukommt bzw. inwieweit es sich bei dieser Verflechtung von Staat und Monopolkapital und den daraus abgeleiteten Antagonismen tatsächlich um den heute bestimmenden Mechanismus des Kapitalismus handelt. Stoßrichtungen der Kritik waren:

- Diese alles übergreifende „staatsmonopolistische“ Dominanz gebe es nicht, vielmehr seien die grundlegenden ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft (bis hin zu denen der Finanzmärkte) unabhängig davon übergreifend wirksam.
- Auch die soziopolitischen Konstellationen (bzw. „Klassenverhältnisse“) seien – insbesondere in Bezug auf die sog. Mittelschichten und deren angeblich „objektiven Interessen“ nicht auf die Logik „Monopolkapital vs. nicht-monopolistische Kräfte“ zu reduzieren.
- Es gebe (noch) andere Merkmale, die für den modernen Kapitalismus ökonomisch und v.a. soziopolitisch mindestens ebenso konstitutiv seien, insbesondere die spezifische Prägung von Bedürfnis- und Konsumstrukturen, Arbeits- und Lebensweisen.

Auch aus meiner Sicht war der Ansatz des Hamburger Strategiepapiers und – mit Abstrichen – auch der späteren Herforder Thesen

reduktionistisch, d.h. auf Fragen politisch-ökonomischer Macht institutionalistisch und instrumentalistisch fixiert, was spätestens mit dem „Projekt Moderner Sozialismus“ Ende der 80er Jahre dazu führte, den SMK-Ansatz nur noch als einen unter mehreren theoretischen Ansätzen zum Verstehen des modernen Kapitalismus zu führen. Aber was m.E. auf der anderen Seite bleibt, dass dieser Ansatz für das Verständnis gerade heute wieder aktueller Mechanismen des Kapitalismus – seien es bestimmte „staatsmonopolistische“ Infrastrukturkomplexe (z.B. im Energie- und Verkehrssektor) oder die Prozesse in der Strukturierung der Finanzmärkte - eine empirisch-konkrete Bedeutung hat. Und bei aller Berechtigung, ein umfassendes, Produktions- und Lebensweisen integrierendes Verständnis von gesellschaftlichen Veränderungen zu entwickeln, dürfen die mit Hilfe wirtschaftsdemokratischer Mechanismen zu schaffenden Zugänge zu den Schaltstellen wirtschaftlicher Macht nicht aus den Augen verloren gehen.

### **Die Konsolidierung des „Hannoveraner Kreises“ im Übergang zu den 80er Jahren: Herforder Thesen und „aktionsorientierte Politik“**

Allerdings wurde der „Stamokap“-Ansatz damals von vielen Gegnern auch als Indiz dafür genommen, dass sich der HK vor den Karren der DKP-Kommunisten spannen lässt, was die Härte der folgenden Auseinandersetzungen maßgeblich mitbestimmte. Handelte es sich zunächst bei den Strömungsauseinandersetzungen um papierne theoretisch-strategische Kongressschlachten, die ihren Höhepunkt auf dem Wiesbadener Bundeskongress 1975 und der dortigen „Reform und Staat“-Debatte fand, endete die erstmalige Wahl eines HK-Vertreters, Klaus-Uwe Benneter, zum Juso-Bundesvorsitzenden im Jahr 1977 mit seinem zügigen Parteiausschluss – und zwar aufgrund mangelnder Abgrenzung zur DKP im Rahmen von außerparlamentarischen Bewegungen in einer Zeit, die sich immer grundlegender von der Pe-

riode Anfang der 70er Jahre unterschied. Im Angesicht einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung (Helmut Schmidt) gerieten die Jusos in diesem Zeitraum aufgrund des immer offenkundigeren Stillstands der Reformpolitik im Inneren, der neokonservativen Offensive und der Zuspitzung der internationalen Blockkonfrontation (sog. Nachrüstungsdebatte) und aufkommender neuer sozialer Bewegungen in eine immer schwierigere Situation.

In dieser Zeit wandte sich der HK immer stärker diesen Bewegungen, wie auch der Gewerkschaftsjugend und den Interessenvertretungen an Schulen und Hochschulen zu, was seine Attraktivität in Teilen des Verbandes und der dort nachrückenden Generation von Funktionsträgern deutlich erhöhte. Aktions- und Bewegungsorientierung, gewerkschaftlich orientierte Interessenvertretung und Vorfelddorganisation waren hierfür konzeptionelle Stichworte, gewissermaßen verbandspolitische Ausprägungen der oben skizzierten Charakteristik der Strömung.

Damit war der HK aber nicht nur ein Teil der Jusos und Sozialdemokratie, sondern auch eines breiteren Spektrums bundesrepublikanischer Kräfte, zu dem weite Teile der intellektuellen, künstlerischen wie wissenschaftlichen Linken, der linken Jugend- und Hochschulverbände, der gewerkschaftlichen Linken, ja sogar der kirchlichen Linken zählten. Die DKP spielte hierin mit ihren Vorfelddorganisationen zweifellos eine sehr bedeutende Rolle. Diese miteinander verflochtenen Elemente – häufig insgesamt als „Stamokap“-Spektrum tituliert – sorgten von Mitte der 70er bis mindestens Mitte der 80er Jahre für eine recht stabile linke, mehr oder weniger sozialistisch ausgerichtete Infrastruktur, ohne die etwa die Friedensbewegung, aber auch die gewerkschaftlichen Offensiven und die lange anhaltende linke Hegemonie im Hochschulbereich so nicht denkbar gewesen wären.

Andererseits hatten die kader- und bündnispolitischen Bemühungen der DKP um Einfluss-

gewinn unterhalb der parlamentarischen Ebene Ende der 70er Jahre eine neue Qualität erreicht. Und der HK wurde mit dem Vorwurf konfrontiert, derartige Bemühungen zu tolerieren bzw. sich darin einspannen zu lassen (oder sie in Teilen sogar aktiv mitzutragen). Angesichts der sturen Fixierung der deutschen Kommunisten auf die Interessenslagen von DDR und UdSSR musste dieser Vorwurf, bei allen eigenen Abgrenzungen von der DKP, umso schwerer wiegen. Beginnend mit dem Parteiausschluss des Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benner kam es jedenfalls zu einer regelrechten Ausschlusswelle, gefolgt von heftigsten fraktionellen, sich wechselseitig verstärkenden Grabenkämpfen innerhalb wie auch außerhalb des Juso-Verbandes, die sich erst Mitte der 80er Jahre beruhigten.

Gleichzeitig – und nicht mehr als reine HK- oder Juso-Projekte – wurden die Zeitschrift spw gegründet und 1978/80 die „Herforder Thesen – Zur Arbeit von Marxisten in der SPD“ erarbeitet. Diese Thesen knüpften am „Hamburger Strategiepapier“ an, entwickelten darin aber den eigenen und sich von autoritär-sozialistischen Modellen unterscheidenden Ansatz weiter. Pate standen dabei Prozesse in den westeuropäischen Linksparteien, die unter den Stichworten „Eurokommunismus“ und „Eurosozialismus“ Hoffnung auf einen neuen und gemeinsamen Diskurs der „Euro-Linken“ jenseits der alten Schlachtordnungen zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie machten. In der analytischen und programmatischen Ausrichtung stand das Dokument ganz klar in der Tradition des „Hamburger Strategiepapiers“, dessen wirtschaftspolitische Programmatik 1980 auch Eingang in das Wirtschaftspolitische Grundsatzprogramm der Jusos fand.

Allerdings wurden die Thesen zu einem Zeitpunkt verfasst, als die realen Entwicklungen schon Fragen aufwarfen, die darin noch gar nicht gestellt wurden geschweige denn Antworten fanden. Es waren einige grundlegende Umwälzungen, die sich schon in den 70er Jah-

ren anbahnten, aber in den 80er Jahren spürbar zum Durchbruch kamen:

- Nach dem Vormarsch der Linken bis Mitte der 70er Jahre kam es zu einer immer heftiger werdenden Gegenbewegung im Zeichen des Neokonservatismus und Neoliberalismus (hierzulande 1983 im Beginn der Ära Kohl mündend). Sie fasste in den Milieus der lohnabhängigen Mittelschichten Fuß, während die traditionellen Milieus der Arbeiterklasse – auch und gerade im Zuge über Konjunkturzyklen hinausgehender tiefgreifender ökonomischer Strukturveränderungen – zunehmend erodierten.
- Auf der anderen Seite artikulierten sich aber in neuen sozialen Bewegungen, im politischen Spektrum insbesondere über die Grünen, tiefgreifender, aber in den Berufs- und Lebenszusammenhängen und Milieus neue Bedürfnisse und Anforderungen in Bezug auf die Geschlechterrollen, auf Möglichkeiten individueller Selbstverwirklichung, auf die Bedeutung ökologischer Kriterien etc., was auch die bei den Jusos nachwachsende Generation prägte.

Das innerverbandliche Strömungsgefüge hatte sich mittlerweile verändert. Die „antirevisionistische“ Strömung war sowieso längst verschwunden. Ihre basisdemokratisch-selbstorganisierten Akzente gingen in grüne Diskurse ein, die bei den Jusos wiederum zunächst von der „reformistischen“, nunmehr als „undogmatisch“ firmierenden Strömung aufgegriffen wurden. Aber auch der HK entripelte seinen Traditionsbestand und öffnete sich Ansätzen aus dem Bestand der anderen Strömungen – insbesondere in den verbandspolitischen Ansätzen und in Verknüpfung mit der oben angesprochenen Aktions- und Bewegungsorientierung. Entscheidend aber war, dass es eigentlich auch nicht mehr um Auseinandersetzungen in den Kostümen der

70er Jahre ging, sondern um die Neuaufstellung angesichts grundlegend geänderter wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse. Mitte der 80er Jahre hatte sich der Hannoveraner Kreis nicht nur konsolidiert, sondern innerverbandlich sogar an Einfluss gewonnen. Dies drückte sich insbesondere darin aus, dass sich auch die Bezirke Hannover und Westliches Westfalen mehrheitlich dem HK verbunden fühlten und im HK selbst eine führende Rolle spielten.

### Jenseits von „Stamokap“: Projekt Moderner Sozialismus

Ca. 1985 setzte eine massive Neuformierung im HK ein, die mit einer immer stärkeren Rolle innerhalb des Verbandes und später auch im Verhältnis zur Parteilinken einherging. Inhaltlich verbunden war sie mit dem „Projekt Moderner Sozialismus“ und den sog. 53 Thesen, die 1989 nach einem intensiven Reflektions- und Arbeitsprozess zur Veröffentlichung gelangten. Hierbei wurde auch die Frage nach der Bedeutung der „Stamokap“-Theorie für die beobachtbaren Entwicklungen und unsere strategischen und programmatischen Antworten aufgeworfen. Im Endergebnis kam es dazu, diesen theoretischen Ansatz deutlich zu relativieren.

Mit dem „Stamokap“-Ansatz wurden aus unserer Sicht zwar wesentliche Aspekte der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Regulierung erfasst. Völlig unterbelichtet war dabei aber die Art und Weise, wie in den jeweiligen Entwicklungsstufen des Kapitalismus produziert und konsumiert wird. So wurde das – mit Elementen der Stamokap-Theorie durchaus kompatibel – Regulierungstheorem des „Fordismus“ adaptiert: „Fordismus“ (benannt nach dem von Henry Ford geprägten Modus der Automobilproduktion) bezeichnet einen Regulierungstypus, der auf Massenproduktion, Massenkonsum und wohlfahrtsstaatlichen Mechanismen beruht und sich auf die häusliche Reproduktion und Familie, die Rolle

der Geschlechter und der Generationen, die räumliche Entwicklung und Lebensstile und nicht zuletzt auf die Ökologie und die globale Entwicklung auswirkt. In den 70er und 80er Jahren geriet der „Fordismus“ aber als Wachstums- und Integrationsmodell in die Krise. Da auch die soziopolitischen Kräfte insgesamt und die Arbeiterbewegung und die sozialistischen Alternativen „fordistisch“ geprägt waren, gerieten sie vermittelt über die Änderung von Klassen- und Bedürfnisstrukturen, Lebensbeziehungen und Milieus gleich mit in die Krise. Die Linke werde sich nur gegenüber der neokonservativen und neoliberalen Offensive behaupten können, wenn sie auf den aufziehenden „post-fordistischen“ Kapitalismus auch eine „post-fordistische“ Antwort finde.

Eine weitere wesentliche Veränderung ergab sich in diesem Zusammenhang in der Sichtweise auf den sog. Sozialstaat. Im Hamburger Strategiepapier wie auch in den Herforder Thesen spielte er – ein Blick in die Gliederungen reicht schon aus – eine kaum sichtbare und vor allem keine eigenständige Rolle, wie auch weite Teile der Linken insgesamt den Sozialstaat unterbewerteten – entweder als von der Arbeiterbewegung erkämpfte soziale Zugeständnisse oder als Integrationsinstrument im Rahmen des „Stamokap“-Schemas, nicht aber als Regulierungsmechanismus mit einer eigenständigen Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Reproduktion. M.a.W.: Was man am Sozialstaat tatsächlich hatte, merkte man so richtig erst, als die zerstörerischen Angriffe des neokonservativen und neoliberalen Lagers einsetzten. In einer Rückbetrachtung führte dies in den „53 Thesen“ zu einer Neubewertung, die sich auch auf den sozialdemokratischen Reformismus (insbesondere skandinavischen Typs) erstreckte, ihn nicht mehr als defizitäres Konzept ansah, sondern ihm eine eigene Rationalität und Erfolgsgeschichte zubilligte. Im Blick nach vorne ging es darum, jenseits des fordistischen Modells neue Perspektiven für sozialstaatliche und darüber hinausgehende Lösungen der in-

dividuellen und gesellschaftlichen Reproduktion zu finden – Lösungen, die insbesondere den Lebensansprüchen von Frauen gerecht und eine „biographische Selbstbestimmung“ ermöglichen (Gedanken, die ja dann in den 90er Jahren und darüber hinaus weiterverfolgt worden sind). Diese seien mit einer Aktualisierung der wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen zu kombinieren, um einen attraktiven „modernen Sozialismus“ auf den Weg zu bringen.

Gleichzeitig wandte sich der HK in den 80er Jahren stärker der Frage zu, mit welchem Inhalt, die auch in den „53 Thesen“ wieder aufgegriffenen Forderungen zur Demokratisierung der Wirtschaft erfüllt werden können. Gesprochen wurde von einer „demokratischen Modernisierung“, die den Aufbau einer ökologischen Kreislauf- sowie einer Solarwirtschaft, den Übergang zur Qualitätsproduktion und hochwertigen Dienstleistungen, die dringende Erneuerung gesellschaftlicher Infrastrukturen und die Schaffung neuer (insbes. in der Telekommunikation) erfordere. Für derartige Großvorhaben der Innovation und Investition seien geeignete wirtschaftsdemokratische Mechanismen zu schaffen, wobei insbesondere mit demokratisch kontrollierten Investitionsfonds und Regulierungsräten und dem „Staat als Pionier“ neue Akzente gesetzt wurden. Dabei setzten die „53 Thesen“ und der HK – hier durchaus in seiner Tradition - auf die „wissenschaftlich-technische Revolution“, die den Spielraum für einen alternativen post-fordistischen Entwicklungsweg öffnen könne.

Die strömungsbildende Fragestellung von Anfang der 70er Jahre hatte sich nunmehr verschoben. Es ging in den 53 Thesen um die Frage, wie aus den zunächst dem Widerstand gegen Atomenergie, Aufrüstung und Sozialabbau gerichteten Bewegungen eine Bewegung für den ökologisch-solidarischen Umbau der Volkswirtschaft wird. Soziopolitische Bündniskonstellationen könnten nicht aus objektiv gemeinsamen antikapitalistischen oder gar „antimonopolistischen“ Interessen hergelei-

tet werden, sondern aus Bedürfnissen, Ansprüchen und Interessen an die Arbeits- und Lebensweise, aus den darauf aufbauenden Umbauprojekten und den dafür bereitstehenden produktiven Kompetenzen von „Arbeit, Wissenschaft und Kultur“. Natürlich gehe es hierbei auch um die Zentren der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und damit auch um Klassen- und Machtfragen, aber eben nicht mehr in reduktionistischer Weise.

Dabei handelte es sich aus meiner Sicht nicht um eine reine „Programmbastelei“, denn der Antritt der bürgerlichen Regierung 1983 ging in den nachfolgenden Jahren – jenseits reiner Abwehrkämpfe – noch mit einem Aufschwung von sozialen und intellektuellen Bewegungen einher, die einen ökologischen und sozialen Umbau der Volkswirtschaft postulierten:

- Der Kampf um die 35-Stunden-Woche und die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nahm die damaligen Diskussionen um die „Zukunft der Arbeit“, das Ringen um die Veränderung der Geschlechterverhältnisse und die auf persönliche Selbstverwirklichung orientierten Bedürfnisstrukturen auf.
- Der „Vorsorgende Sozialstaat“ wurde schon damals propagiert - allerdings nicht etwa im Sinne der Agenda-2010-„Reformen“, sondern als Um- und Ausbaukonzept, dass insbesondere jungen Frauen selbstbestimmte Lebenswege eröffnet (bei uns dann in der Losung der „biographischen Selbstbestimmung“ zuspitzt).
- In der Ökologie kam es zum Übergang von der „AKW-Nein-Haltung“ zu Konzepten des ökologisch-solidarischen Umbaus der Industriegesellschaft, einer Politik „ausgewählter Wachstumsfelder“ und darauf ausgerichteter Zukunftsinvestitionen und Rahmenplanungen (aus

dieser Zeit stammt auch der solarwirtschaftliche Ansatz).

- Dies wurde auch von wachsenden Teilen der Gewerkschaften mitgetragen, die die „Zukunft der Arbeit“ auch in Verbindung mit deren Nutzen für Umwelt und Lebensweise diskutierten (sichtbar etwa an den damaligen Kongressen der IG Metall zur Zukunft der Verkehrswirtschaft).

Diese Tendenzen fanden auch Eingang in das 1989 verabschiedete Berliner Grundsatzzprogramm der SPD, in dessen Gestaltung die verschiedenen linken Strömungen der SPD maßgeblich zusammenwirkten und das in vielerlei Hinsicht aktueller und zukunftsweisender war als das heute geltende Programm.

Die Neuformierung des HK war aber kein rein strategisch-programmatischer Vorgang, sondern ich denke, dass sich auch das verbandspolitische Selbstverständnis des HK – zumindest weiter Teile - in der zweiten Hälfte der 80er Jahre grundlegend veränderte. So war man einerseits nicht mehr in der innerverbandlichen „Opposition“, sondern maßgeblicher Träger der Verbandspolitik, wobei der HK 1988 mit Susi Möbbeck auch den Bundesvorsitz stellte. Andererseits war man – angesichts der globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen – mit der eigenen Neuaufstellung zu sehr beschäftigt, als dass man noch sonderlichen Gefallen an den Fraktionskämpfen fand. Vielmehr wuchs die Neigung, sich als das integrierende sozialistische Zentrum des Verbandes zu verstehen – nicht auf Basis programmatischer Beliebigkeit, sondern fundierter inhaltlicher Neubestimmungen als sozialistischer Jugend- und Richtungsverband.

Komplementär zur Vorbereitung der „53 Thesen“ wurde im Verband die programmatische Diskussion unter das Motto „anders arbeiten – anders leben“ gestellt. Mit der sog. jugendpolitischen Orientierung sollten die Bedürfnislagen und Ansprüche der eigenen „Ziel-

gruppe“ ins Blickfeld der Verbandspolitik rücken. Mit dem Diskurs über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus und davon ausgehenden Projekten und Kampagnen wurde der Anspruch eines grundlegenden politisch-kulturellen Wandels am nachhaltigsten unterstrichen. Nicht zuletzt versuchten wir in unseren Diskursen und – viel schwieriger – auch in unserer politischen Praxis unser eigenes „subjektives Bedürfnis nach Sozialismus“ zu thematisieren: Einer der großen Unterschiede zu den vorhergehenden programmatischen Dokumenten besteht auch darin, wie sehr in den „53 Thesen“ immer wieder die Verortung von Individualität und Persönlichkeit im „Weltgeschehen“, im gesellschaftlichen Kontext und politischen Prozess angesprochen wird.

Der integrative Kurs wurde auch gegenüber anderen sozialistischen Teilen der Parteilinken in der Vorbereitung des Berliner Grundsatzprogramms und Anfang der 90er Jahre auch bei der Umwandlung maßgeblich aus dem HK getragenen Zeitschrift spw in ein Gemeinschaftsprojekt mit Peter von Oertzen, Horst Peter und anderen prominenten Linken verfolgt (und zwar erfolgreicher als dies zunächst bei den Jusos der Fall war). Auf dieser Basis versuchten wir zwar, die mit den „53 Thesen“ begonnenen Diskurse in den 90er Jahren bei den Jusos, in der Zeitschrift „spw“ und im sog. Crossover-Projekt von linken Grünen, sozialistischen SPD-Linken und PDS-Reformern fortzuführen. Allerdings gingen die gesellschaftlichen wie auch innerparteilichen Ansätze einer „post-fordistischen“ Linken oder sogar sozialistischen Alternative im Laufe der 90er Jahre allmählich unter – angesichts des Zusammenbruchs des sowjetischen Systems (der auch seine sozialistischen Kritiker in Mitleidenschaft zog), angesichts der zunehmenden Bedeutung von reinen Abwehrkämpfen und Bestandssicherungen (spürbar v.a. in den Gewerkschaften) und angesichts einer zweiten neoliberalen Offensive, in der Teile nunmehr der internationalen Sozialdemokratie eine maßgebliche Rolle spielten.

Umso wichtiger aber, dass sich seitdem – unter welcher Bezeichnung auch immer – nachfolgende Juso-Generation um eine Aneignung, Reflektion und Aktualisierung der zuvor skizzierten Diskurse bemüht haben. Was m.E. als Markenzeichen des HK bleibt: Die nunmehr systematisch reflektierten und ernst genommenen Veränderungen in den Arbeits- und Lebensweisen, in den Ansprüchen und Bedürfnissen und die entsprechenden Anforderungen an das politische Handeln nicht von „der“ (von vielen heutzutage als unumstößlich kapitalistisch angesehenen) „Wirtschaft“ abzukoppeln, sondern sie als Gegenstand und Zweck einer veränderten ökonomischen Logik in Unternehmen, Branchen und Volkswirtschaft anzunehmen und umgekehrt jede wirtschaftsdemokratische und sozialistische Wirtschaftskonzeption daran auszuweisen. ■

☞ Uwe Kremer, Dr. rer.pol., geb. 1956, lebt in Bochum. Er ist seit 1972 Mitglied der SPD, 1978 bis 1984 im Bezirksvorstand der Jusos Hannover, 1984 bis 1990 im Bundesvorstand der Jusos, danach mehrere Jahre zunächst Redaktionsleiter, später Mitherausgeber der Zeitschrift spw. Seine berufliche Tätigkeit war zunächst in der Industrie- und strukturpolitischen Forschung und Beratung, heute mit Schwerpunkt im Management der Life Sciences und der Gesundheitswirtschaft.

#### Anmerkung und Literaturhinweise:

Dieser Artikel stützt sich in Teilen auf meinen in der spw (spw 98, 1997) erschienenen Artikel zum 25-jährigen HK-Jubiläum („Geschichten aus dem Hannoveraner Kreis“). Der damalige Artikel versuchte, den Hannoveraner Kreis und seinen Werdegang in den 70er und 80er Jahren vor allem im Spannungsverhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus verständlich zu machen. Dieses Spannungsverhältnis – inkl. der Beziehungen zum Sozialismus sowjetischer Prägung – war für den HK von ebenso zentraler Bedeutung wie dessen Auflösung durch den Untergang (und nicht durch die erhoffte Demokratisierung und Öffnung) des „sozialistischen Lagers“ Ende der 80er Jahre. Aus Sicht heutiger Juso-Generationen dürfte dieser Aspekt nicht mehr von so großer Bedeutung sein, weswegen das Schwergewicht des aktuellen Artikels eher auf programmatischen und strategischen Entwicklungen liegt, die auch mit Blick auf die nachfolgenden Juso-Generationen und heutige Politikkonzepte ein gewisses Interesse finden dürften.

#### Die wesentlichen Dokumente, auf die ich mich beziehe, sind:

- Das „Hamburger Strategiepapier“ (des Juso-Landesverbandes Hamburg) von 1971, zusammen mit anderen Dokumenten 1973 veröffentlicht in dem legendären Rowohlt-Taschenbuch „Der Thesenstreit um „Stamokap“.
- Die „Herforder Thesen – Zur Arbeit von Marxisten in der SPD“, hier die überarbeitete und erweiterte Ausgabe, die – herausgegeben vom Juso-Bereich Ostwestfalen-Lippe, 1980 im spw-Verlag veröffentlicht wurden.
- Das „Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen“, gewissermaßen stellvertretend für den HK herausgegeben von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, erschien 1989 im spw-Verlag.

Der Artikel ist eine Zweitveröffentlichung aus dem Sammelband Sascha Vogt (Hg.): JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum, spw-Verlag Dortmund 2011.

## Staatsverständnis und Reformperspektive

von Thilo Scholle und Jan Schwarz

An der Diskussion um den Staat und seinen Nutzen scheiden sich die Geister: In den letzten Jahrzehnten beherrschte die neoliberale Lesart die Debatte. Staatlichkeit wurde als, die wirtschaftliche Entwicklung hemmendes Element gesehen, das es möglichst weit „zurückzustutzen“ galt. Gesetzliche Regulierungen wirtschaftlichen Handelns sollten abgebaut und stattdessen ein „freies Spiel der (Markt-)Kräfte“ ermöglicht werden. Demgegenüber standen auf der politischen Linken vor allem eine Verteidigung der Handlungsmöglichkeiten des Staates sowie das Bemühen, die gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft weiterhin möglich zu machen. Die Diskussion um die Rolle des Staates wurde so zu einem Symbol für die allgemeine Frage, inwieweit demokratische Einflussnahme auch auf die Gestaltung der Ökonomie zulässig sein kann und sollte.

Aus dem Blick geriet dabei, dass auf Seiten der politischen Linken die Funktion von Staatlichkeit seit jeher stark umstritten war. Während für manchen der Staat als gesellschaftliches Gestaltungsinstrument nahezu unbeschränkte Kräfte zugeschrieben bekam, waren andere auf der Gegenseite unterwegs, die den Staat nur als feindliches Herrschaftsinstrument sahen. Im Kern geht es dabei stets um dieselbe Frage: Ist „der“ Staat, sind staatliche Institutionen nur Instrument der Repression gegen linke Veränderungs Bemühungen oder können staatliche Handlungen auch Hebel für gesellschaftliche Transformation sein?

Karl Marx und Friedrich Engels hatten keine explizite Staatstheorie entworfen. In der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts wurde zudem über das Wesen des Staates wenig geforscht. Auf der einen Seite stand mit Ferdinand Lassalle jemand, der u.a. auch auf den preußischen Obrigkeitsstaat als Mittel zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter setzte, während auf

der anderen Seite August Bebel und Wilhelm Liebknecht zwar die marxischen Schriften rezipierten, sich über die Frage der Beschaffenheit und des Umgangs mit der Staatsmacht aber wenig Gedanken machten.

Die Debatte gewann dann um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert an Dynamik, als in der Sozialdemokratie erstmals ausführlich über das Verhältnis zwischen Reform und Revolution debattiert wurde. Während auf der einen Seite eine reformistische Realpolitik à la Eduard Bernstein propagiert wurde, wandte sich der linke Flügel um Rosa Luxemburg klar gegen eine Vorstellung, mit Hilfe des Staates sozialistische Reformen erlangen zu können.

Entschieden wurde die Debatte damals in der Partei zugunsten des marxistischen Zentrums um August Bebel und Karl Kautsky, das formal an einer revolutionären Erringung der Staatsmacht als Etappe auf dem Weg zum Sozialismus festhielt, ohne aber genaue Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie dieses dann konkret geschehen sollte. Erst in den 1920er Jahren entwickelte sich innerhalb der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung eine intensive Debatte darum, wie Staatlichkeit und Recht eigentlich zu analysieren wären. Hintergrund der Debatten war vor allem das Erlebnis des realpolitisch notwendigen Umgangs mit der Weimarer Republik auf der einen sowie der Blick auf die Verhältnisse in der Sowjetunion auf der anderen Seite.

In aktuellen Debatten spielt diese Unterscheidung vor allem beim Blick auf die Globalisierung eine wichtige Rolle: Erfolgreiche Bücher wie die von Michael Hardt und Toni Negri (*Empire / Multitude*) haben in den letzten Jahren – neben anderen Dingen – auch den Bezug auf den Staat als Handlungsinstrument in Frage gestellt. Unter dem Schlagwort „Trans-

nationalisierung von Staatlichkeit“ wird zudem diskutiert, wie sich Staatlichkeit im Angesicht internationaler Regelungsmechanismen – beispielsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation, aber auch der Europäischen Union – entwickelt. Demgegenüber steht auch auf der Linken in Deutschland ein Diskurs, der stark auf die Regulierungsmöglichkeiten des klassischen Nationalstaats setzt und sich beispielsweise in einer starken Kritik an der Europäischen Union ausdrückt.

Ein nur auf den Nationalstaat bezogenes Denken von Staatlichkeit ist nach den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte schon faktisch unmöglich: Im Rahmen der Europäischen Union haben sich vielfältige Regulierungsmechanismen in Bereichen herausgebildet, die klassischerweise zur Domäne des Nationalstaats gehörten, beispielsweise in der Wirtschafts- und Finanzpolitik oder bei der Sicherung der Außengrenzen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich für das System des internationalen Freihandels beschreiben, vor allem am Beispiel der WTO. Zugleich lässt sich bei diesen Entwicklungen ein demokratisches Defizit feststellen: Direkter parlamentarischer Einfluss findet sich kaum und wenn, dann oft nur in einem sehr komplexen Zusammenspiel mit nationalstaatlichen Regierungen sowie einem eigenständigen Verwaltungsapparat wie bei der EU oder sogar eingeschränkt durch eine für die Nationalstaaten selbst nur sehr eingeschränkt beeinflussbare Schiedsgerichtsbarkeit wie bei der WTO.

Es fällt auf, dass gerade im Bereich der sozialdemokratischen Linken in Europa in den letzten Jahrzehnten wenig über die Beschaffenheit von Staatlichkeit nachgedacht worden ist. Neben der Anpassung an den neoliberalen Mainstream wurden oft nur recht hilflos nationalstaatliche Haltungen verteidigt oder eine nicht sehr konkrete Hoffnung auf die EU als Ort zukünftiger Regulierung formuliert.

Wie lässt sich also die Entwicklung von Staatlichkeit jenseits des Nationalstaats analytisch

fassen? Vor allem: Wo bieten sich Ansatzpunkte für eine demokratische Regulierung jenseits des Nationalstaats?<sup>1</sup> Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, einige Schlaglichter auf die Entwicklung der Staatsdiskussion bei den Jusos zu werfen. Außerdem sollen vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen einige Hinweise auf aktuelle theoretische Einordnungen gegeben werden.

### Staatsdiskussion in den Juso-Strömungsauseinandersetzungen der 1970er

In anderer Form setzen sich die Auseinandersetzungen auch in den Diskussionen der 1970er Jahre innerhalb der Jusos fort: Auch hier variierten die Meinungen zwischen einem grundsätzlich positiven Bezug auf die Reformmöglichkeiten durch staatliche Instanzen gegenüber einer Ansicht, die den Staat am liebsten mit der Revolution hinweg gefegt hätte, bis hin zur mehrheitlich im Rahmen des Hannoveraner Kreises vertretenen Auffassung, die dem Staat eine entscheidende Rolle in der aktuellen Ausgestaltung der kapitalistischen Formation zurechnete und daher auch auf die Besetzung der staatlichen Institutionen durch eine sozialistische Linke mit dem Ziel, den nur noch durch die Stützung des Staates weiter existierenden Kapitalismus in eine sozialistische Wirtschafts- und gesellschaftsform zu überführen setzte.

An den unterschiedlichen Staatsverständnissen bildeten sich die Strömungen heraus, die sich in unerbittlichen Machtkämpfen gegenüber standen.

Die „Reformsozialisten“ (Refos) gingen von den zwei Sphären Wirtschaft und Staat aus, die relativ unabhängig voneinander agieren und sich gegenseitig beeinflussen, ohne aber in einem Hierarchieverhältnis Basis - Überbau zu-

<sup>1</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklungen vor allem bei den klassischen westlichen Industriestaaten zu beobachten sind. Staaten in Afrika sowie im südamerikanischen Raum nehmen momentan aus unterschiedlichen Gründen oft ganz andere Entwicklungen

einander stehen. Deswegen war ihr strategischer Ansatz, über die Partei Mehrheiten in den Parlamenten zu erreichen, um die Gesellschaft mit „antikapitalistischen Strukturreformen“ zu verändern.

Die „Antirevisionisten“ (Antirevis) leiteten die Staatsfunktion direkt aus der Ökonomie ab. Der Staat verallgemeinert die Form der kapitalistischen Produktionsweise, stellt die allgemeinen Bedingungen der Produktion her und verallgemeinert die Zirkulationssphäre. Dies bedeutet, dass sich staatliches Handeln unmittelbar aus den Machtverhältnissen der Produktion entsteht und somit Reformpolitik nicht zum Umbau der Gesellschaft, sondern zur Verfestigung des Kapitalismus führt. Dementsprechend setzten sie auf eine Basismobilisierung und nicht auf innerparteiliche Diskussionen.

Der Hannoveraner Kreis ging von einem sich historisch entwickelnden Staat im Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produktionsmittel aus. Sie gingen von einer zunehmenden Monopolbildung in der Wirtschaft aus, die ihre Macht nur noch mit Hilfe des Staates erhalten konnte, der somit immer stärker in die Wirtschaft eingreift. Theoretischer Hintergrund waren Überlegungen, die schon in den 1920er Jahren unter anderem von Rudolf Hilferding angestellt worden waren, wonach der Zwang zur kapitalistischen Akkumulation von Kapital zunehmend zur Monopolbildung führen werde, da die jeweiligen Einzelkapitale für sich nicht mehr profitabel genug sein würden, und daher stärker auf die Nutzung staatlicher Institutionen angewiesen sein würden. Insbesondere die Anknüpfung an die Theorie des „tendenziellen Falls der Profitrate“ hat der Stamokap-Theorie viel Kritik eingetragen. Möglicherweise ist der Bezug auf diese Theorie aber für die Frage, an welchen Stellen die Stamokap-Theorie einen wichtigen Punkt getroffen hat, gar nicht entscheidend.

Die Theorie des Stamokap setzt bei der klassischen Krisentheorie an und fügt der Argumen-

tation eine neue Dimension der Staatsfunktion hinzu: Der Staat tritt als ideeller Gesamtkapitalist auf, der seine Legitimation einerseits vordergründig aus der gesellschaftlichen bürgerlichen Verfassung zieht, andererseits aber selbst als Kapitalist auftritt: „Die staatlichen Eingriffe können sich nicht mehr darauf beschränken, die Bewegungsform der kapitalistischen Produktion zu regulieren, sondern sie müssen schon auf die Bewegung des Kapitals selbst gerichtet werden, müssen Schranken durchbrechen, die seinen Bewegungsspielraum zunehmend einengen.“<sup>2</sup>

Dem Staat fallen so zwei Aufgaben zu: Einerseits muss er – durch Repression und durch die gesellschaftliche Integration des Sozialstaats – dafür sorgen, dass die Produktionsverhältnisse gesellschaftlich tragfähig bleiben, also der „soziale Frieden“ bestehen bleibt. Der Staat ist gerade in der Zeit des fordistischen Klassenkompromisses neben Kapitalisten und Arbeitern der dritte wesentliche Akteur. Andererseits muss der Staat selbst als Kapitalist auftreten und eine entsprechende „Infrastruktur“ für die Zentralisierungsprozesse darstellen. Zentralisiertes Kapital ist krisenanfälliger und benötigt eine Politik, die dies berücksichtigt: „Die Entwicklung der modernen Technik wird durch ein sprunghaftes Wachstum der Kapazitäten charakterisiert, in der Regel wächst dabei das fixe Kapital überproportional. Von seinem Umschlag her gesehen, ergibt sich daher ein Zwang zur Kontinuität der Produktion auf hoher gesellschaftlicher Stufenleiter. Anders läßt sich die moderne Technik nicht rentabel ausnutzen.“<sup>3</sup>

In den 1970er Jahren traf die Theorie möglicherweise aus zwei Gründen auf viel Zustimmung bei linken Jusos: Zum einen ließ sich beobachten, dass der Kapitalismus trotz offensichtlicher Krisenmomente, trotz der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und trotz äußerer Landnahme in der 3. Welt weiterhin

<sup>2</sup> Katzenstein: 1973, S. 4.

<sup>3</sup> Katzenstein: 1973, S. 5.

funktionierte und von einem Zusammenbruch noch weit entfernt schien. Zum anderen war aber die strategische Zusammenwirkung von Staat und großen Blöcken in der Wirtschaft oft zu sehen, beispielsweise im Rahmen der „konzertierten Aktion“ aus Regierung und Interessenverbänden Anfang der 1970er Jahre.

## Entwicklungen

Im Laufe der 1970er Jahre erweiterte sich die Diskussion. Animiert durch Konzepte wie den „Eurokommunismus“, durch die Wiederentdeckung vor allem der Theorieansätze der „Zwischengruppen“ der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Republik – also derjenigen, die theoretisch wie auch organisationspolitisch zwischen den Mehrheitsmeinungen in SPD und KPD standen – sowie des Austromarxismus wurden neue Aspekte in die Theoriedebatten eingebracht.

Interessant war der Austormarxismus für viele wohl vor allem deshalb, weil die SDAP in Österreich links neben sich kaum Raum gelassen hatte und die Spaltung der Arbeiterbewegung zwar stattgefunden hatte, die KPÖ aber eine kaum wahrnehmbare Splitterpartei blieb. Theoretisch spannend war darüber hinaus vor allem, dass die führenden Theoretiker der Partei, Otto Bauer und Max Adler zum Beispiel, am Analyserahmen des Marxismus festhielten und zugleich eine gesellschaftliche Umwälzung über den parlamentarischen Weg und die Nutzung der staatlichen Institutionen anstrebten. Staatlichkeit bildete in dieser Konzeption gewissermaßen einen Rahmen, in dem Klassenkämpfe und Auseinandersetzungen stattfanden und der für die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft genutzt werden kann. Diese Anknüpfungen finden sich dann auch in der Weiterentwicklung der Juso-Linken wieder und flossen in die Herforder Thesen ein.

In den 1980er Jahren kam es zudem zu einer Rezeption der vor allem in Frankreich entwickelten Regulationstheorie. Diese baut ins-

besondere auf dem Verständnis des Ablaufs verschiedener Regulationsmodelle im Laufe der kapitalistischen Entwicklung auf, geprägt durch das jeweilige Produktions- und Regulationsmodell. Damit konnte erklärt werden, warum es im Kapitalismus trotz der immanenten Krisenhaftigkeit immer wieder zu stabilen Phasen kommt. Der Kapitalismus wandelt sich und bildet neue Machtstrukturen.

Spannend ist hier hauptsächlich die Beobachtung des Zusammenspiels von kapitalistischer Produktionsweise und dem jeweiligen Modell der politischen und ökonomischen Regulierung. Dieser Ansatz schlug sich dann auch in den 53 Thesen von 1989 nieder. Ein Aspekt ist hier auch die Frage, wie sich der Staat im Prozess volkswirtschaftlicher Modernisierung wiederfindet. Unter dem Stichwort „Staat als Pionier“ wurde hier beispielsweise die Rolle des Japanischen Außenhandelsministeriums MITI bei der Steuerung von Innovationsprozessen in den Blick genommen. In den 1990er Jahren kam das Stichwort des „sozial-ökologischen Umbaus“ der Industriegesellschaft als Ziel staatlicher Wirtschaftssteuerung hinzu. Manche Aspekte dieser Überlegungen finden sich auch in aktuellen Debatten um die Rolle des Staates im Rahmen einer „ökologischen Industriepolitik“ wieder.

## Staatsdiskussion in der Sozialdemokratie der 1990er und 2000er

Intensiv über Staatlichkeit diskutiert wurde auch wieder in der Sozialdemokratie der 1990er und 2000er Jahre. Es ist offensichtlich, dass der Wegfall der Systemkonfrontation sowie die seit den späten 1970ern zunehmende Durchsetzung des Neoliberalismus sich auch hier niederschlug.

Dies führte dazu, dass staatliches Handeln und Regulieren – jedenfalls dann, wenn es dazudiente, soziale Teilhabe abzusichern oder auszubauen – als nicht mehr möglich, vor allem aber auch als nicht mehr nötig angesehen wurde.

Dies wurde weder in internen Debatten reflektiert noch in einen öffentlichen Diskurs begründet, sondern als faktische Gegebenheit gesetzt. Politisches Handeln diente nicht mehr der Gestaltung, sondern nur noch der Anpassung an den Konkurrenzdruck um die eigene Volkswirtschaft gegenüber anderen zu stärken. Allenfalls mit dem Schröder-Blair-Papier wurde versucht dies zu erklären, allerdings vergebens. Dort wurde das Funktionieren von staatlicher Regulierung mit der Begründung verneint, dass die Menschen nicht mehr bevormundet werden wollten und möglichst unregulierte Steuerung über den Markt die moralisch beste Variante sei. Mit Häme könnte man nun sagen, dass der Antirevisionist Gerhard Schröder sein Verständnis von Staat kaum geändert hatte, denn auch als Juso lehnte er den Ansatz ab, mit Reformen in die Wirtschaft einzugreifen. Nur seine Bewertung der – weitgehend unregulierten – Wirtschaft hat sich wohl geändert. Davon war auch der Rot-Grüne Regierungskurs geprägt – Privatisierung, Sozialabbau und Deregulierung.

Verbunden war diese Politik immer mit der Finanzierbarkeit von staatlichen Leistungen. Als zweites Argument wurde staatliche Handlungsfähigkeit mit der Verschuldung immer kleiner geredet und fand mit der Schuldenbremse sogar Einzug ins Grundgesetz. Im Zuge der Finanzkrise verloren alle diese Überzeugungen nach einer Phase der Hilflosigkeit an Bedeutung. Auf einmal konnte nur durch massives staatliches Eingreifen das Finanzsystem gerettet werden und dabei spielte die Summe der benötigten Finanzmittel keine Rolle. Allerdings wurden diese Maßnahmen nicht dafür genutzt, um Veränderungen herbeizuführen, sondern nur um die alten Eigentumsverhältnisse zu bewahren. Es gibt zwar in der Sozialdemokratie kaum eine Diskussionen, wie die Macht der Finanzmärkte gebrochen werden kann, aber gerade im Zuge der aktuellen Energiediskussion spielt Staat als Gestalter wieder eine wichtigere Rolle und insbesondere auf der kommunalen Ebene gibt es Bemühungen, Aufgaben wieder zu re-kommunalisieren.

## Neue Staatsdiskussion

Auf der politischen Linken hat sich in den letzten Jahren wieder eine deutlich intensivere Staatsdebatte entwickelt. Dabei lassen sich unterschiedliche Ausgangspunkte feststellen:

Das wohl bestverkaufte Buch war „Empire“ von Michael Hardt und Toni Negri. Sie gehen davon aus, dass der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr gilt. An die Stelle der alten Arbeiterklasse tritt die „Multitude“ als geschichts- und geschichtslose Masse, die irgendwie naturwüchsig dann im Laufe der Zeit zum revolutionären Subjekt werden soll. Auch die Grenzen der alten Nationalstaaten sind durchlässig und nicht mehr relevant. Die Multitude finde irgendwie ihren Weg. Mit ihrem Buch entsprechen Hardt und Negri sicherlich dem individuellen Lebensgefühl vieler individualistischer Linker, die nicht mehr an die Macht von Großorganisationen und die Möglichkeit, mittels staatlichen Handelns Veränderungen herbeizuführen zu können glauben. Gerade in öko-liberal-linken Kreisen findet zudem ein Ausspielen von Staat gegen die Zivilgesellschaft statt. Beispiel: neuere Diskussionen über Planung industrieller Großprojekte. Hier wird einer grundsätzlich guten und demokratischen Zivilgesellschaft ein grundsätzlich skeptisch zu betrachtender und „undemokratischer“ Staat gegenüber gestellt.

Von Poulantzas stammt aus den 1970er Jahren die Beobachtung, Staat als eine „Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ zu begreifen. Staat ist dann kein monolithischer Block, der durch einen revolutionären Sturmangriff oder durch die parlamentarische Übernahme der Regierungsverantwortung „erobert“ werden kann. Staat ist vielmehr ein gesellschaftliches Verhältnis, das in die Produktionsverhältnisse selbst eingelassen ist und in dem sich auch gesellschaftliche Kämpfe an unterschiedlichen Orten abspielen. Dies macht es erforderlich, nicht nur die Auseinandersetzung im parlamentarischen Raum zu führen, sondern

auch das Arbeiten staatlicher Verwaltungen und die Beeinflussung dieses Handelns sowie die Auseinandersetzungen in anderen Institutionen wie Schulen, Hochschulen und Medien zu betrachten.

Der „Staat“ ist demnach nicht etwas den kapitalistischen Produktionsverhältnissen – also der gesellschaftlichen Organisation des Arbeitsprozesses – äußeres, sondern ist bereits in ihnen selbst präsent. Dabei machen sich die aus den Produktionsverhältnissen entspringenden Verteilungen von Macht und die Entstehung von Klassen auch im Staat selbst geltend. Entscheidend für den Einfluss von gesellschaftlichen Klassen im Staat ist ihre über die Produktionsverhältnisse vermittelte Möglichkeit, die Produktionsmittel in Gang zu setzen und den Arbeitsprozess zu beherrschen.

Durch die Stellung des Staates bereits in den Produktionsverhältnissen selbst bedingt sich, dass die dort vorhandenen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen auch im Staat selbst präsent sind. Im Anschluss an Antonio Gramsci geht Poulantzas davon aus, dass sich staatliche Tätigkeit dabei nicht in Repression erschöpft, sondern die Ideologie eine wichtige Rolle der Absicherung von Herrschaft spielt. „Die Ideologie besteht nicht nur aus einem System von Ideen oder Vorstellungen: sie betrifft auch eine Reihe von Praktiken, Bräuchen, Sitten, Lebensstil und vermischt sich so wie Zement mit der Gesamtheit der gesellschaftlichen Praktiken inkl. der politischen und ökonomischen Praktiken. Die ideologischen Beziehungen spielen in der Konstitution der Beziehungen des ökonomischen Eigentums und des Besitzes, in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung der Arbeit innerhalb der Produktionsverhältnisse eine wesentliche Rolle.“

Im Kern ist „Staat“ für Poulantzas eine „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt.“

Greifbaren Ausdruck findet Staatlichkeit in den Staatsapparaten. Diese sind aber selbst von den gesellschaftlichen Machtbeziehungen durchsetzt. Entscheidende Funktion von Staat wird damit die Organisation des im Anschluss an Gramsci so bezeichneten „Blocks an der Macht“, also der herrschenden Kapitalfraktionen und deren Absicherung gegen die beherrschten Klassen. Dabei müssen sich die Interessen der verschiedenen Kapitalfraktionen nicht stets decken. Widersprüche und Auseinandersetzungen sind normal.

Es entsteht somit ein differenziertes Modell von Staatlichkeit, dass unterschiedliche Ausprägungen besitzen kann. Wesentlich ist, dass es „den“ Staat als Hort aller gesellschaftlichen Macht nicht gibt. Damit setzt sich Poulantzas von dem Teil marxistischer Theoretiker ab, die den Staat auf ein „Instrument der herrschenden Klasse“ reduzieren wollten. Ein schlichter Austausch der herrschenden Klasse reicht eben nicht aus. Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Herrschaft spielen sich vielmehr in den unterschiedlichen Staatsapparaten ab. Politische Kämpfe werden daher auch erfolglos bleiben, wenn sie darauf gerichtet sind, einmal „die“ Macht über „den“ Staat zu erlangen.

### **Staatlichkeit im Mehrebenensystem**

Welcher Gewinn lässt sich aus den Ansichten von Poulantzas für die Analyse von Globalisierung und Staatlichkeit ziehen? Besonders die Formel von Staat als der „materiellen Verdichtung von (ökonomischen und damit gesellschaftlichen) Kräfteverhältnissen“ kann von Nutzen sein. Für die Analyse der Entwicklung von Staatlichkeit im globalen Kontext bedeutet dies, dass ein Blick auf die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und die daraus folgenden Kräfteverhältnisse Indizien für die Beschreibung der aktuellen Ausprägung von Staatlichkeit bieten kann. Von einem „Ende von Staatlichkeit“ zu sprechen, ist jedenfalls nicht weiterführend.

Staat beziehungsweise Staatlichkeit ist nicht an die bestehenden Grenzen von Nationalstaaten gebunden. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können sich auf unterschiedlichen Ebenen verdichten. Klar ist, dass sich vormals nationalstaatliche Kräfteverhältnisse nicht ungebrochen auf globaler Ebene wieder begehen. Zwar lassen sich einzelne „globale“ Kapitalfraktionen erkennen, für viele Auseinandersetzungen bleibt der Nationalstaat aber noch zentraler Bezugspunkt. Dabei kann es nicht darum gehen, Spuren dafür zu finden, wie sich auf globaler Ebene Apparate ähnlich des Nationalstaats europäischer Prägung entwickeln. Dies ist nach Poulantzas aber auch nicht nötig. Eine „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ muss nicht zwangsläufig auf einer (horizontalen) Ebene stattfinden. Denkbar ist auch, dass bestimmte Verdichtungen die nationalstaatlichen Grenzen bereits hinter sich gelassen haben, während in anderen Bereichen der Nationalstaat weiterhin den Rahmen bietet.

Die Internationalisierung von Produktionsverhältnissen hat mit dem Zusammenbruch des Ostblocks eine neue Dynamik gewonnen. Weiterhin haben die Finanzmärkte an Bedeutung für die Organisation der materiellen Produktion gewonnen. Gerade für diese sind nationalstaatliche Rahmen und auf diesen Ebenen organisierte Regulierungen eher hinderlich. Das transnationale Kapital reorganisiert die Kapitalakkumulation, bindet sich nicht an einzelne Standorte und zwingt die Staaten dazu, diese Akkumulationsdynamik durch Deregulierung, systematische Entwertung eines Teils des Kapitalstocks und durch Inwertsetzung von öffentlichen Gütern zu unterstützen. An die Stelle der alten Sozialstaatsmodelle tritt immer stärker ein neuer Wettbewerbsstaat. Dadurch entsteht zunehmender Druck auf bestehende Standards der Regelung von Arbeitszeit, Urlaub, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung sowie Steuererhebung, soziale Sicherung und Marktbeschränkungen. Gewerkschaften haben an Stärke und Einfluss in den Betrieben verloren und die Entscheidungsfindung in der poli-

tischen Sphäre verlagert sich immer weiter weg von den unmittelbar demokratisch legitimierten Apparaten. Dadurch wird die Machtposition der Kapitaleseite weiter gestärkt. Welche Bedeutung der Staat aber trotz aller Angriffe auf seine Handlungsmöglichkeiten noch hat, wurde durch die Notwendigkeit seiner Eingriffe in der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich.

Es kann nicht generell von einem Rückzug des Staates aus der Gesellschaft gesprochen werden, auch wenn sich die Formen staatlicher Regulierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche enorm verändern. Der Staat bleibt Kern dieses neuen Systems mehrerer Ebenen, aber er kann dieses Geflecht nicht vollständig kontrollieren. Das neoliberale Paradigma des „schlanken Staates“ lässt sich daher lediglich auf den Abbau von Institutionalisierung im traditionellen Sozialstaat beziehen, nicht jedoch auf die generelle Zurücknahme staatlicher Interventionspolitik. So gibt es auch wieder Bestrebungen, mit neuen Institutionen weitere gesellschaftliche Bereiche in den Sozialstaat mit einzubeziehen. Mit dem Rückgang von direkter Leistungserbringung geht ein Wandel zur Regulation einher. Internationalisierungs- und Privatisierungsprozesse sind oft keine „eins zu eins Verlagerung“ von Verantwortung der Staaten an private oder internationale Instanzen. Es ist vielmehr so, dass diese Instanzen mehr Verantwortung gewinnen als die Staaten abgeben. Internationalisierung und Privatisierung bedeuten also nicht, dass private und internationale Institutionen an die Stelle des klassischen Nationalstaates treten. Sie treten vielmehr neben ihn.

Geht man damit weiterhin davon aus, dass sich diese Kräfteverhältnisse innerhalb von Staatlichkeit auch jeweils unterschiedlich auswirken können, so könnte dies einen Erklärungsansatz für aktuelle „Kohärenzprobleme“ internationaler Politik sein. Die in jeder spezifischen Verdichtung manifestierten (Klassen-)Interessen könnten demnach Hinweise darauf geben, warum bestimmte internationale Recht-Regime durchsetzungsfähiger sind als andere. Deutlich

wird dies beispielsweise an der Frage, wieso im Falle eines Konflikts einer Regelung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) mit internationalen Vereinbarungen zum Umwelt- oder Arbeitsschutz in der Regel die WTO-Regelung obsiegt, während die ebenfalls zwischen Staaten getroffenen Vereinbarungen im sozialen und ökologischen Bereich hinten anstehen. Wirksam sind diese Mechanismen deshalb, weil die Nichtbefolgung oder Außerkraftsetzung dieser Normen höhere Kosten im wirtschaftlichen Verkehr verursachen würden, als ohne diese Infrastruktur bei gelegentlicher Ausnutzung individueller Vorteile an Extraprofiten entsteht. Eine Erkenntnis könnte daher sein, dass es eben nicht reicht, neben internationalen Vereinbarungen im wirtschaftlichen Bereich auch Abkommen im sozialen Bereich zu schließen. Die Auseinandersetzung ist vielmehr auch innerhalb der jeweiligen internationalen Institutionen zu suchen.

## Fazit

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass sich Staatlichkeit in den letzten Jahrzehnten massiv verändert hat. Aus dem Blick auf sich entwickelnde Staatlichkeit auf verschiedenen internationalen Ebenen muss im nächsten Schritt die Forderung und programmatische Ausarbeitung demokratischer Einwirkungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen erfolgen. Gerade diese Debatte ist aber noch völlig unterbelichtet und kommt über wohl kaum realisierbare Forderungen wie die nach einem „Weltparlament“ kaum hinaus.

Ein erster Schritt könnte sein, die Konflikte und Brüche zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Staatlichkeit zu politisieren und die dahinter liegenden Interessengegensätze aufzuzeigen. Und so kann auch das Nachzeichnen der Entwicklung von Staatlichkeit aus dem nationalstaatlichen hin in den internationalen Raum hinein u.U. helfen aufzuzeigen, wie welche auch auf nationalstaatlicher Ebene aktiven Akteure an welchen Orten in gesellschaftliche und ökonomische Sachverhalte eingreifen.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zur internationalisierten Staatlichkeit müssten Fragen der Wirtschafts- und Sozialverfassung stehen. Während im Bereich der Grund- und Menschenrechte eine zunehmende Dichte an auch ineinander greifenden internationalen Regelungsmechanismen besteht, so ist die im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik äußerst dünn. Zwingende Voraussetzung für die Ausweitung von demokratischem und sozialem Einfluss ist darüber hinaus, dass auch die Organisationen der politischen Linken mitwachsen. Politische Auseinandersetzungen im Mehrebenensystem? können nicht ohne internationale Kooperationen von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen geführt werden.

Und so ist Staatlichkeit weder tot noch ein uneingeschränkter Heilsbringer, sondern trägt – in neuer Ausprägung – wiederum sowohl die Möglichkeiten zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft wie auch zur Umgestaltung hin zu einer sozialen Demokratie in sich. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

☞ Jan Schwarz ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Weyhausen.

### Literatur:

- Andreas Fischer-Lescano/ Florian Rödl/ Christoph U. Schmid: Europäische Gesellschaftsverfassung – Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa, Baden-Baden 2010.
- Andreas Fisahn: Herrschaft im Wandel, Köln 2008.
- Nicos Poulantzas: Staatstheorie, Hamburg 2002.
- Lars Bretthauer/ Alexander Gallas/ John Kannankulam/ Ingo Stützle: Poulantzas lesen, Hamburg 2006.
- Claudia Bogedan/ Cordula Drautz/ Thilo Scholle: Der Staat ist tot, es lebe der Staat, Argumente Heft 2/ 2006.
- Harald Neubert: Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei, Hamburg 2001.
- Thilo Scholle: Globalisierung und die Theorie des Staates – Einige Gedanken zum 70. Geburtstag von Nicos Poulantzas, Forum Recht, Heft 4/ 2006.
- Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg 2000.
- Kai Burmeister/ Cordula Drautz/ Tobias Gombert/ Thilo Scholle: Das vergessene Thema: Linkes Staatsverständnis bei den Jusos – ein Aufruf zur Debatte, Argumente Heft 2/ 2005
- Christoph Butterwegge: SPD und Staat heute. Ein Beitrag zur Staatstheorie und zur Geschichte der westdeutschen Sozialdemokratie, Berlin, 1979.
- Robert Katzenstein: Zur Theorie des Stamokap. Prokla Heft 8/9
- Karl Marx/ Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, MEW Band 3, Berlin 1969.
- Dies.: Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Band 23, Berlin 1972.

Der Artikel ist eine Zweitveröffentlichung aus dem Sammelband Sascha Vogt (Hg.): JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum, spw-Verlag Dortmund 2011.

## Die ökonomische Krise und die akademische Wirtschaftswissenschaft

von Arne Heise



In den 1970er und 1980er Jahren herrschte weltweit in der Wirtschaftswissenschaft ein ‚Krieg der Paradigmen‘: Nach der ‚Keynesianischen Revolution‘ im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und die Publikation der ‚Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes‘ im Jahr 1936 durch John Maynard Keynes, steigerte sich die Unzufriedenheit führender und einflussreicher Ökonomen (u.a. John Kenneth Galbraith von der Harvard University und Lord Kaldor von der Cambridge University) mit dem Versanden dieser ‚Revolution‘ durch die Vereinnahmung der Keyneschen Ideen durch den neoklassischen (marktapologetischen und gesellschaftskonservierenden) Mainstream. Sie gipfelte in der Beobachtung der britischen Ökonomin Joan Robinson, dass die Wirtschaftswissenschaft sich in ihrer 2. Krise befinde und es deshalb einer Erneuerung der Revolution gegen die neoklassische Orthodoxie bedürfe. Dieser Aufruf muss auch vor dem Hintergrund der Publikation von Piero Sraffas dünnem Bändchen ‚Warenproduktion mittels Waren‘ im Jahr 1960 gesehen werden. Sraffas versprach nicht nur das zentrale Problem der klassischen politischen Ökonomik – die Darlegung einer konsistenten Werttheorie – zu lösen und löste damit eine Renaissance der Lektüre der Werke der ökonomischen ‚Klassik‘ von David Ricardo und Karl Marx aus, sondern dem Kern des neoklassischen Gedankengebäudes – dem zentralen Gleichgewichtsmechanismus des immer wirkenden Ausgleichs von Angebot und Nachfrage mittels Preisanpassung – logische Inkonsistenz nachwies. Im Zuge des Ausbaus des Hochschulwesens in allen hochentwickelten Ländern und der zeitgleich sich herausbildenden Studentenbewegung kam dann es zu einer inhaltlichen Öffnung und Pluralisierung der Wirtschaftswissenschaften.

Was so als Entwicklungstendenz für alle Länder der westlichen Welt in dieser Zeit galt, ließ sich auch in (West-) Deutschland beobachten: Insbesondere an den neugegründeten Reform-Universitäten (und Gesamthochschulen) bekamen zumeist junge Wissenschaftler Professuren, die den neoklassischen Mainstream ablehnten und für eine ‚wissenschaftliche Revolution‘, also eine Durchsetzung ihres jeweiligen Paradigmas als neuem Mainstream, arbeiteten und argumentierten. Das vorläufige Ende der Geschichte ist bekannt: Eine solche Ablösung des neoklassischen Mainstreams durch ein anderes, heterodoxes Paradigma hat es nie (und nirgends) gegeben. Aus der komfortablen Position einer relativen Pluralität der ökonomischen Lehrmeinungen an deutschen Universitäten ist eine fast komplette Dominanz des (immer formaler und realitätsferner werdenden) neoklassischen Mainstreams geworden. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die immer einseitiger werdende Ausbildung der Studierenden, sondern auch die Politikberatung bis hin zur neoliberalen Infiltration der Sozialdemokratie und anderer ‚linker‘ Formationen. Der Theoriehistoriker John King prophezeite deshalb den heterodoxen Alternativparadigmen im Jahr 2002 ein langsames Aussterben bis zum Jahr 2020. Es sei denn, es gäbe eine neuerliche dramatische realwirtschaftliche Verwerfung – also eine neue ‚Weltwirtschaftskrise‘ – wie in den 1930er Jahren, die in den Modellen und Prognosen des hyperstabilen neoklassischen Mainstreams nicht vorkommt und deshalb als empirische Widerlegung gedeutet werden könnte. Unter diesen Umständen würden dann, so seine Voraussicht, heterodoxe Erklärungsansätze wieder hoffähig werden und Zulauf von Wissenschaftlern erhalten, die wirklich an Problemlösungen interessiert sind.

Was King kaum für möglich gehalten hat, ist mit der Weltfinanzkrise ab 2008 eingetreten: Eine realwirtschaftliche Verwerfung, die nur durch wirtschaftspolitische Eingriffe von Regierungen und Zentralbanken stabilisiert werden konnte, die gegen alle Mainstream-Empfehlungen verstießen: Flutung der Finanzmärkte mit Liquidität, mehr oder weniger große Konjunkturprogramme, Bankenverstaatlichungen(!). Und tatsächlich hielt die Mainstream-Ökonomik einen Moment lang betroffen inne und fragte sich, ‚Wie sich die Ökonomik so täuschen konnte‘ (Nobelpreisträger Paul Krugman) oder verlangt gar nach einem grundsätzlichen Umdenken (EX-IWF-Chefökonom Joseph Stiglitz). Wer allerdings glaubte, und diese Hoffnung konnte ja durch die Tatsache genährt werden, dass mit Hyman Minskys ‚Finanzieller Instabilitätshypothese‘ ein heterodoxer Theorieansatz bereit steht, der nicht nur den Verlauf der Weltfinanzkrise (*ex post*) hervorragend erklärt, sondern eine solche Entwicklung gar (*ex ante*) prognostiziert hatte, dass nun die heterodoxe Wirtschaftswissenschaft Oberwasser bekommen müsste und die neoklassische Mainstream-Ökonomik sich kleinlaut geschlagen geben würde, sah sich vollends getäuscht: Neben abstrusen Erklärungsversuchen (unerwartete Produktivitätsschocks!) wurde vor allem auf altbekannte Formen des Marktversagens (z.B. asymmetrische Informationsverteilung) zurückgegriffen, um die Krisenerklärung innerhalb des eigenen Paradigmas wenigstens *ex post* zu ermöglichen und somit der empirischen Widerlegung zu entgehen. Und die Verleihung des Ökonomie-Nobelpreises 2011 an zwei der dogmatischsten Vertreter der Mainstream-Ökonomie (Thomas Sargent und Christopher Sims) muss als ausdrückliches Signal verstanden werden, dass das ‚neoklassische Imperium‘ noch jederzeit zurückschlagen kann.

Auch in Deutschland sieht es nicht besser aus: Die praktizierte Wirtschaftspolitik wie auch die ökonomische Politikberatung durch

den Sachverständigenrat (SVR) oder die großen Forschungsinstitute (DIW, RWI, ...) sind längst wieder zu jener Orientierung (restriktive Haushaltskonsolidierung, Preisstabilität, Arbeitsmarktflexibilisierung, ...) zurückgekehrt, die unsäglich bekannt ist und nichts von einem Lernprozess andeutet. In einem Streit um die Besetzung von VWL-Professuren an der Universität zu Köln setzten sich junge an der amerikanischen Mainstream-Ökonomik orientierte und um die internationale Reputation bekümmerte Ordinarien gegen Forderungen durch, die ordnungspolitische Tradition in Köln fortzusetzen. Es ging hier also nicht darum, durch Berufung heterodoxer Professoren endlich etwas mehr Pluralität an die Uni Köln zu holen, sondern lediglich eine weniger formale, stärker wirtschaftspolitisch denn -theoretisch orientierte Variante der Mainstream-Ökonomik zu schützen. Selbst dies misslang.

Wissenschaftliche Revolutionen entstehen nicht dadurch, dass Anhänger eines Paradigmas erkennen, dass ihr Weltbild falsch ist und sie sich folglich bekehren lassen. Sie entstehen ausschließlich dadurch, dass die Anhänger des alten Paradigmas langsam aussterben und sich die jungen Wissenschaftler einem anderen Paradigma zuwenden. Dies setzt allerdings voraus, dass junge Anhänger des neuen Paradigmas auf freierwerbende Professuren berufen werden – zumindest in den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen deutscher Universitäten ist hiervon nichts zu sehen und auch nicht zu erwarten, wenn nicht institutionelle Anreize (z.B. ein Gebot der paradigmatischen Pluralität oder eine an Pluralität gebundene Mittelvergabe) geschaffen werden. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

## Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

### Der ganz alltägliche Sexismus...

**60.000** und immer mehr Frauen und Männer folgen unter dem hashtag #aufschrei der Aufforderung ihre Erlebnisse zum Thema Sexismus zu berichten. Nun ist das Thema in aller Munde. Und das ist gut so. Die Bemühungen von Frauenrechtlerinnen, die Erfahrungen von Diskriminierung, Oppression bis hin zur Gewalt gegen Frauen zum öffentlichen Thema zu machen, erfahren nun einen neuen Resonanzboden.

Unabhängig dieser international eher sonderbar anmutenden deutschen Debatte, rufen Frauenrechtlerinnen für den 14.2.2013 weltweit dazu auf, sich zu erheben: One billion rising – gegen Gewalt an Frauen. Denn eine von drei Frauen wird weltweit im Laufe ihres Lebens geschlagen oder vergewaltigt. Das sind eine Milliarde Frauen, denen körperliche Gewalt angetan wird. Doch Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Sie kann offensichtlich sein, wie im Fall der Studentin in Indien, die brutalst in einem Bus vergewaltigt wurde. Oder die obdachlose Frau, die in Berlin Ende Januar derart misshandelt und vergewaltigt wurde, dass sie in Lebensgefahr schwebte. Gewalt kann aber auch verschleiert daher kommen, wenn sie zur „Normalität“ gemacht wird. Etwa wenn Frauen vor allem über ihr biologisches Geschlecht wahrgenommen und darauf reduziert werden. Dieser alltägliche Sexismus unterstützt ein gesellschaftliches Klima, in dem Frauen lieber schweigen als zu protestieren. Denn wenn Frauen sexistische Sprüche, übergriffiges Verhalten, körperliche Übergriffe zur Sprache bringen, können sie nicht mit der ungeteilten gesellschaftlichen Solidarität rechnen. Frauen wird oft unterstellt, mit ihrem Verhalten provoziert oder etwas missverstanden zu haben. Sie werden als humorlos oder zickig dargestellt, gelten wahlweise als frigide oder

lüstern. Somit fürchten Frauen, wenn sie das Wort ergreifen und sich zur Wehr setzen, auch in zweiter Instanz gedemütigt und herabgesetzt zu werden.

Die Debatte um das Verhalten Rainer Brüderles, dessen Berichterstattung den Stein ins Rollen gebracht hatte, zeigt genau dieses Muster. Wieso stellen Männer (und Frauen) sich jetzt hin und sagen, dass man als Folge der Ereignisse und ihrer Debatte mit Frauen nicht mehr allein im Aufzug fahren könne oder nicht mehr nett sein dürfe. Warum? Als vernunftbegabte Wesen sind Männer doch selbst in der Lage zu steuern, ob sie sich sexistisch verhalten. Es wären viele Sprüche in der besagten Situation möglich gewesen, die es ermöglicht hätten, nicht über Politik aber auch nicht über die Geschlechtsmerkmale des Gegenübers zu sprechen. Oder können sie sich vorstellen, dass in einer ähnlichen Situation Hannelore Kraft oder Angela Merkel zu einem Journalisten sagen: „Mit diesem Knackarsch hätten sie auch Fotomodell werden können.“ Nein? Also! Und trotzdem finden auch sie Gesprächspunkte. Und wer es nicht kann, kann es lernen, dafür gibt es Smalltalk Trainings! Also, was soll die Debatte – außer patriarchales und sexistisches Verhalten weiterhin zu legitimieren. Deshalb muss unverändert gelten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

Was wir deshalb brauchen, ist eine konsequente Anti-Sexismus-Erziehung. Es muss klar sein, dass es sich dabei nicht um ein gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten handelt. Nur so ermöglichen wir Frauen, ihre Stimme zu erheben und sich zu wehren. Wir müssen die Betroffenen schützen, aber wir müssen vor allem Vorsorge treffen, dass wir in einer Gesellschaft leben können, in dem vom vermeintlich harmlosen Herrenwitz bis zur körperlichen Gewalt, die Missachtung von Frauen gesellschaftlich geächtet wird. ■

↳ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

# Forschen für den Frieden

## – Die Zivilklauseldebatte in Bremen

von Stefan Weger

Die Debatte um die Beibehaltung der Zivilklausel an der Universität Bremen ist ein Paradebeispiel dafür, wie studentische Hochschulpolitik im Schulterchluss mit den Jusos und der Partei dieses wichtige Thema voranbringen kann. Man bewegt sich hier jedoch auf einem Terrain, welches von starken politischen und ökonomischen Machtinteressen durchzogen ist, wodurch es für zivilgesellschaftliche und parteipolitische Akteure eine durchaus anspruchsvolle Thematik darstellt.

### Sinn und Zweck einer Zivilklausel

Man kann guten Rechtes annehmen, dass zumindest ein Forschungsprojekt mit direktem militärischen Nutzen an so gut wie jeder größeren Hochschule in Deutschland bereits stattgefunden hat. Das Problem ist jedoch: Es weiß niemand. Es kann im Regelfall auch niemand wissen, denn in der Rüstungsforschung, wie in der dafür arbeitenden Rüstungsindustrie gilt, dass der eigene ökonomische wie auch militärstrategische Vorteil stets in der Geheimhaltung besteht, was Transparenz und eine öffentliche Debatte eigentlich ausschließt. Rüstungsforschung an deutschen Hochschulen ist demnach sehr eng verbunden mit Geheimhaltungsklauseln und einer verabredeten Zurückhaltung gegenüber Veröffentlichungen, welche zumeist auf eine bestimmte Anzahl von Jahren festgelegt wird.

Es ist somit sehr schwer hinter mögliche Forschungsprojekte mit Rüstungsgehalt zu kommen. Doch was nützt hier eine Zivilklausel? Zuerst einmal sind die vorhandene Zivilklauseln Absichtserklärungen für eine zivile Wissenschaft. Forschung soll für eine positive Entwicklung der Menschheit dienlich sein und nicht dafür missbraucht werden, militä-

rischen Zwecken zu dienen. Viele Zivilklauseln, wie bspw. die 1986 an der Universität Bremen beschlossene und 1992 bestätigte, enthalten dazu keine harten Regulationen, sondern fordern, wie im Bremer Beispiel, lediglich zur Ablehnung von Forschungsgeldern zu Rüstungszwecken auf.<sup>1</sup>

Aber kommen wir zu den Gegenargumenten einer Zivilklausel. In vielen Gesprächen wurde der Vorwurf laut, man würde ja jede Form von militärischem Eingreifen ablehnen und sei von weltfremdem Pazifismus befallen. Dies ist jedoch gleich aus mehreren Gründen widerlegbar.<sup>2</sup>

1. Die Ablehnung öffentlicher Rüstungsforschung ist nicht gleichbedeutend mit einem Urteil über Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir haben es weltweit mit einem fast ausschließlich privaten Produktionsnetz von Rüstungsgütern zu tun, weswegen die Einschränkung öffentlicher Forschung an Militärtechnologie keinen restriktiven Einfluss auf die Möglichkeiten der privaten Unternehmen zur eigenen „Produktentwicklung“ hat.<sup>3</sup>
2. Eben dieser privater Rüstungsmarkt führt dazu, dass öffentlich-finanzierte Rüstungsforschung zu einer quasi Subvention des Rüstungssektors wird. Private Rüstungsunternehmen zahlen im Regelfall nicht die volle Summe (oft noch nicht einmal den Großteil) bspw. von Stiftungs-

<sup>1</sup> [http://www.microenergy-foundation.com/natwiss/fileadmin/user\\_upload/Erklaerung\\_HsF.pdf](http://www.microenergy-foundation.com/natwiss/fileadmin/user_upload/Erklaerung_HsF.pdf)

<sup>2</sup> Die Diskussion nach der Sinnhaftigkeit von Pazifismus, Antimilitarismus und humanitären Interventionen möchte ich an dieser Stelle bewusst ausklammern.

<sup>3</sup> Die Frage, ob es überhaupt eine private Rüstungsindustrie geben sollte, spare ich an diese Stelle aus.

professuren, welche auch Forschung für sie durchführen. Dadurch findet eine Ko-Finanzierung des Staates von normalerweise nicht-öffentlichen Forschungsergebnissen statt, welche wiederum zur Entwicklung von Produkten führen, bei welchen der größte Abnehmer wieder die öffentlichen Einrichtungen sind. Wo jedes normale Unternehmen früher mal eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung mit wissenschaftlichen Fachkräften besetzt hat, wird heute durch outsourcing die öffentliche Hand zwecks Profitmaximierung schon bei der Entwicklung mit zur Kasse gebeten.

3. Wer sich mit intra-, trans- und internationalen bewaffneten Konflikten beschäftigt, der weiß, dass es bereits mehr als genug Rüstungsprodukte gibt und eine weitere Entwicklung lediglich der Steigerung einer Asymmetrie in Konfliktsituationen zuträglich ist. Was bedeuten soll, dass Rüstungsforschung heute vorrangig darauf abzielt, den Menschen eine extreme Ungleichheit in Gefechtsituationen herzustellen, wodurch ganze Kriege nur noch über den Computer geführt werden können. Zumindest von der stärkeren, hochgerüsteten Seite. Das Argument, dass Rüstungsforschung notwendig ist um nicht unterausgestattet einem möglichen Gegner gegenüber zu treten, entbehrt jeder Grundlage.

Die Frage nach einer Zivilklausel hat jedoch auch starke personelle Auswirkungen. Das akademische Personal in der Forschung befindet sich momentan unter einem zunehmenden Druck der Anwerbung von Drittmitteln. Die Summe der eingeworbenen Drittmittel dient nicht nur als Qualitätskriterium bei der Stellenvergabe, sondern ermöglichterst vielen Forschenden die Finanzierung ihrer Vorhaben. Dies ist gerade im sogenannten Nachwuchsbereich unterhalb einer unbefristeten Festanstellung (welche im Regelfall

nur eine Professur bietet) der Fall. Indirekt hat Rüstungsforschung darüber hinaus auch auf die Studierenden einen gewissen Einfluss. Folgt man dem alten humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre, so wird und soll die Lehre stets auch der Forschung des wissenschaftlichen Apparates folgen. Dies führt u.a. zu so großartigen Veranstaltungen wie Vorlesungen zu Wehrökonomie an der TU Berlin oder dem Studiengang Military Studies an der Uni Potsdam. Wobei letztere darüber hinausgehend dem recht klaren Ausbildungsziel zivilen Nachwuchsfür militärische Zwecke (bspw. im Verteidigungsministerium) folgt.

### Die Bremer Debatte 2011/12 – OHB, der AstA und ein Senator

In Bremen entzündete sich Anfang 2011 die Debatte entlang einer geplanten Stiftungsprofessur des Bremer Unternehmens OHB Systems. Hierbei handelt es sich um ein Unternehmen, welches maßgeblich in der Raumfahrtforschung arbeitet und dabei auch für die Bundeswehr produziert. Der Bremer AstA unter Vorsitz der als Juso-Hochschulgruppe anerkannten Liste „AstA für Alle (AfA)“ störte sich an dieser Tatsache, sah in der entstehenden Stiftungsprofessur einen Bruch mit der Zivilklausel und machte dies lautstark publik. Nachdem ein Antrag der Linksfraktion in der Bremer Bürgerschaft gescheitert war, wurde im Anschluss an die universitätsinterne Debatte ein Beschluss<sup>4</sup> auf Vorlage von SPD und Grünen<sup>5</sup> erreicht.

Dies war Anlass zu weiterer Kritik und bildete die Grundlage für die nun folgende Debatte, da die Bürgerschaft die Selbstverpflichtung der Universitäten an erste Priorität setzte und dazu noch eine Überarbeitung der vorhandenen Zivilklausel der Uni Bremen anregte. Eine solche Überarbeitung wurde aufgefasst als Möglichkeit zur Verwässerung der

<sup>4</sup> Bremische Bürgerschaft Beschluss Nr.17/1560

<sup>5</sup> Drucksache 17/1772

Bremer Zivilklausel und war entsprechend Bestandteil von Kritik.<sup>6</sup>

Infolge dieser Kritik wurde die Universität seitens des Unternehmens OHB<sup>7</sup> als auch der Bremer Stadtpolitik, in Gestalt des Wirtschaftssenators Günthner (SPD),<sup>8</sup> massiv unter Druck gesetzt. OHB bekannte sich in einem Zeitungsinterview klar als Unternehmen, welches für die Bundeswehr arbeitet und eher das Engagement an der Universität einstellen würde, denn ihren Kunden zu verlieren. Der SPD-Senator sah die Forderung einer Abänderung der Zivilklausel durch das Unternehmen OHB als wenig problematisch an, da es sich bei OHB um ein Familienunternehmen handeln würde, welches sehr zur Profilierung des Standorts Bremen beigetragen hätte. Günthner selbst bestreitet dabei, dass es sich bei dem Konzern um einen Rüstungskonzern handelt.

Ende Januar 2012 stand dann im Akademischen Senat die Entscheidung an, ob die Zivilklausel einer Überarbeitung unterzogen werden sollte oder nicht. Im Vorfeld fand eine klare Positionierung der beiden Konfliktparteien statt. Auf der einen Seite Arnim von Gleich<sup>9</sup>, Professor und Dekan des Fachbereichs Produktionstechnik sowie ehemaliger Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Grünen, welcher in der Zivilklausel lediglich eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit sah. Auf der anderen Seite der AstA-Aktivist Sören Böhrnsen und Andreas Fischer-Lescano, letzterer ist Professor für Rechtswissenschaften in Bremen und Geschäftsführer des universitären Zentrums für europäische Rechtspolitik.<sup>10</sup>

Unter dem öffentlichen Druck, sowie dem einer Demonstration, welche die kompletten Gästereihen im Akademischen Senat ausfüllte,

kam der Akademische Senat nach recht kurzer Debatte zu dem Schluss, dass die Zivilklausel doch so wie bisher beibehalten werden sollte. Sie erfuhr sogar eine symbolische Aufwertung durch die Aufnahme in die Leitziele der Universität. Der AstA der Uni Bremen hatte über den Weg der Jusos jedoch längst den Weg zu einer gesetzlichen Regelung angetreten, welches bereits in der Pressemitteilung zur Entscheidung des Akademischen Senats seinen Ausdruck fand.<sup>11</sup>

### Auf dem Weg zur gesetzlichen Zivilklausel

Durch die enge Kooperation, auch aufgrund starker personeller Überschneidungen, zwischen der Hochschulgruppe und dem örtlichen Juso Unterbezirk, war es möglich einen Antrag zur gesetzlichen Verankerung der Zivilklausel als SPD Landesparteitagsbeschluss zu erwirken.<sup>12</sup> Dieser Prozess geschah bereits deutlich im Vorfeld der Entscheidung des Akademischen Senats.

Es folgten mehrere Monate der Aushandlung zwischen den beiden Koalitionspartnern SPD und Grünen unter Einmischung der Rektor\*innen des Landes Bremen.<sup>13</sup> Den notwendigen politischen Druck ergab dann die Aufdeckung eines Kooperationsprojektes zwischen Uni Bremen, OHB und Luftwaffe, wohl auch noch unter Einflussnahme des Verteidigungsministeriums.<sup>14</sup> Hieraufhin wurde die Prüfung einer Zivilklausel auf Antrag von SPD und Grünen durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen. Auf ein Ergebnis des Prozesses lässt sich jedoch, vor allem aufgrund der Unei-

6 [http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2\\_artikel,-Weiter-Streit-um-OHB-Stiftung-\\_arid,245230.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel,-Weiter-Streit-um-OHB-Stiftung-_arid,245230.html)

7 [http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2\\_artikel,-OHB-Chef-droht-mit-Ausstieg-\\_arid,246142.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-OHB-Chef-droht-mit-Ausstieg-_arid,246142.html)

8 [http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2\\_artikel,-Guenthner-setzt-sich-fuer-OHB-Professur-ein-\\_arid,246488.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft2_artikel,-Guenthner-setzt-sich-fuer-OHB-Professur-ein-_arid,246488.html)

9 <http://www.taz.de/186294/>

10 <http://www.taz.de/186144/>

11 <http://www.asta.uni-bremen.de/wp-content/uploads/2012/01/PM-AStA-zum-Erhalt-der-Zivilklausel.pdf>

12 <http://www.asta.uni-bremen.de/wp-content/uploads/2012/01/PM-AStA-fordert-gesetzliche-Verankerung-der-Zivilklausel.pdf>

13 <http://www.asta.uni-bremen.de/wp-content/uploads/2012/03/AStA-Pressemitteilung-07.03.2012-Altherrenrunde-will-Zivilklauselgesetz-verhindern.pdf>

14 <http://www.radiobremen.de/wissen/nachrichten/wissenunibremen-zivilklausel02.html> sowie [http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2\\_artikel,-Universitaet-forscht-trotz-Zivilklausel-fuer-Militaer-\\_arid,128859.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel,-Universitaet-forscht-trotz-Zivilklausel-fuer-Militaer-_arid,128859.html) und <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/ruestung-an-der-uni-studenten-kaempfen-gegen-militaerforschung-a-843535.html>

nigkeit der Bremer Grünen bei diesem Thema, bis heute warten.

## Vor- und Nachteile einer gesetzlichen Verankerung

Die Debatte innerhalb der Grünen ist durchaus repräsentativ für die Debatte hinsichtlich einer gesetzlichen Zivilklausel an vielen weiteren Stellen. Immer wieder wird mit der Wissenschaftsfreiheit argumentiert. Ein Argument, welches bereits bei der Debatte um die Einführung oder Erhaltung von Zivilklauseln an den einzelnen Hochschulen starke Berücksichtigung erfährt. Dabei ist die Verpflichtung auf zivile Forschung besonders unter Berücksichtigung des oben bereits erwähnten ökonomischen Drucks auf Forscher\*innen ein Mittel, welches zu mehr Freiheit im Wissenschaftsbetrieb führen kann. Wissenschaftlich Tätige ständen bei Ablehnung entsprechender Forschungsgelder nicht mehr unter Rechtfertigungsdruck. Die Verpflichtung auf zivile Forschung kann somit auch zu Erleichterungen führen.

Ein zweites sehr wichtiges Argument ist die Frage nach Zentralismus und Hochschulautonomie. Ein Landesgesetz stellt, freilich weniger als ein Bundesgesetz oder die EU Rechtsprechung, ein zentralistisches Instrument der Hochschulsteuerung dar. Die Autonomie der Hochschulen im Gegensatz ist ganz auf weitreichende, dezentrale Entscheidungsstrukturen ausgelegt. Es besteht also ein Spannungsfeld zwischen dezentraler Verankerung und zentraler Steuerung.

Auch wenn man kein Freund von zentralistischen Prozessen sein sollte, ist der AstA zu der Position gekommen, dass eine solche Gesetzespassage sehr wünschenswert wäre. Elementar sind zwei Punkte: Erstens ist die Hochschulautonomie nur bedingt von einem echten demokratischen System untermauert. Der Akademische Senat ist, wie in allen Bundesländern, mit professoraler Mehrheit ausge-

stattet, was ein echtes demokratisches Abbild der Sozialstruktur des Raumes Hochschule, in welcher die Professor\*innen lediglich eine verschwindend kleine Minderheit darstellen, nicht zulässt. Die nächst höhere, demokratisch legitimierte und auch sachlich zuständige Einheit ist in diesem Fall nun mal der Landtag.

Hinzukommt ein zweites, durchaus pragmatisches Argument. Die politische Interessensvertretung der Studierendenschaft ist im Regelfall aufgrund der Bologna-Reform extrem unter Zeitdruck, bei gleichzeitiger kürzerer Legislaturdauern, aufgrund der immer kürzer werdenden Studienzeiten. Dadurch herrscht nicht ansatzweise „politische Waffengleichheit“, weswegen der Umweg über die Partei in die Landesparlamente eine unter pragmatischen Gesichtspunkten durchaus vertretbare Option darstellt.

## Gesetzliche Zivilklauseln als moderner Ausdruck linker Sozialdemokratie

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es Aufgabe einer linken Sozialdemokratie sein muss, sich auch dem Einfluss von Rüstungsunternehmen in den Weg zu stellen. Dies gilt natürlich besonders dort, wo direkte oder indirekte Einflussnahme auf die Bildung und damit das Bewusstsein heranwachsender Menschen zur Disposition steht. Ausdruck echter, linker Sozialdemokratie muss der Kampf nach einflussfreier Bildung und Forschung sein und ist somit auch ein Streiten für Zivilklauseln in den Ländern und, bei einer möglichen Neugestaltung eines Bundeshochschulgesetzes, auch auf Bundesebene. ■

↳ Stefan Weger, Mitglied des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen, war von 2011 bis 2012 AstA Vorsitzender an der Uni Bremen.

## „Europa“ in den anstehenden Wahlkämpfen

Wie die SPD mit mehrheitsfähigen Positionen überzeugen kann

von Philipp Steinberg

Die meisten Beobachter sind sich einig: „Europa“ und die Politik zur Eindämmung der Krise in der Eurozone sind nicht die Themen, welche die SPD in den anstehenden Wahlkämpfen in den Vordergrund stellen sollte. Und das ist nicht „nur“ die Bundestagswahl – der Europawahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament steht im Juni 2014 an, und folgt damit dem Bundestagswahlkampf nahtlos – auch wenn das im öffentlichen Bewusstsein noch nicht wirklich verankert ist.

Richtig ist: Mit ausschließlich solidaritätsgetriebener Europalyrik lassen sich die Themen nicht popularisieren, und damit Mehrheiten gewinnen – so wichtig Solidarität auch ist. Eine überzeugende europapolitische „Erzählung“ wird aber notwendig sein – denn es wird nicht gelingen, „Europa“ aus dem Bundestagswahlkampf vollständig herauszuhalten.

### Auf die richtige Krisendiagnose kommt es an

Erfolgt allerdings eine richtige Krisendiagnose, ergeben sich daraus fast zwangsläufig Lösungen, die sich auch innenpolitisch argumentieren lassen. Diese Lösungen sind durchaus dazu angetan, als Profilierungsthemen im Bundestags- und Europawahlkampf zu dienen.

Für die Konservativen ist die Krise allein eine Staatsschuldenkrise. Angela Merkel hat sich ständig darüber verbreitet, dass alle Krisenländer über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Selbst den Menschen in Deutschland hat Merkel das vorgeworfen.

Irland und Spanien hatten aber bis zum Ausbruch der Finanzkrise mustergültige öf-

fentliche Finanzen, erwirtschafteten sogar Überschüsse und hielten den Euro-Stabilitätspakt ein. Hier war es die internationale Finanzkrise, die in die Bilanzen einschlug und beide Staaten zwang, sich massiv zu verschulden, um die Banken vor einem Kollaps zu bewahren. Auch Italien konnte aufgrund der hohen privaten Ersparnisse seinen hohen öffentlichen Schuldenstand meistern – bis die Finanzkrise das Vertrauen erschütterte.

Aufgrund der notwendigen Bankenrettung und Konjunkturpakete stieg die Verschuldung in Deutschland von 63 Prozent auf 83 Prozent, in Irland von 30 Prozent auf über 100 Prozent, und in Spanien von 58 Prozent auf knapp 90 Prozent des BIP. Der Grund der Verschuldung in diesen Ländern ist also nicht darin zu suchen, dass die Menschen über ihre Verhältnisse gelebt haben!

Und weil die Diagnose der Krise als alleinige „Staatsschuldenkrise“ in der Eurozone falsch ist, verfolgen die Konservativen die nach wie vor falsche Therapie.

Sie verkennen, dass die Krise in erster Linie eine Banken- und Finanzmarktkrise und eine Krise wirtschaftlicher Ungleichgewichte ist. Und die Versäumnisse in diesem Bereich anzuprangern, ist auch für wahlkämpfende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durchaus weiterführend.

Deswegen muss der erste Ansatzpunkt zur Überwindung der Krise eine wirkungsvolle Banken- und Finanzmarktregulierung sein. Denn die ergriffenen Maßnahmen reichen – entgegen den vollmundigen Ankündigungen – bei weitem nicht aus. Dies muss der Angriffspunkt der SPD sein.

Das in Pittsburgh 2009 vereinbarte Ziel, dass kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt in Zukunft unreguliert sein dürfen, wurde bis heute nicht erreicht. Wenn Wolfgang Schäuble nun vollmundig verkündet, 80 Prozent der Beschlüsse von Pittsburgh seien umgesetzt worden, spricht das für eine hohe Fähigkeit zur Autosuggestion. Schäuble verkennt, dass Resultate zählen.

Denn auf den europäischen Märkten geht der Wildwuchs weiter. Banken erpressen nach wie vor Staaten und führen sich teilweise auf, als stünden sie über den Gesetzen.

Die Resultate der Merkelschen Ankündigungs- und Schiebepolitik sind schon heute als desaströs zu bezeichnen:

- Der Schattenbankensektor – also Hedge-Fonds, Private Equity Fonds und andere Finanzmarktakteure– ist nach wie vor unreguliert. Hier kommt Merkel über Absichtserklärungen nicht hinaus.
- Geschäfte mit Derivaten finden weiter großteils im rechtsfreien Raum statt; die erfolgten Regulierungsschritte – „standardisierte Derivate“ sollen auf Plattformen gehandelt werden – sind allenfalls ein Placebo. Wer nicht standardisieren und auf Plattformen handeln will, der lässt es eben.
- Eine Entflechtung und Reduzierung der Systemrelevanz der Finanzinstitute wird zwar immer wieder angekündigt. Merkel & Co wehren sich aber zusammen mit der Bankenlobby gegen die Umsetzung dieser Prinzipien, unter anderem durch die Einführung einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking.
- Die Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten – allein in Deutschland über 180 Mrd. Euro an direkten Kosten, die indirekten Kosten sind um ein Vielfaches

höher – ist nicht erfolgt. Die deutsche Bankenabgabe mit einem Volumen von 560 Millionen Euro ist nicht mehr als ein schlechter Witz.

- Eine wirksame Begrenzung der Vergütungssysteme? Fehlanzeige. Das deutsche Gesetz zur Regulierung der Angemessenheit der Vergütungssysteme ist ein Kotau vor der Finanzlobby. Auf europäischer Ebene hat sich Merkel lange gegen wirksame Begrenzungen gewehrt.
- Auch die Umsetzung der höheren Eigenkapitalvorschriften (Basel III) stockt, ebenso wie die Einführung der Europäischen Bankenunion. Die Anführerin der Bremser sitzt in Berlin.
- In vielen Bereichen, wo die Bundesregierung auch national hätte handeln können – bei der Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten, der Verbesserung des Verbraucherschutzes, dem Bankeninsolvenzrecht, dem Recht auf ein Girokonto, der wirksamen Bekämpfung der Steuerkriminalität – hat die Regierung alle Initiativen der SPD ausgebremst. Nach wie vor sind 70.000 Menschen in Deutschland ohne Girokonto! Das ist ein Skandal.

### Stärkung der Binnennachfrage!

Auch die Strukturprobleme im Euroraum, mit massiven Exportüberschüssen von Ländern wie Deutschland oder den Niederlanden einerseits und massiven Importüberschüssen von Ländern wie Griechenland oder Portugal andererseits scheint die Bundesregierung nichts anzugehen. Und auch das ist – anders, als es auf den ersten Blick erscheinen mag – durchaus wahlkampftauglich. Denn hier besteht eine originäre Verbindung zur deutschen Innenpolitik: Deutschland hat einen Leistungsbilanzüberschuss von 5 Prozent, seit der Wiedervereinigung hat Deutschland Gü-

ter und Dienstleistungen im Wert von über 1,5 Billionen Euro mehr verkauft, als eingekauft. Griechenland, Spanien und Portugal haben hohe Leistungsbilanzdefizite.

Das ist problematisch in einer Währungsunion, in welcher unterschiedliches Leistungsvermögen nicht mehr durch Wechselkursanpassungen kompensiert werden kann.

Anders als von Merkel behauptet, lebt Deutschland jedoch damit nicht über seine Verhältnisse – es bleibt deutlich unter seinen Verhältnissen! Wir brauchen in Deutschland eine Politik zur Stärkung der Binnennachfrage:

- Lohnabschlüsse, die Inflation und Produktivitätsfortschritte kompensieren.
- Eine Wirtschaftspolitik, welche die privaten und öffentlichen Investitionsquoten, die unterdurchschnittlich sind, erhöht. Straßen, Schulen und Kindergärten dürfen nicht länger auf Verschleiß gefahren werden!
- Echte Mindestlöhne und eine Re-Regulierung von Leih- und Zeitarbeit.

Das ist nicht nur sozial dringend notwendig, das ist auch wirtschaftlich geboten! Im Wahlkampf wird es notwendig sein, die Verbindung dieser etablierten und mehrheitsfähigen innenpolitischen Positionen zur europapolitischen Debatte aufzuzeigen.

### **In Europa ist etwas aus dem Lot geraten**

Daneben muss die SPD noch mehr als bisher die wachsende Ungleichheit in Europa als soziales, aber auch wirtschaftliches Problem thematisieren! Auch hier sind die Positionen der Partei anschlussfähig und mehrheitsfähig. So ist die große Mehrheit der Deutschen der Meinung, dass Einkommen und Vermögen ungleich verteilt sind. In Deutschland und Europa. Die Anhäufung von Reichtum heizt die Speku-

lation auf den Finanzmärkten an, während die Infrastruktur verkommt.

Deswegen gilt auch auf europäischer Ebene: Wir brauchen eine gerechtere Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Die Forderungen nach Mindestbesteuerung und Angleichung der Grundlagen der Unternehmensbesteuerung in Europa sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer müssen endlich umgesetzt werden. Das geht nur mit einer starken Sozialdemokratie.

Die SPD muss die Untätigkeit der Bundesregierung anprangern, die nichts tut, um unversteuertes Auslandsvermögen einzufrieren, und nachzuersteuern, und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Schätzungen zufolge liegen 100 - 200 Milliarden Euro unbesteuerten Geldes allein aus Griechenland auf ausländischen Konten! Damit könnten bei einer Besteuerung von 25 Prozent 25 - 50 Milliarden Euro eingenommen werden! Die Gerechtigkeitsmaßstäbe der Konservativen sind längst aus dem Lot geraten. Politik, die bei der ersten Möglichkeit fundamentale Werte über den Haufen wirft, wie auch beim Steuerabkommen mit der Schweiz, verliert ihre Glaubwürdigkeit.

### **Ein Projekt für Europa vertreten**

Die SPD muss mutig sein und den Zustand klar benennen. Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone der letzten Monate und die zahllosen Verfassungsgerichtsurteile haben gezeigt: So kann es nicht weitergehen. Wir leben im permanenten verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand. Scheibchenweise werden Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen nicht überschaubar sind. Dieser Befund gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für viele andere Mitgliedsstaaten der EU.

Wir kommen nicht umhin, anzuerkennen: Vor lauter Symptombekämpfung gerät der Blick für die eigentlichen Zukunftsfragen aus dem Blick. Worum sollte es eigentlich gehen?

Es sollte um die Frage gehen, wie die Menschen in Europa zusammen leben wollen. Es geht um das Primat der Menschen über den Markt. Denn eines hat die Krise in der Eurozone mit großer Eindringlichkeit gezeigt: Eine Währungsunion ohne politische Union, ohne Mindeststandards im Bereich der Steuerpolitik, ohne Sozialunion und ohne demokratisch legitimierte Entscheidungsfindungsmechanismen jenseits intergouvernementaler Krisenbekämpfung ist unabdingbar. Gelingt es nicht, sich darauf zu einigen, wird die Eurozone auseinanderbrechen. Das ist kein Alarmismus. Das ist Realität.

Um diese Strukturen zu schaffen, muss der geltende „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ durch einen neuen Grundlagenvertrag zur Gründung einer „Europäischen Politischen Union“ (EPU) ersetzt werden. Dieser ist mit größtmöglicher Transparenz durch einen „Konvent zur Zukunft Europas“ und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

Es müssen innerstaatlich in Deutschland die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit über die Annahme dieses neuen Grundlagenvertrags im Rahmen eines Volksentscheids entschieden werden kann.

Ziel der neuen Grundordnung einer Europäischen Politischen Union müssen vergleichbare und angenäherte Lebensbedingungen sein, und eine Eindämmung des Finanzkapitalismus. Eben kein reines Wettbewerbseuropa, in dem auf einem gemeinsamen Binnenmarkt die Menschen, Unternehmen und Nationen gegeneinander in Stellung gebracht werden – dafür braucht man keine politische Union.

Für eine echte politische Union sind neue demokratische Strukturen nötig und auch die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an die europäische Ebene. Dann können wir uns auch eine echte Notenbank und Eurobonds leisten, weil es dann auch eine gemeinsame Kontrolle von Ausgaben, Finanz- und Steuerpolitik gibt.

Zur realistischen Einschätzung gehört auch: Das werden wir nicht mit allen Mitgliedern der EU-27, und auch nicht der Eurozonen 17 erreichen. Wir werden uns damit abfinden müssen, die schon bestehenden Mechanismen differenzierter Integration auszubauen. Die EU-Kommissarin Vivian Reding und der ehemalige Generaldirektor des Rates, Jean-Claude Piris, haben – neben anderen – wegweisende Vorschläge dazu gemacht.

Wenn Europa in Zukunft mit einer Stimme sprechen will, dann muss es die Stimme seiner Bürgerinnen und Bürger sein. Das sind wir Europa, das sind wir der deutschen und europäischen Bevölkerung schuldig. Es geht um nichts weniger, als Europa demokratisch neu zu begründen. Und dabei muss die Sozialdemokratie richtungsweisend sein und sich an die Spitze der progressiven Kräfte in Europa stellen.

Dieser Weg ist nicht ohne Risiko. Doch nur der Mutige gewinnt. Wir brauchen den Mut, eine grundlegende Debatte über die Zukunft Europas anzustoßen, unter Beteiligung der Bevölkerung. Wir brauchen den Mut, um Europa neu zu denken. Diesen Mut sollte die Sozialdemokratie haben.

Wenn wir die Ursachen der Krise richtig benennen, unsere Vorstellungen bei der Regulierung der Finanzmärkte, der Stärkung der Binnennachfrage und der Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit in Europa in den Mittelpunkt der europapolitischen Wahlkampagne stellen, eine klare Perspektive für Europa aufzeigen und uns nicht in kleinteiligen Diskussionen über die Feinheiten der Rettungsarchitektur ergehen, müssen wir keine Angst vor „Europa“ in den kommenden Wahlkämpfen haben. ■

↳ Dr. Philipp Steinberg ist stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Berlin und Referent des Parteivorsitzenden der SPD.

## Sammelrezension: Linke Weltsichten

von Thilo Scholle

Trotz der seit dem Jahr 2008 andauernden internationalen Finanzkrise ist es der politischen Linken bis heute nicht gelungen, sich mit eigenen Kriseninterpretationen in die breiten öffentlichen Debatten einzuschreiben. Ein Grund dafür könnte sein, dass auch die theoretischen Grundlagen linken Denkens seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation kaum noch debattiert werden. Die hier vorzustellenden Bücher versuchen auf unterschiedliche Weise, verschüttete Theorien zu rekonstruieren und Hinweise für aktuelle Diskussionen zu geben.

### „Linke zwischen den Orthodoxien“

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt mit dem in ihrem Umfeld entstandenen Sammelband „Linke zwischen den Orthodoxien“ ihre Suche nach Anknüpfungspunkten im kritischen Denken jenseits des Parteikommunismus und der Sozialdemokratie fort. Die 13 Beiträge widmen sich vor allem Ansätzen kritischen Denkens in West- und Ostdeutschland seit den 1960er Jahren. So schreibt u.a. Edelbert Richter über den „linken Flügel“ der DDR-Bürgerrechtsbewegung und Andreas Heyer über die marxistisch-orientierten Kritiker des „realen Sozialismus“ Robert Havemann und Rudolf Bahro. Helga Grebing wendet sich dem Ende der 1940er Jahre aus der Emigration zurückkommenden Linkssozialisten und ihrem Verhältnis zur SPD zu. Gisela Notz befasst sich mit feministischen Thematiken in der Studentenbewegung der 1960er Jahre in Westdeutschland.

Die Beiträge erhalten im Wesentlichen kaum neue Einsichten zu den vorgestellten AutorInnen, Ansätzen und Sachverhalten – sieht man von den Artikeln zu ostdeutschen Diskussionen ab, die gerade in der Bundesrepublik insgesamt noch wenig rezipiert wor-

den sind. Deutlich wird zwar, wie breit, fruchtbar und anregend linkes Denken war und sein kann. Anknüpfungspunkte für aktuelle Debatten bieten die AutorInnen allerdings kaum, auch wenn beispielsweise der Artikel von Harald Rein zur „Widerstandsgeschichte von Erwerbslosen“ bis in die Gegenwart reicht. Der Band leistet damit sicherlich einen Beitrag zur Sichtung des „Traditionsbestands“ linken Denkens. Die Anwendung auf aktuelle Debatten steht aber noch aus.

Vor einer ähnlichen Schwierigkeit steht auch der Band „Kritische Theorie der Krise“ von Marcus Hawel und Moritz Blanke, ebenfalls von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegeben. Die neun Beiträge geben interessante Einblicke in die Entwicklung der Kritischen Theorie, so beispielsweise Marcus Hawel „Zum Entstehungszusammenhang kritischer Theorie“ und Lutz Brangsch zum Thema „Krisentheorien und Krisenkonzepte in der Geschichte des Kapitalismus“. Wichtig ist auch der Hinweis der Herausgeber in der Einleitung, die Kritische Theorie „aus Sackgassen herauszuführen, die der cultural turn verursacht hat“: zum Beispiel den Verlust der „transformatorischen, kapitalismuskritischen Perspektive des Feminismus durch die Verengung auf die integrative Perspektive in der Geschlechterungleichheit.“ Eine solche „Kritik der Kritischen Theorie“ wird in den Beiträgen immer wieder postuliert, trotzdem ist auch hier der Anteil an ideengeschichtlicher Rekonstruktionsarbeit sehr groß.

### Perspektive Communismus?

Wesentlich stärkere aktuelle Bezüge stellt der Politikwissenschaftler und Schriftsteller Raul Zelik in seinem Band „Nach dem Kapitalismus?“ her. Zelik mustert zunächst Teile des aktuellen Theorieangebots und befasst

sich mit den Gründen für das Scheitern des „Staatssozialismus“. Ein Grund für das Scheitern der Linken insgesamt sei die zunehmende Kooptation der Arbeiterbewegung in staatliche Verantwortung gewesen. Der Staatssozialismus sei vor allem an der Demokratiefrage sowie der Planwirtschaft zugrunde gegangen. Zelik plädiert mit Blick auf das ideengeschichtliche Erbe dafür, gleichzeitig „utopisch und skeptisch“ zu sein.

Interessant sind die Auseinandersetzungen Zeliks mit einigen der aktuellen Theorieangebote aus Lateinamerika. Eine grundsätzliche Kritik treffe die meisten der Mitte-Links-Regierungen: Im Kern kombinierten ihre Ansätze Armenfürsorge mit Bildungspolitik, weitergehende theoretische Konzepte dagegen fehlten. Die drei Länder, deren Regierungshandeln laut Zelik noch am ehesten theoriegeleitet sei – Ecuador, Bolivien und Venezuela –, sieht er ebenfalls kritisch. Für Ecuador stellt er eine weitgehende Entkoppelung von Regierung und sozialen Bewegungen fest, während er das Beispiel Bolivien positiver diskutiert und hier auch den Prozess um eine neue Verfassung hervorhebt. Auch in Venezuela sei es bislang nicht gelungen, die Formel vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Bezug auf die Entwicklung von Ökonomie und demokratischen Strukturen ernsthaft auszubuchstabieren. Wichtig ist für Zelik vor allem die Tatsache, dass die Prozesse hin zur Regierungsübernahme vor allem durch soziale Bewegungen beeinflusst wurden und die Macht des Neoliberalismus in Lateinamerika gebrochen wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt des Buches ist die Diskussion alternativer Wirtschaftskonzepte wie etwa der lose Zusammenschluss der Produzenten in Netzwerken der „Peer Production“. Auch wenn Zelik grundsätzlich für eine stärker „von unten“ organisierte Wirtschaftsordnung jenseits staatssozialistischer Großstrukturen plädiert, sieht er auch Schwierigkeiten, da diese Netzwerke in der Regel

nicht aus sich selbst heraus funktionierten, sondern von Akteuren betrieben würden, die anderweitig ökonomisch verankert oder abgesichert seien.

Zelik gibt einen gut lesbaren und interessanten Überblick über einige Aspekte aktueller linker Theorie, die sich die grundsätzliche Transformation von Wirtschaftsordnung und institutionellen Arrangements zum Ziel gesetzt hat.

## Die Lust zur (Kapitalismus-) Kritik

Den umfassendsten Versuch einer Grundlegung linken Denkens legt Stefan Kalmring mit seinem Buch „Die Lust zur Kritik. Ein Plädoyer für utopisches Denken“ vor. Kalmring mustert große Teile der Theorieentwicklung der klassischen Arbeiterbewegung sowohl in ihrer sozialdemokratischen wie auch in ihrer frühen parteikommunistischen Perspektive durch.

Kritisch setzt sich Kalmring mit der These einer neuen „Marx-Renaissance“ infolge der Finanzkrisen seit 2008 auseinander. Ein aufflackerndes Interesse an einzelnen Ideengebäuden belege noch nicht, dass Akteure mit ihrer Hilfe ein brauchbares Selbstverständnis über sich, die eigenen Bestrebungen, Aktionsfelder und ihre Möglichkeiten gewinnen könnten. In diesem Sinne versucht Kalmring, den an Marx orientierten Ideenschatz der Arbeiterbewegung abzuschreiten. Beim Blick auf die aktuellen ökonomischen Entwicklungen beruft sich Kalmring vor allem auf regulationstheoretische Ansätze, kommt dabei aber zum Schluss, dass eine neue stabile Formation noch nicht zu erkennen sei.

Interessant ist Kalmrings Blick auf die globalisierungskritische Bewegung, der er „visionäre Unbestimmtheit“ bescheinigt. Letztlich sei diese Unbestimmtheit aber beliebig. Der Autor geht davon aus, dass ein ernsthafter Verständigungsprozess über Verbindendes

und Trennendes der einzelnen Gruppen nötig sei. Dieser aber aus Sorge vor Konflikten und der Notwendigkeit, in diesem Fall auch die eigene Position stärker präzisieren zu müssen, vermieden werde. Nötig sei eine stärkere Repolitisierung der Ökonomie. Für Teile der globalisierungskritischen Bewegung diene zudem die alte Arbeiterbewegung als negative Folie – von der sie sich abzuheben versuche.

Gehoben werden solle das Erbe des „Linksliberalismus“, vor allem die menschenrechtlich orientierte Prämisse des „aufrechten Gangs“ des Individuums. Kalmring sieht hier die Möglichkeit, mit Forderungen nach den sozialen Voraussetzungen für die freie Entfaltung des einzelnen anschließen zu können.

Ambivalent ist Kalmrings Diskussion eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“. Während er einerseits die problematischen ökonomischen Implikationen dieser Idee durchaus sieht und vor diesem Hintergrund als „schlechte Utopie“ bezeichnet, hält er sie andererseits für die weitere linke Ideenentwicklung für „wegweisend“ – ohne dass klar wird, wie diese unterschiedlichen Einschätzungen aufeinander bezogen sein könnten.

Kritisch geht Kalmring mit Parteien ins Gericht, die letztlich die Selbstbestimmung der Menschen blockieren würden. Doch im Ergebnis plädiert der Autor nicht für eine komplette Abschaffung von Parteien, auch seine eigenen Vorstellungen zu möglichen Organisationsentwicklungen innerhalb der Linken bleiben unklar.

Eine konkrete Utopie zeichnet auch Kalmring nicht. Kaum in den Blick genommen werden marxistische Theorien, die sich positiv auf die Gestaltungsmöglichkeiten im und mit dem demokratischen Verfassungsstaat beziehen, beispielsweise im Anschluss an Wolfgang Abendroth oder an austromarxistische Ansätze. Auch der Blick auf die tatsächlichen politischen und gesellschaftlichen Verhält-

**David Harvey**  
**kapitalismuskritik**  
 die urbanen wurzeln der finanzkrise. den antikapitalistischen übergang organisieren

VSA-Verlag, Hamburg 2012  
 94 Seiten, 8,80 €



**Marcus Hawel/ Moritz Blanke (Hrsg.)**  
**Kritische Theorie in der Krise**

Karl Dietz Verlag, Berlin 2012  
 172 Seiten, 14,90 €



**Stefan Kalmring**  
**Die Lust zur Kritik**  
 Ein Plädoyer für utopisches Denken

Karl Dietz Verlag, Berlin 2012  
 399 Seiten, 29,90 €



**Klaus Kinner (Hrsg.)**  
**Linke zwischen den Orthodoxien**  
 Von Havemann bis Dutschke

Karl Dietz Verlag, Berlin 2011  
 219 Seiten, 14,90 €



**Raul Zelik**  
**Nach dem Kapitalismus?**  
 Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Kommunismus anders denken

VSA-Verlag, Hamburg 2011  
 143 Seiten, 12,80 €



nisse wird nicht geleistet. So markiert Kalmring zwar einige Grundprinzipien für eher freiheitliche Sozialismusvorstellungen. Eine Rückkopplung an aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen findet aber kaum statt.

Auch wenn man mit der Auswahl der vorgestellten Denkrichtungen sowie manchen Bewertungen und Einschätzungen des Autors nicht einverstanden ist, so ist die Arbeit trotzdem ein verdienstvoller Beitrag zur Aufarbeitung von Teilen der marxistischen Denkschulen und als solcher lesenswert. In diesem Sinne macht der Band auch Lust auf Kritik, kritisches Diskutieren und Weiterdenken.

Das Bändchen „kapitalismuskritik“ fasst zwei Texte von David Harvey aus den Jahren 2010 und 2012 zusammen. Sprachlich gut geschrieben, umkreist Harvey zum einen die Stadt als antikapitalistischen Aktionsraum („die urbanen wurzeln der finanzkrise“). Der zweite Text („den antikapitalistischen Übergang organisieren“) beschreibt das Panorama antikapitalistischer und kapitalismuskritischer Akteure, sowohl in diversen Zusammenhängen von Basisbewegten wie auch in Parteien in der Tradition der Arbeiterbewegung. Das anregende Bändchen wird vor allem von der Frage geleitet, inwieweit die vielfältigen Äußerungen und Ausdrucksformen von Dissens sich tatsächlich zu gemeinsamen politischen Forderungen und Aktionszusammenhängen zusammenbinden lassen. Möglicherweise könnte es ja schon helfen, wenn sich unterschiedliche Akteure bewusst würden, dass sie sich in ihrem Handeln viel stärker aufeinander beziehen müssen.

## Was bleibt?

Auch nach der Lektüre der Bände bleibt die Frage offen, wie aktuelle Grundlagen kritischen Denkens aussehen könnten. Hier hat Kalmring recht: Ein unverbundenen Nebenein-

ander unterschiedlicher Ansätze, deren einziges einigendes Band die Tatsache ist, dass sie irgendwie „kritisch“ sind, wird zur Entwicklung konkreter politischer Projekte nicht reichen. In allen Bänden finden sich gute Einsichten zur Theoriegeschichte und -entwicklung. Grundsätzlich bleibt u.a. die Problematik, dass von linken politischen und parlamentarischen EntscheidungsträgerInnen kaum noch Perspektiven der gesellschaftlichen Transformationen in den Blick genommen werden, aber auch, dass große Teile der außerparlamentarischen Linken kaum Mühe darauf verwenden, die eigenen Ansätze für Politik und politische Prozesse anschlussfähig zu machen. Ein ernsthafter Diskurs, wie sich politische Veränderungsperspektiven mit realen Handlungsmöglichkeiten verbinden lassen, kann so nicht stattfinden.

Auffällig ist bei den im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstandenen Bänden, dass sich unter den Linien linken Denkens, die wiedergeborgten wurden, so gut wie keine Ansätze aus 40 Jahren DDR-Mainstream finden lassen. Offensichtlich gibt es hier wenig brauchbare zu bergen. Interessant sind dagegen vor allem die Ansätze aus dem Bereich der GrenzgängerInnen und Zwischengruppen der Arbeiterbewegung, die weder in Sozialdemokratie noch Parteikommunismus wirklich heimisch wurden, politische Relevanz aber letztendlich vor allem über die Mitarbeit in der Sozialdemokratie entfalten konnten. Es wäre dringend an der Zeit, dass auch die SPD sich dieses Erbe stärker bewusst macht. ■

↳ Thilo Scholle ist Mitglied der SPW-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

## Rezension: Graue Wölfe heulen wieder

von Thilo Scholle

Obwohl auch in Deutschland aktiv, liegen über die rechtsextremen türkischen „Grauen Wölfe“ wenige deutschsprachige Informationen vor. Die in der Türkei vor allem in den nationalistischen Parteien MHP und BBP organisierte Bewegung ist in Deutschland in drei Dachverbände gespalten. Neben einigen Darstellungen von Verfassungsschutzbehörden gehören die Publikationen des Sozialwissenschaftlers Kemal Bozay zu den wenigen verdienstvollen Ausnahmen. Dies gilt insbesondere für Bozays Dissertation aus dem Jahr 2005, „Stolz darauf ein Türke zu sein...“, in der er den Motivationen junger Deutsch-Türken nachgeht, sich bei den Grauen Wölfen zu engagieren. Er macht hier vor allem die Suche nach – von der deutschen Mehrheitsgesellschaft oft verweigerter – Identität und Anerkennung als wichtige Ursache und Motivation aus.

Das nun in der 3. aktualisierten Auflage vorliegende Buch „Graue Wölfe heulen wieder“, das Bozay gemeinsam mit dem Journalisten Fikret Aslan herausgegeben hat, geht mit dem Anspruch ins Rennen, „türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland“ zu beschreiben, wie der Untertitel verspricht. Leider lösen die Autoren des Bandes diesen Anspruch, sofern er auf ihre aktuelle Vernetzung zielt, nur bedingt ein. Die historischen Wurzeln der Grauen Wölfe in der Türkei werden instruktiv beschrieben. Berücksichtigt werden dabei sowohl die ideengeschichtlichen Wurzeln und Weiterentwicklungen wie auch der Gang der Organisationsgeschichte. Zugleich setzt bereits in diesen Abschnitten ein Problem ein, das sich in den Abschnitten zum Auftreten der Grauen Wölfe in Deutschland fortsetzt: Politische Polemik und sachliche Darstellung verschwimmen zum Teil auf besonders problematische Art und Weise. So heißt es beispielsweise bei der Beschrei-

**Fikret Aslan/ Kemal Bozay (Hg.)**

**Graue Wölfe heulen wieder**

Türkische Faschisten  
und ihre Vernetzung  
in Deutschland

3. aktualisierte Auflage  
Unrast-Verlag,  
Münster 2012  
312 Seiten, 18,00 €



bung einer Organisation aus dem Spektrum der Grauen Wölfe, „der Aufbau dieser Organisation ähnelte sehr den Organisationsstrukturen der deutschen Hitlerjugend sowie der SS-Jugend“, ohne diese Gleichsetzung inhaltlich auszuführen und zu unterfüttern. Gleichsetzungen dieser Art mit „SA und SS“ finden sich im Text an mehreren Stellen. Nicht haltbar ist auch die pauschale Behauptung, die staatlich-türkisch-islamische Organisation in Deutschland, DITIB, stehe „unter Kontrolle einer MHP-Organisation“. An anderer Stelle heißt es, „alle Moscheen und Korankurse in Deutschland sind unter der festen Kontrolle von rechtsextremistisch motivierten Gruppen“. Problematisch ist zudem, dass die meisten im Band angeführten Sachverhalte und Beispiele mehr als zehn Jahre und länger zurückliegen.

Insgesamt bietet das Buch wichtige Einblicke in die ideologischen Grundlagen des türkischen Rechtsextremismus und Faschismus und hilft, die Entstehungsgeschichte ihrer Organisationsformen auch in der Bundesrepublik einzuordnen. Doch gerade vor dem Hintergrund, dass LehrerInnen und SozialarbeiterInnen sowie Verbände innertürkischer Minderheiten auch für Deutschland von einem zunehmend aggressiveren Verhalten von rechtsextremistischen türkeistämmigen Jugendlichen im Alltag berichten, wäre ein Band, der aktuelle Organisationsformen, Strategien und handelnde Personen des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland vorstellt, sehr wünschenswert. ■

## DL 21 Aktuell



Das kommende Jahr wird mit der Bundestagswahl am 22. September, den Landtagswahlen in Bayern und Hessen und den Feierlichkeiten zu „150 Jahre SPD“ ein spannendes und entscheidendes Jahr für die deutsche Sozialdemokratie werden. Dass es auch ein erfolgreiches Jahr werden kann hat nicht zuletzt die Landtagswahl in Niedersachsen gezeigt (siehe auch DL21-Blog-Beitrag von Matthias Miersch ‚Das rot-grüne Projekt lebt‘ Link DL21-Blog. Aus Sicht der SPD-Linken bedeutet dies, das Profil der SPD als linke Volkspartei im Wahljahr 2013 weiter zu schärfen. Wir sind davon überzeugt, dass die SPD mit einem Programm „links von der Mitte“ eigene Mehrheiten bekommen und neue gesellschaftliche Bündnisse eingehen kann.

Um diese Anforderungen zu diskutieren haben das Forum Demokratische Linke 21 und die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion am 1. Februar Bundestagsabgeordnete, Bundestagskandidaten, DL21-Vorstandsmitglieder und DL21-VertreterInnen der

regionalen Sprecher- und Koordinationskreise nach Berlin eingeladen. Mit unseren Gästen Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel, Heiko Maas und Annelie Buntenbach haben wir über Inhalte und Strategie der SPD im Wahljahr 2013 diskutiert. Grundlage waren unter anderem auch unsere im letzten Jahr gemeinsam erarbeiteten Programm-Bausteine, die nun als Broschüre „**Mit links zur sozialen Gerechtigkeit – Impulse und Forderungen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2013**“ vorliegen. Sie steht auf unserer Homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) zum Download bereit.

In der anschließenden erweiterten DL21-Vorstandssitzung waren sich Vorstandsmitglieder und die VertreterInnen der regionalen DL21 Sprecher- und Koordinationskreise einig, dass die **DL21 weiterhin konsequenter Motor der linken Erneuerung der SPD** sein muss. Wir wollen auch weiterhin den notwendigen sozial-ökologischen Reformdiskurs führen und für einen nachhaltigen ökonomischen und gesellschaftlichen Kurswechsel eintreten. Und

damit nicht zuletzt in einer Zeit der gleichzeitigen ökologischen, sozialen, ökonomischen und demokratischen Krise in der SPD und mit der SPD die wichtige kapitalismuskritische Orientierung geben.

Der Vorstand und die DL21-VertreterInnen aus den Regionen freuen sich über die positive Mitgliederentwicklung und gelungenen Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene. Wir haben in den letzten Jahren viele neue Mitglieder gewonnen, die unsere Aktivitäten unterstützen und sich für linke Politik einsetzen wollen. Jedoch wurde in der Diskussion noch einmal deutlich, dass wir in den Regionen und vor Ort unterschiedlich stark aufgestellt und präsent sind. Der DL-Bundesvorstand hat sich deshalb vorgenommen, insbesondere dort, wo dies gewünscht wird, die Unterstützung der Arbeit vor Ort, z.B. durch die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und inhaltliche Zuarbeit, zu intensivieren. Wir wollen versuchen unsere Gliederungen noch besser an inhaltlichen Debatten und Entscheidungsprozessen zu beteiligen und die Vernetzung der Parteilinken – gerade auch vor Parteitag und Parteikonventen – voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang spielt unsere **DL21-Frühjahrstagung und Mitgliederversammlung am 23. März im Erbacher Hof in Mainz** eine besondere Rolle. Unter dem Motto „150 Jahre SPD – als linke Volkspartei im Wahljahr 2013“ wollen wir in Mainz einen Bogen zwischen der Historie „150 Jahre linke Volkspartei“ und unserer aktuellen SPD-Wahlprogrammdebatte im Vorfeld des Bundesparteitags spannen. Als Gäste haben bereits zugesagt: **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Dr. Max Reinhardt, Andrea Ypsilanti und Sascha Vogt**. Das vorläufige Tagungsprogramm und die Online-Anmeldung findet ebenfalls auf unserer Homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de).

Also, meldet Euch an für unsere Tagung in Mainz! Wir freuen uns auf Euch! ■

### ProMS Nord wählt neuen Vorstand

Auf seiner Jahreshauptversammlung hat der Verein „Projekt moderner Sozialismus Norddeutschland e.V.“ am 20. Januar in Lübeck einen neuen Vorstand gewählt. Elena Pieper aus Kiel übernahm den Vorsitz des Vereins von Ulrike Hensel, die dem Vorstand als stellvertretende Vorsitzende erhalten bleibt. Zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurden Delara Burkhardt, Alf-Tomas Epstein, Patrick Lange, Sicco Rah und Tobias von Pein gewählt. Ulrike Nickel wurde als Kassenswartin im Amt bestätigt.

Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung stand die Frage „Ökologie im Griff der Ökonomie? Chancen für eine Energiewende von links“ im Mittelpunkt einer Veranstaltung, an der neben den BesucherInnen der Jahreshauptversammlung noch zahlreiche weitere Gäste teilnahmen. Als energiepolitische Experten saßen Timon Gremmels, energiepolitischer Sprecher der hessischen SPD-Landtagsfraktion, Eckart Kuhlwein vom Umweltforum der SPD und Olaf Schulze, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein auf dem Podium.

ProMS Nord plant für das Jahr 2013 eine Reihe von Tagungen und Veranstaltungen, zu der unter anderem eine Abendveranstaltung mit Heiner Flassbeck zum Thema Finanzkrise und eine Tagung zum Thema linke Medienpolitik zählen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit den Jusos intensiviert werden. Auf der jährlichen Sommertagung von ProMS Nord werden klassische und aktuelle Diskussionen der Hegemonietheorie den thematischen Schwerpunkt bilden.

## Fünf Fragen an... Arno Brandt



↳ Arno Brandt

Foto: privat

*Zur Person: Arno Brandt, geboren 1955 in Rhaderfehn, war Juso-UB-Vorsitzender im Landkreis Leer, Mitglied der Vorstände der Juso-Bezirke Weser-Ems und Hannover sowie Juso-Landesvorsitzender in Niedersachsen und Vorsitzender des SPD Unterbezirks Hannover. In den 70er und 80er Jahren war er aktiv im Hannoveraner Kreis, Mitautor der Herforder Thesen und Mitbegründer der Juso-Linken im Bezirk Hannover. Seit Mitte 2012 ist er Büroleiter der CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH in Hannover. In jüngster Zeit koordiniert er die wirtschaftspolitische Gruppe „NDS 3.0“.*

**spw:** Welche politischen Debatten haben Dich inhaltlich am meisten geprägt?

» **A.B.:** Als Ökonom haben mich am meisten die wirtschaftspolitischen Themen interessiert. Diese immer aber in Verknüpfung mit übergreifenden Fragestellungen. Wie können wir eine ökonomisch tragfähige Wirtschaft gestalten, die mit einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft vereinbar ist? Wie viel Markt und wie viel Staat ist dafür erforderlich? Was ist Sache der Zivilgesellschaft? Wie können wir den Primat demokratischer Politik gegenüber wirtschaftlichen Interessen durchsetzen? Was heißt in diesem Zusammenhang „Wirtschaftsdemokratie“ und was könnten die Konturen einer „sozialdemokratischen“ Wirtschaftspolitik sein? Bis zur Weltfinanzmarktkrise

von 2008 war es auch in der SPD lange Zeit nur sehr schwer möglich, für diese Themen Gehör zu finden, weil sehr viele in der Partei meinten, mit den Wölfen heulen zu müssen.

**spw:** Gibt es Inhalte aus Deiner Juso-Zeit, die Dir auch heute noch wichtig sind?

» **A.B.:** Ich war gut 20 Jahre bei den Jusos und möchte diese Zeit nicht missen. In dieser Zeit habe ich gelernt, Alternativen zum realexistierenden Kapitalismus zu denken und überhaupt zu verstehen, wie Veränderungsprozesse strategisch auf den Weg zu bringen sind. Ich habe mit der Zeit gelernt, was geht und was nicht funktioniert. Es war ja auch eine Zeit sehr intensiver Theoriearbeit, die vielleicht auch dazu beigetragen hat, später nicht auf jede neolibérale Verheißung reinzufallen. Besonders beschäftigt hat mich die Theorie der „Großen Krise“, wie sie bereits in den 80er Jahren von Burkart Lutz entwickelt wurde. Solche Krisen dauern gemeinhin deutlich länger als konjunkturelle Krisen und machen ein neues institutionelles Arrangement erforderlich, um eine neue Prosperitätskonstellation zu ermöglichen. Große Krisen eröffnen gerade auch für die demokratische Linke die Chance, ihre Reformagenda durchzusetzen. Gegenwärtig befinden wir uns wieder in einer historischen Situation, in der es intensive Suchprozesse gibt und in der noch nicht entschieden ist, wer sich am Ende durchsetzt. Mir ist aber auch wichtig, daran zu erinnern, welche unsinnigen Kontroversen wir uns in den 70er und 80er Jahren zum Teil erlaubt haben. Ich will die gespensterhaften Kopfgeburten von damals nicht alle wieder hinter dem Ofen hervorholen, aber es gab manche dogmatische Engführung, die wir uns hätten ersparen können. Das hatte damals sehr viel mit unserer – auch im spw-Spektrum – sehr unterschiedlichen Einschätzung der Situation in den osteuropäischen Ländern zu tun, aber auch mit solchen Illusionen, die in der unsinnigen Formel von der „schwierigen, aber prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe, die SPD in eine sozialistische Partei umzuwandeln“ zum Ausdruck kamen.

**spw:** Du arbeitest nun im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung. Welche Themen beschäftigen Dich dort am meisten?

» **A.B.:** Besonders intensiv beschäftige ich mich mit der Frage, welche Konsequenzen die Weltfinanzmarktkrise für den wirtschaftlichen Strukturwandel hat. Die Krise wirkt ja auch als ein Katalysator für den Strukturwandel. Dabei gehe ich von der These aus, dass wir es in den entwickelten Industrieländern immer stärker mit einer wissensbasierten Ökonomie zu tun haben, die sich netzwerkförmig organisiert und dabei in besonderer Weise auf Wissensaustausch angewiesen ist. Innovation wird zunehmend zu einem kollektiven Prozess, in dem Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und andere Institutionen einbezogen sind. Die Wissensökonomie ist dabei nicht die Fortsetzung vorgängiger Stufen wirtschaftlicher Entwicklung mit den Mitteln zusätzlichen Wissens. Sie ist vielmehr eine Wachstumskonstellation, die in weiten Bereichen einer anderen Funktionslogik folgt und andere Koordinierungsmechanismen in das Zentrum des ökonomischen Systems rückt. Netzwerke jenseits von Markt und Hierarchie spielen unter diesen Bedingungen eine immer größere Rolle. Dieser Grundgedanke findet auch Eingang in die Strategiebildung, wenn es um regionale Innovationskonzepte geht.

**spw:** Du hast zuletzt an einem SPD-Papier zur Wirtschafts- und Strukturpolitik in Niedersachsen mitgearbeitet. Um welche Inhalte geht es da konkret?

» **A.B.:** Wir haben gemeinsam in einer Gruppe sozialdemokratischer Ökonomen, Gewerkschafter und Politiker den Versuch unternommen, ein Konzept sozialdemokratischer Wirtschafts- und Strukturpolitik für das Bundesland Niedersachsen zu entwickeln. Wir wollten zeigen, dass sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von einer spezifischen Problemwahrnehmung ausgeht und Strategien bzw. Problemlösungen aufgreift,

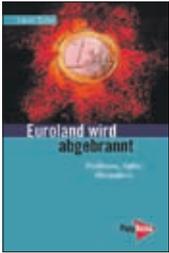
die etwas mit unseren Vorstellungen einer gerechten und demokratischen Gesellschaft zu tun haben. Daher spielen in diesem Papier u.a. Themen wie „Gute Arbeit“, Überwindung der Spaltung am Arbeitsmarkt, Bildung, Wissenschaft und Forschung, ökologische Industriepolitik sowie die Entwicklung von Leitmärkten eine besondere Rolle. Dieses Papier ist übrigens kürzlich im Vorwärts Verlag erschienen.

**spw:** Beim Blick auf die SPD insgesamt – in welchen Politikfeldern muss Deiner Ansicht nach noch am meisten inhaltlich weitergedacht werden?

» **A.B.:** Die SPD sollte noch mehr darüber nachdenken, wie dem Bankensektor wieder eine dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft zukommen kann. Das Steinbrück-Papier ist in diesem Zusammenhang schon eine gute konzeptionelle Grundlage. Die Tatsache, dass wir in Deutschland mit unserem Drei-Säulen-Modell im Bankensystem in der Weltfinanzmarktkrise besser gerüstet waren als viele andere kapitalistische Ökonomien, sollte Anlass sein verstärkt darüber nachzudenken, wie wir die Diversität auch in anderen Bereichen unserer Wirtschaft erhöhen. Wie kommen wir also wieder zu einer stärker gemischten Ökonomie (mixed Economy) mit privaten Unternehmen, öffentlichen bzw. kommunalen Unternehmen und einem breit aufgestellten Genossenschaftssektor? Sehr wichtig scheint mir zu sein, intensiv darüber nachzudenken, wie postdemokratische Strukturen, wie sie Colin Crouch analysiert hat, zurückgeholt bzw. verhindert werden können. Das hat eine Menge mit der Frage zu tun, wie viel Wirtschaftsdemokratie wir wagen wollen. Und dann muss die SPD natürlich wieder neu buchstabieren, wie sie ihre wirtschaftlichen Strategien mit einer Gesellschaftspolitik verknüpft, die sich an sozialdemokratischen Grundwerten orientiert und auf der Höhe der Zeit ist. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

**Lucas Zeise**  
Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen  
Neue Kleine Bibliothek 174  
142 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-483-8,  
Papyrossa Verlag

**Ceren Türkmen**  
Migration und Regulierung  
Einstiege Band 18  
171 S., € 14,90, ISBN: 978-3-89691-684-6,  
Westfälisches Dampfboot



### Prämienpaket 2

**Frank Deppe**  
Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung  
Neue Kleine Bibliothek 184  
148 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-497-5,  
Papyrossa Verlag

**Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)**  
Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen  
160 Seiten, € 12,80, ISBN 978-3-89965-539-1,  
VSA Verlag



### Prämienpaket 3

**Beat Ringer**  
Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus  
mit einem Vorwort von Alex Demirović  
218 Seiten, € 24,90, ISBN: 978-3-89691-875-8,  
Westfälisches Dampfboot

**Ulrich Brand / Bettina Lösch / Benjamin Opratko / Stefan Thimmel (Hrsg.)**  
ABC der Alternativen 2.0.  
Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft  
In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.  
dietaleszeitung  
352 Seiten, € 15,00, ISBN 978-3-89965-500-1,  
VSA Verlag



## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

\_\_\_\_\_  
Geldinstitut

\_\_\_\_\_  
Bankleitzahl

\_\_\_\_\_  
Konto-Nr.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.